

# Monatsbericht des BMF Oktober 2010





Monatsbericht des BMF Oktober 2010

# Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

# □ Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2010	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2010	28
Termine, Publikationen	31
Analysen und Berichte	33
Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: aktualisierte Modellrechnungen	34
Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2009	
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	
Jahrestagung von IWF und Weltbank und G7-Finanzminister-Treffen in Washington D.C	67
Statistiken und Dokumentationen	72
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	99
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	106

# **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

die Finanz- und Wirtschaftskrise hat deutliche Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Nach der aktuellen Maastricht-Meldung, die zum 1. Oktober an die Europäische Kommission übersandt wurde, wird sich das gesamtstaatliche Defizit ("Maastricht-Defizit") von 3,0 % des BIP im vergangenen Jahr auf voraussichtlich 4,0% des BIP in diesem Jahre erhöhen. Im Sommer war die Bundesregierung allerdings noch von einem Anstieg auf 4 1/2 % ausgegangen. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf die auch im Jahr 2010 fortgeführten Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung und Wachstumsbelebung zurückzuführen. Dass diese Maßnahmen sich auf die wirtschaftliche Entwicklung positiv auswirken, ist nicht zu übersehen: Die wirtschaftliche Lage in Deutschland entwickelt sich deutlich besser. als noch im Frühjahr prognostiziert.

Neben der aktuellen finanzpolitischen Entwicklung analysiert das Bundesministerium der Finanzen die langfristigen Risiken und Herausforderungen für die Finanzpolitik. Mit der Berichterstattung zur Tragfähigkeit der Staatsfinanzen werden diese Risiken und ihre Ursachen und Auswirkungen, aber auch darauf abzielende Lösungswege dargestellt. Dabei ist es nicht allein der demografische Wandel, der sich in der Entwicklung der öffentlichen Finanzen niederschlägt. Die in diesem Monatsbericht dokumentierten neuen Berechnungen zeigen, dass es aktuell die gesamtwirtschaftlichen und budgetären Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind, die uns vom Ziel langfristig tragfähiger öffentlicher Finanzen vorübergehend wieder ein ganzes Stück entfernt haben. Es zeigt sich aber auch: Die Herausforderungen sind durchaus zu bewältigen, wenn jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Der Trend einer fortwährend ansteigenden Schuldenquote muss gebrochen werden.



Ein wichtiger Impuls in diese Richtung geht von der im Grundgesetz verankerten "Schuldenbremse" aus.

Die Steuerfahndungsdienste leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Steueraufkommens. Im Jahr 2009 konnten bundesweit annähernd 32 000 Fälle abgeschlossen werden. Rund 1,6 Mrd. € Mehrsteuern wurden erzielt. Präsenz und sichtbare Erfolge der Steuerfahndung wirken auch deutlich präventiv, wenngleich eine Bezifferung des Abschreckungseffektes sowie des Ausmaßes der Steuerhinterziehung insgesamt nicht möglich ist. Angesichts einer Vielzahl von Ansatzpunkten von betrügerischen Aktivitäten und Hinterziehungsstrategien werden die Fahndungsdienste auch in der Zukunft ein wichtiges Instrument sein, um eine gleichmäßige Besteuerung aller Steuerpflichtigen sicherzustellen.

Vom 8. bis 10. Oktober 2010 fanden die gemeinsame Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank sowie das Treffen der Finanzminister und der Notenbankgouverneure der G7-Länder in Washington D.C. statt. Außerdem trafen sich am 7. Oktober die Stellvertreter der G20-Finanzminister mit den Vertretern des IMFC (International Monetary and Financial Committee). Bei diesen Treffen standen die Entwicklung der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte sowie die Reformen beim IWF mit den Schwerpunkten Quoten-,

#### □ Editorial

Governance- und Mandats-Reform im Mittelpunkt der Gespräche. Darüber hinaus gab es einen intensiven Austausch zur Frage der Wechselkurse. Zur Lage der Weltwirtschaft einschließlich Finanzmärkten bestand weitgehende Einigkeit, dass ungeachtet des festzustellenden Aufschwungs weiterhin erhebliche Risiken bestehen bleiben.

Auch wenn der Aufschwung noch fragil ist, ist es vielen Schwellenländern gelungen, die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise gut zu überstehen. Länder in Asien, insbesondere China und Indien, führen die globale Erholung an. Lateinamerika hat die Krise schneller als erwartet überwunden. Nach Einschätzung des IWF wird die weltwirtschaftliche Erholung anhalten. Für das gesamte Jahr

erwartet er ein Wachstum von 4,8 %. Der IWF prognostiziert aber auch, dass die Erholung zwischen den Industrie- und Schwellenländern unterschiedlich verläuft. Die weitere Entwicklung der Industrieländer wird mit einem Wachstum von 2,7 % eher verhalten eingeschätzt, dagegen können die Schwellenund Entwicklungsländer einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Aktivität von 7,1 % erreichen.

Dr. Hans Bernhard Beus Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2010	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2010	
Termine, Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Finanzwirtschaftliche Lage

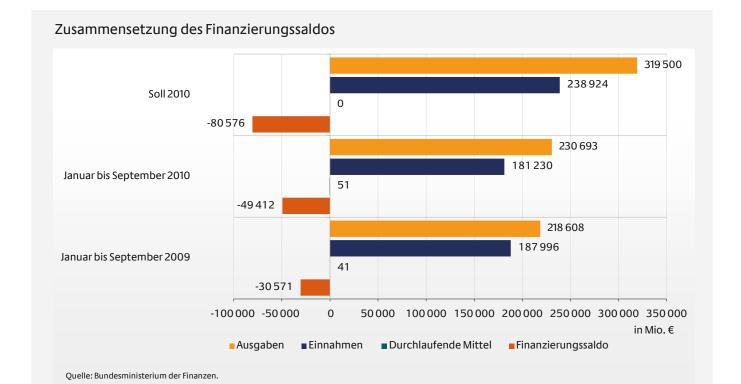
## Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich September bewegten sich mit 230,7 Mrd. € um 12,1 Mrd. € (+5,5 %) über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Steigerung ist wie im bisherigen Jahresverlauf im Wesentlichen auf das vorzeitige Abrufen der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für

## Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2010	Ist - Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis September 2010
Ausgaben (Mrd. €)	319,5	230,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,3	5,5
Einnahmen (Mrd. €)	238,9	181,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,3	-3,6
Steuereinnahmen (Mrd. €)	211,9	158,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,0	-3,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-80,6	-49,4
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	-8,5
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	-0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-80,2	-40,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist - Entw	ricklung	Ist - Entwi	_	Veränderung
	2009	2010	Januar bis Sep	tember 2010	Januar bis Se 200	•	ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	III /o
Allgemeine Dienste	53 357	54 219	38 991	16,9	38 889	17,8	0,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 646	6 000	4 2 4 6	1,8	4313	2,0	-1,
Verteidigung	31 320	31 188	23 046	10,0	23 047	10,5	0
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6356	6 258	4 454	1,9	4 679	2,1	-4,
Finanzverwaltung	3 662	3 944	2 706	1,2	2 654	1,2	2
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 960	15 402	9 733	4,2	9 785	4,5	-0,
BAföG	1324	1 382	1 057	0,5	1 021	0,5	3
Forschung und Entwicklung	8 701	9 124	5 242	2,3	5 2 8 1	2,4	-0,
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	147 716	173 074	126 664	54,9	111 473	51,0	13,
Sozialversicherung	76 305	78 088	63 979	27,7	62 518	28,6	2,
Arbeitslosenversicherung	7 777	7 927	7 927	3,4	510	0,2	
Grundsicherung für Arbeitssuchende	36 011	38 311	26 897	11,7	26 671	12,2	0,
darunter: Arbeitslosengeld II	22 374	23 900	17 076	7,4	16927	7,7	0
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 5 1 5	3 400	2 440	1,1	2 651	1,2	-8
Wohngeld	784	791	673	0,3	582	0,3	15
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 455	4 485	3 488	1,5	3 420	1,6	2,
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 071	1 908	1 550	0,7	1 682	0,8	-7,
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 251	1 414	738	0,3	726	0,3	1,
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 808	2 034	1 200	0,5	1 010	0,5	18,
Wohnungswesen	1 142	1 286	960	0,4	813	0,4	18
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 584	7 100	3 766	1,6	3 733	1,7	0,
Regionale Förderungsmaßnahmen	966	684	410	0,2	435	0,2	-5
Kohlenbergbau	1 3 7 5	1 351	1319	0,6	1 375	0,6	-4
Gewährleistungen	601	2 050	514	0,2	386	0,2	33
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 426	12 351	7 340	3,2	7 856	3,6	-6,
Straßen (ohne GVFG)	6 9 2 5	6 3 3 5	3 710	1,6	4 095	1,9	-9
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 740	16 374	11 550	5,0	11 267	5,2	2
Bundeseisenbahnvermögen	5 3 3 3	5 3 3 0	3 737	1,6	3 847	1,8	-2
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4154	4328	2 758	1,2	2 739	1,3	0
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 412	37 532	30 712	13,3	33 870	15,5	-9
Zinsausgaben	38 099	36 751	29 813	12,9	32 837	15,0	-9
Ausgaben zusammen	292 253	319 500	230 693	100,0	218 608	100,0	5,

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Arbeit sowie den gestiegenen Bedarf für den Gesundheitsfonds zurückzuführen.

#### Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit

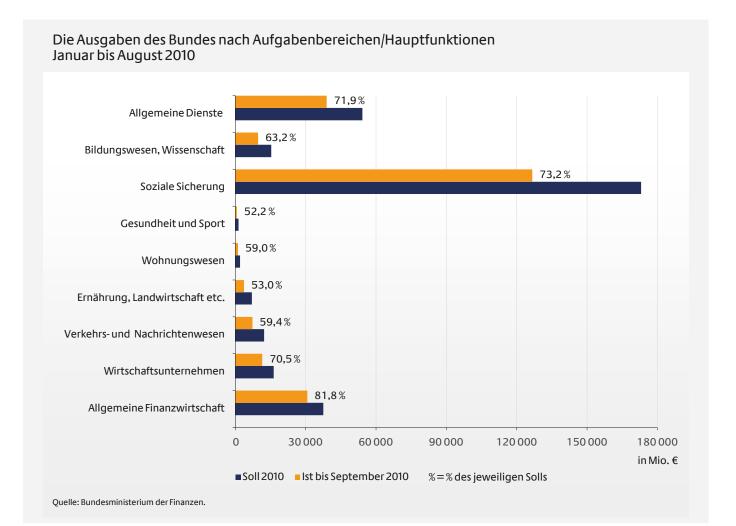
181,2 Mrd. € bis einschließlich September
um 6,8 Mrd. € unter dem Ergebnis
bis einschließlich September 2009.
Die Veränderungsrate blieb wie in
den Vormonaten mit - 3,6 % stabil.
Die Steuereinnahmen gingen im
Vorjahresvergleich um 5,7 Mrd. € zurück.
Sie beliefen sich auf 158,8 Mrd. €, was einer
unveränderten Veränderungsrate von – 3,4 %
entspricht. Die Verwaltungseinnahmen lagen
mit 22,4 Mrd. € um – 4,7 % unter dem Ergebnis
des Vorjahreszeitraums.

### Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo veränderte sich zum Vormonat nur geringfügig und betrug Ende September – 49,4 Mrd. €. Die Erwartung, dass die geplante Nettokreditaufnahme deutlich unterschritten werden wird, verfestigt sich weiter. Nach aktueller Einschätzung erscheint hinsichtlich der Neuverschuldung am Jahresende ein Ergebnis zwischen 50 Mrd. € bis 55 Mrd. € möglich.

#### Sondervermögen ITF

Ein wesentlicher Bestandteil des 2009 beschlossenen Konjunkturpakets II ist der "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF). Der Bund stellt über dieses Sondervermögen



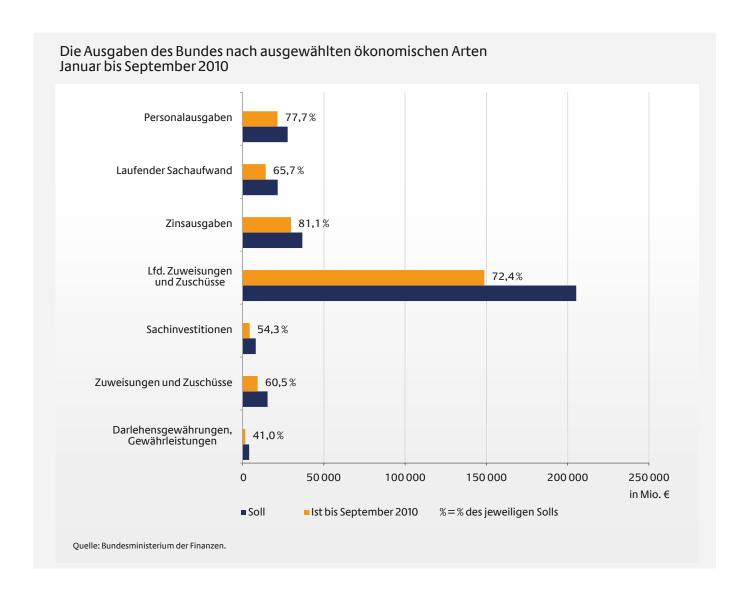
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

außerhalb des Bundeshaushalts in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 20,4 Mrd. € für Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit. Bis einschließlich September 2010 sind bereits 10,2 Mrd. € abgeflossen. Davon wurden rund 4,9 Mrd. € für die Umweltprämie, rund 3,6 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder und rund 1,4 Mrd. € für Investitionen des Bundes ausgezahlt. Aus dem Bundesbankgewinn hat der ITF eine Zuführung in Höhe von rund 0,65 Mrd. € zur Tilgung seiner Verbindlichkeiten erhalten.

# Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll	Ist - Entw	ricklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderund
	2009	2010	Januar bis S 20	•	Januar bis S 200	-	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	IN %
Konsumtive Ausgaben	265 150	291 723	214 607	93,0	201 507	92,2	6,
Personalausgaben	27 939	27 704	21 516	9,3	21 543	9,9	-0,
Aktivbezüge	20 977	20 789	15 851	6,9	15971	7,3	-0,
Versorgung	6 9 6 2	6915	5 665	2,5	5 5 7 3	2,5	1,
Laufender Sachaufwand	21 395	21 583	14 189	6,2	14 360	6,6	-1,
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	1 466	1018	0,4	973	0,4	4
Militärische Beschaffungen	10 281	10 469	6 683	2,9	6 9 0 2	3,2	-3,
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 647	6 487	2,8	6 485	3,0	0.
Zinsausgaben	38 099	36 751	29 813	12,9	32 837	15,0	-9,
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	205 272	148 719	64,5	132 439	60,6	12
an Verwaltungen	14 396	14503	10 473	4,5	10 666	4,9	-1
an andere Bereiche	162 892	190 769	138 457	60,0	122 240	55,9	13
darunter:							
Unternehmen	22 951	25 316	17398	7,5	16 447	7,5	5
Renten, Unterstützungen u. a.	29 699	31 274	22 847	9,9	22 658	10,4	0
Sozialversicherungen	105 130	128 365	94317	40,9	79 559	36,4	18
Sonstige Vermögensübertragungen	429	413	370	0,2	328	0,2	12,
Investive Ausgaben	27 103	28 293	16 086	7,0	17 101	7,8	-5,
Finanzierungshilfen	18 599	20 180	11 680	5,1	12 134	5,6	-3,
Zuweisungen und Zuschüsse	15 190	15 342	9 2 8 4	4,0	9 5 5 6	4,4	-2
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 490	4028	1 651	0,7	1 687	0,8	-2
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	745	0,3	891	0,4	-16
Sachinvestitionen	8 504	8 113	4 406	1,9	4 968	2,3	-11
Baumaßnahmen	6 830	6 532	3 652	1,6	4031	1,8	-9
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	1 035	497	0,2	606	0,3	-18
Grunderwerb	643	546	258	0,1	331	0,2	-22
Globalansätze	0	- 516	0		0		
Ausgaben insgesamt	292 253	319 500	230 693	100,0	218 608	100,0	5,

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



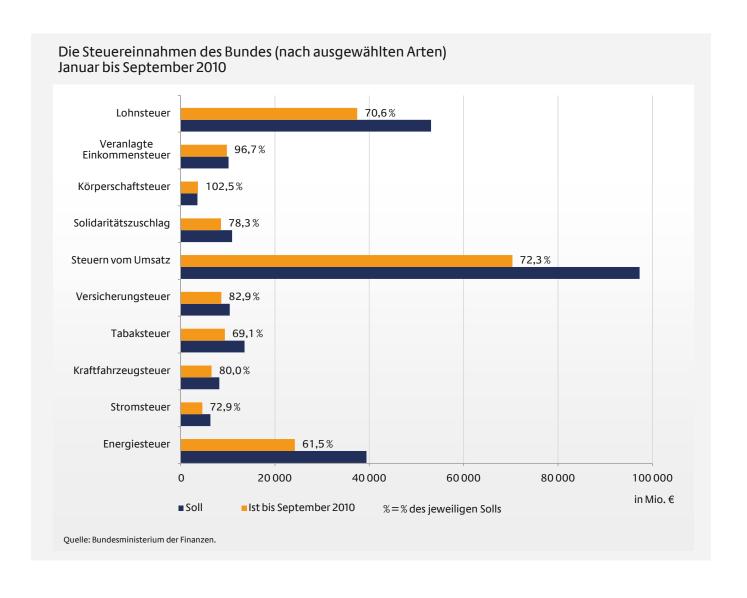
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	icklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis Se 201	•	Januar bis Se 200	•	ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	,0
I. Steuern	227 835	211 887	158 813	87,6	164 480	87,5	-3,4
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	180 223	171 884	130 546	72,0	132 125	70,3	-1,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und	83 779	73 391	59 533	32,8	61 001	32,4	-2,
Veräußerungserträge¹) davon:							
	F7 2 4 0	F2.002	27.457	20.7	20.641	21.1	_
Lohnsteuer	57 248	53 083	37 457	20,7	39 641	21,1	-5,
veranlagte Einkommensteuer	11 233	10 179	9 8 4 1	5,4	8 008	4,3	22,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag Abgeltungsteuer auf Zins- und	6 237 5 475	5 3 4 3 5 0 6 0	5 490 3 060	3,0 1,7	5 508 4 485	2,9	-0, -31,
Veräußerungserträge <sup>1</sup>				·			•
Körperschaftsteuer	3 587	3 595	3 684	2,0	2 666	1,4	38,
Steuern vom Umsatz	95 400	97 274	70 333	38,8	70 519	37,5	-0,
Gewerbesteuerumlage	1 044	1 2 1 9	679	0,4	605	0,3	12,
Energiesteuer	39 822	39 400	24213	13,4	24718	13,1	-2,
Tabaksteuer	13 366	13 590	9 3 9 7	5,2	9 424	5,0	-0,
Solidaritätszuschlag	11 927	10 950	8 571	4,7	8 886	4,7	-3,
Versicherungsteuer	10 548	10 450	8 665	4,8	8 597	4,6	0,
Stromsteuer	6 2 7 8	6 3 5 0	4631	2,6	4711	2,5	-1,
Kraftfahrzeugsteuer	3 803	8 240	6 592	3,6	1 907	1,0	
Branntweinabgaben	2 103	2 082	1 455	0,8	1 561	0,8	-6,
Kaffeesteuer	997	1 010	747	0,4	722	0,4	3,
Ergänzungszuweisungen an Länder	-13 462	-12 694	-9 731	-5,4	-10 245	-5,4	-5,
BNE-Eigenmittel der EU	-14880	-22 030	-13 326	-7,4	-8 694	-4,6	53,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 017	-1 930	-1 379	-0,8	-1 519	-0,8	-9,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 775	-6877	-5 158	-2,8	-5 081	-2,7	1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-4571	-8 992	-6 744	-3,7	-	-	
II. Sonstige Einnahmen	29 907	27 037	22 416	12,4	23 517	12,5	-4,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 457	4279	4 132	2,3	4219	2,2	-2,
Zinseinnahmen	574	395	289	0,2	495	0,3	-41,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 836	4 1 4 7	3 363	1,9	3 323	1,8	1,
Einnahmen zusammen	257 742	238 924	181 230	100,0	187 996	100,0	-3,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2010

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2010

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im September 2010 im Vorjahresvergleich um + 0,5 %.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) unterschritten das Vorjahresniveau um - 3,3% aufgrund des Rückgangs der Einnahmen des Bundes aus den gemeinschaftlichen Steuern und deutlich höherer EU-Abführungen.

Für den kumulierten Zeitraum Januar bis September 2010 ergeben sich für die Steuereinnahmen insgesamt noch leichte Aufkommensverluste von - 0,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Steuereinnahmen des Bundes gingen im Zeitraum Januar bis September 2010 um - 3,4 % zurück.

Die gemeinschaftlichen Steuern lagen im Berichtsmonat September 2010 um - 0,5 % unter dem Vorjahresniveau.

Dabei ist das Kassenaufkommen der Lohnsteuer im Berichtsmonat September 2010 um - 5,8 % zurückgegangen. Die aus dieser Steuer zu leistenden Kindergeldzahlungen stiegen gegenüber dem Vorjahresmonat um + 11,2 % aufgrund der Anhebung des Kindergeldes zum Jahresbeginn 2010. Das Volumen der Lohnsteuer vor Abzug des Kindergeldes sank um - 2,0 %.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer übertrafen das Vorjahresergebnis um + 6,5 %. Dieser Zuwachs resultiert vor allem aus höheren Vorauszahlungen. Deren Niveau liegt bereits wieder über dem des Jahres 2007 und nur noch wenig unter dem des Rekordjahres 2008. Für den kumulierten Zeitraum Januar bis September 2010 errechnet sich für die veranlagte Einkommensteuer insgesamt ein Plus von + 22,9 % aufgrund der wesentlich geringeren Abzugsbeträge

(Investitionszulage, Eigenheimzulage und Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer). Das Bruttoaufkommen der veranlagten Einkommensteuer übertraf im bisherigen Jahresverlauf das Vorjahresergebnis lediglich um +1.3%.

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag konnten ihr Volumen um + 40,7% ausdehnen. Während die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern im Vormonat um - 4,4% zurückgegangen waren, unterschritten sie die Vorjahresbasis nunmehr um - 38,2%. Ungeachtet starker monatlicher Schwankungen lagen die kassenmäßigen Einnahmen bis einschließlich September in etwa auf Vorjahresniveau (- 0,3%).

Bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge waren die Einbußen mit - 39,6 % etwas höher als im Vormonat. Hier dürfte auch weiterhin angesichts des immer noch sehr niedrigen Zinsniveaus nicht mit einer durchgreifenden Verbesserung der Einnahmeentwicklung zu rechnen sein.

Das Körperschaftsteueraufkommen nahm um + 6,3 % zu. Die wieder verbesserten Gewinne der Kapitalgesellschaften führten im Berichtsmonat zu deutlich höheren Vorauszahlungen (+ 21,2 %). Gedämpft wurde dieser Zuwachs durch erheblich höhere Auszahlungen (+ 0,3 Mrd. €) von Altkapitalguthaben nach § 37 KStG, die alljährlich zum 30. September fällig werden. Im Zeitraum Januar bis September 2010 sind die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer insgesamt um + 38,2 % gestiegen.

Die Steuern vom Umsatz unterschritten ihr Vorjahresvolumen um -1,2%. Erneut übertraf die Einfuhrumsatzsteuer aufgrund der weiterhin sehr lebhaften Außenhandelstätigkeit das Vorjahresergebnis

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2010

# Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2010	September	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis September	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2010	Veränderung ggü. Vorjahı
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio € <sup>5</sup>	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	9 487	-5,8	91 147	-5,7	125 200	-7,4
veranlagte Einkommensteuer	8 373	6,5	23 156	22,9	26 450	0,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	457	40,7	10 981	-0,3	11 170	-10,5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	363	-39,6	6 955	-31,8	9 962	-19,9
Körperschaftsteuer	2 392	6,3	7 3 6 9	38,2	7 020	-2,1
Steuern vom Umsatz	14851	-1,2	132 232	1,0	179 900	1,6
Gewerbesteuerumlage	12	X	1 641	10,3	2 789	8,5
erhöhte Gewerbesteuerumlage	6	X	1 459	10,4	2 447	4,7
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	35 941	-0,5	274 938	-0,3	364 938	-2,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 507	-0,5	24213	-2,0	39 200	-1,6
Tabaksteuer	1 175	9,6	9 3 9 7	-0,3	13 210	-1,2
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	165	-2,7	1 453	-6,8	2 040	-2,9
Versicherungsteuer	540	6,0	8 665	0,8	10 480	-0,6
Stromsteuer	557	3,9	4631	-1,7	6 150	-2,0
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) <sup>3</sup>	642	-3,9	6 592	Х	8 450	Х
Solidaritätszuschlag	1 272	2,3	8 571	-3,6	11 150	-6,5
übrige Bundessteuern	119	5,2	1 083	1,2	1 466	-0,5
Bundessteuern insgesamt	7 975	1,8	64 605	6,1	92 146	3,2
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	383	27,6	3 248	-9,8	4 175	-8,2
Grunderwerbsteuer	503	15,8	3 866	7,6	4850	-0,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	124	-1,6	1 053	-7,7	1 410	-6,7
Biersteuer	60	-10,9	547	-2,1	720	-1,3
Sonstige Ländersteuern	27	88,9	254	-5,6	340	2,8
Ländersteuern insgesamt	1 096	19,3	8 969	-33,9	11 495	-29,8
EU-Eigenmittel						
Zölle	409	34,2	3 200	17,1	3 800	5,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	153	29,3	1379	-9,2	2 2 1 0	9,6
BSP-Eigenmittel	1 560	69,8	13 326	53,3	19930	33,9
EU-Eigenmittel insgesamt	2 122	58,1	17 906	38,3	25 940	26,5
Bund <sup>4</sup>	20 905	-3,3	160 205	-3,4	216 366	-5,1
Länder <sup>4</sup>	19 375	1,1	152 983	0,1	202 540	-2,2
EU	2 122	58,1	17 906	38,3	25 940	26,5
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	3 019	-1,4	20 619	-2,5	27 534	-5,9
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	45 421	0,5	351 712	-0,3	472 380	-2,6

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $<sup>^3\,\</sup>mathrm{Ab}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{1}.\,\mathrm{Juli}\,\mathrm{2009}$  steht das Aufkommen aus der Kfz-Steuer dem Bund zu.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

 $<sup>^{5}\,\</sup>mathrm{Ergebnis}\,\mathrm{AK}$  "Steuerschätzungen" vom Mai 2010.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2010

um über ein Drittel (+38,2%). Aufgrund der Tatsache, dass ein Anstieg bei der Einfuhrumsatzsteuer die Vorsteuerabzüge im Inland erhöht, sank das Niveau der (Binnen-) Umsatzsteuer in diesem Monat um - 10,3%.

Die reinen Bundessteuern konnten im Berichtsmonat September 2010 Mehreinnahmen von + 1,8 % verbuchen. Bei der Energiesteuer kam es zu geringfügigen Einbußen von - 0,5 %. Die Tabaksteuer (+ 9,6 %), die Versicherungsteuer (+ 6,0 %), die Stromsteuer (+ 3,9 %) und der Solidaritätszuschlag (+ 2,3 %) weisen positive Ergebnisse auf. Bei der Kraftfahrzeugsteuer kam es zu einer Aufkommensminderung um - 3,9 %. Die Veränderungsrate bei den reinen Bundessteuern für den kumulierten

Zeitraum Januar bis September 2010 (+ 6,1%) ist bis zum Jahresende noch verzerrt durch die Verlagerung der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund zum 1. Juli 2009. Ohne diese Verlagerung wäre es insgesamt zu einer Verminderung der Einnahmen aus den Bundessteuern um - 4,7% gekommen.

Bei den reinen Ländersteuern wurde eine Volumenausweitung um + 19,3 % erreicht. Ausschlaggebend waren die Mehreinnahmen bei der Erbschaftsteuer (+ 27,6 %) und der Grunderwerbsteuer (+ 15,8 %), während die Biersteuer mit - 10,9 % und die Rennwettund Lotteriesteuer mit - 1,5 % unter ihrem Vorjahresniveau blieben.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im September durchschnittlich 3,37% (August 3,33%).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe stieg Ende September auf 2,25 % (August 2,11 %).

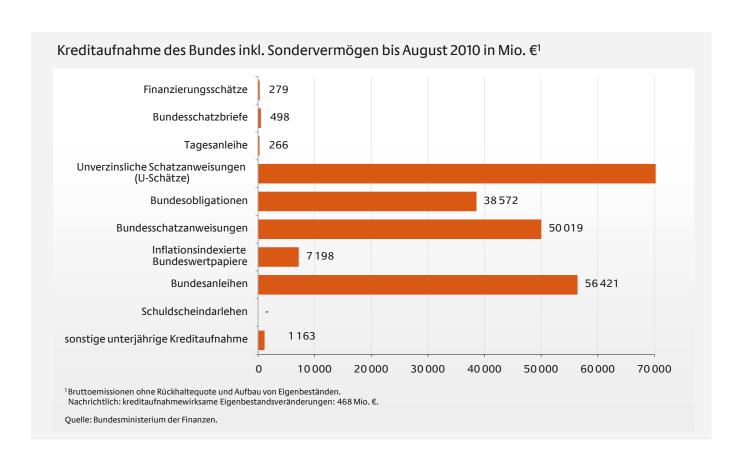
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – blieben Ende September mit 0,89 % konstant (0,89 % Ende August).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 7. Oktober 2010 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug zum 30. September 6 229 Punkte (31. August 5 925 Punkte). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 623 Punkten am 31. August auf 2 748 Punkte am 30. September.

#### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im August 2010 bei 1,1% nach 0,2% im Juli und 0,2% im Juni. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Juni bis August 2010 stieg



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

auf 0,5 % nach 0,1 % im vorangegangenen Dreimonatszeitraum (Referenzwert 4,5 %).

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im August 1,0 % (nach 0,6 % im Vormonat).

In Deutschland betrug die Wachstumsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im August - 1,68 % (Juli - 2,52 %, Juni - 3,21%).

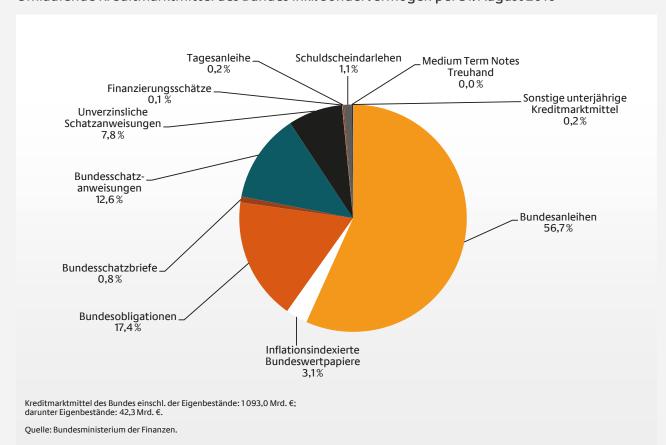
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen (Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds) betrug

bis einschließlich August 2010 insgesamt 232,44 Mrd. €. Davon wurden 224 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde am 13. Januar 2010 die 1,75 %ige Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526, WKN 103052) um ein Volumen von insgesamt 2,0 Mrd. € und am 10. März, 9. Juni und 21. Juli um jeweils ein Volumen von 1,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Weiterhin wurde die 2,25 %ige Inflationsindexierte Bundesobligation (ISIN DE 0001030518, WKN 103051) am 7. April um ein Volumen von 2,0 Mrd. € aufgestockt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 0,47 Mrd. €).

Die im August 2010 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der

#### Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 31. August 2010



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
		in Mrd. €											
Anleihen	20,3	-	-	-	-	4,0	20,3	-					44,5
Bundesobligationen	-	-	-	17,0	-	-	-	-					17,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-					30,0
U-Schätze des Bundes	11,9	11,9	11,9	14,9	14,9	14,9	10,0	10,0					100,4
Bundesschatzbriefe	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3					0,8
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1					0,5
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1					0,7
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-					0,0
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-	-	-					0,0
Entschädigungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-					0,0
Schuldscheindarlehen	-	0,1	0,0	0,3	-	0,0	-	0,0					0,5
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,7	-	-	-	-	-					0,7
Sonstige Schulden gesamt	0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0					-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,6	12,2	27,9	32,4	15,0	34,1	30,4	10,3					195,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

# Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,9	0,1	0,7	3,6	0,1	1,5	13,5	0,2					33,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2010".

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich August 2010 die Tilgungen auf rund 194,96 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 33,75 Mrd. €.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 206,86 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 21,00 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 4,59 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2010 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesanleihe ISIN DE0001135408 WKN 113540	Aufstockung	7. Juli 2010	10 Jahre fällig 4. Juli 2020 Zinslaufbeginn 30. April 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141570 WKN 114157	Aufstockung	14. Juli 2010	5 Jahre fällig 10. April 2015 Zinslaufbeginn 10. April 2010 erster Zinstermin 10. Juli 2011	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135432 WKN 113543	Neuemission	21. Juli 2010	30 Jahre fällig 4. April 2042 Zinslaufbeginn 4. Juli 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	4 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030526 WKN 103052	Aufstockung	21. Juli 2010	10 Jahre fällig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 15. April 2009 erster Zinstermin 15. April 2011	1 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137313 WKN 113731	Neuemission	11. August 2010	2 Jahre fällig 14. September 2012 Zinslaufbeginn 13. August 2010 erster Zinstermin 14. Sept. 2011	7 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135416 WKN 113541	Neuemission	18. August 2010	10 Jahre fällig 4. September 2020 Zinslaufbeginn 20. August 2010 erster Zinstermin 4. Sept. 2011	6 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137313 WKN 113731	Aufstockung	8. September 2010	2 Jahre fällig 14. September 2012 Zinslaufbeginn 13. August 2010 erster Zinstermin 14. Sept. 2011	ca. 6 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030500 WKN 103050	Aufstockung	8. September 2010	10 Jahre fällig 15. April 2016 Zinslaufbeginn 15. März 2006 erster Zinstermin 15. April 2011	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135416 WKN 113541	Aufstockung	15. September 2010	10 Jahre fällig 4. September 2020 Zinslaufbeginn 20. August 2010 erster Zinstermin 4. Sept. 2011	ca. 5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141588 WKN 114188	Neuemission	22. September 2010	5 Jahre fällig 9. Oktober 2015 Zinslaufbeginn 24. Sept. 2010 erster Zinstermin 9. Oktober 2011	ca.6 Mrd.€
			3. Quartal 2010 insgesamt	ca. 47 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2010 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115657 WKN 111565	Neuemission	12. Juli 2010	6 Monate fällig 12. Januar 2011	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115608 WKN 111560	Aufstockung	19. Juli 2010	9 Monate fällig 20. April 2011	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115665 WKN 111566	Neuemission	26. Juli 2010	12 Monate fällig 27. Juli 2011	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115673 WKN 111567	Neuemission	9. August 2010	6 Monate fällig 09. Februar 2011	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115624 WKN 111562	Aufstockung	16. August 2010	12 Monate fällig 18. Mai 2011	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115681 WKN 111568	Neuemission	23. August 2010	12 Monate fällig 24. August 2011	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115699 WKN 111569	Neuemission	13. September 2010	6 Monate fällig 13. März 2011	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115640 WKN 111564	Aufstockung	20. September 2010	9 Monate fällig 29. Juni 2011	ca. 2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115707 WKN 111570	Neuemission	27. September 2010	12 Monate fällig 28. September 2011	ca.4 Mrd.€
			3. Quartal 2010 insgesamt	ca. 33 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Der Aufschwung in Deutschland setzte sich im 3. Quartal mit vermindertem Tempo fort.
- Der Aufwärtstrend in der Industrie hat sich im Vergleich zum Frühjahr abgeflacht.
- Die Binnennachfrage gewinnt an Bedeutung, während die globale Dynamik nachlässt.
- Die Erholung des privaten Konsums dürfte sich angesichts einer weiteren Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und einer moderaten Preisentwicklung im 3. Quartal fortgesetzt haben.

Der Aufschwung in Deutschland setzte sich in den Sommermonaten fort, allerdings mit erheblich geringerem Wachstumstempo. Angesichts niedrigerer Zuwachsraten bei der industriellen Produktion ist für das 3. Quartal mit einem deutlich geringeren saisonbereinigten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu rechnen als im vorangegangenen Vierteljahr.

Dennoch dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland voraussichtlich auch im 3. Vierteljahr maßgeblich von der Entwicklung im Produzierenden Gewerbe getragen worden sein, die wiederum positiv auf die unternehmensnahen Dienstleistungsbereiche ausgestrahlt haben dürfte. Nach verhaltenem Einstieg in das 3. Quartal hat sich die Wirtschaftstätigkeit in der Industrie zuletzt wieder deutlich erhöht. Die Dynamik ist aber viel niedriger als im Frühjahr. Die vorlaufenden Indikatoren wie beispielsweise das industrielle Bestellvolumen und die Stimmung in den Unternehmen signalisieren eine Fortsetzung des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs. Die voraussichtlich geringere Dynamik dürfte dabei auch auf die spürbare Verlangsamung des Wachstumstempos der Weltwirtschaft zurückzuführen sein.

Das Nachlassen der globalen Aktivität zeigt sich bereits in einer Abflachung des Aufwärtstrends bei den Warenexporten im 3. Vierteljahr im Vergleich zum Vorquartal

(saisonbereinigt). Dies steht auch im Einklang mit einer der Grundtendenz nach zuletzt weniger lebhaften Auslandsnachfrage nach deutschen Industriegütern. Zudem hatten bereits einige Umfrageergebnisse (ifo-Exporterwartungen, Einkaufsmanager-Umfrage) auf eine außenwirtschaftliche Abschwächung hingedeutet. Im August waren die nominalen Warenexporte in der Verlaufsbetrachtung den zweiten Monat in Folge rückläufig, womit die Warenausfuhren im Zweimonatsvergleich nun tendenziell seitwärtsgerichtet sind. Zugleich weisen die nominalen Warenimporte trotz des monatlichen Anstiegs im August einen leichten Abwärtstrend auf.

Kumuliert für den Zeitraum Januar bis August übertrafen die Einfuhren das Vorjahresergebnis um 19,3 % (nach Ursprungswerten). Die spürbare Zunahme der Einfuhrtätigkeit im Vorjahresvergleich spiegelt sich auch in einem kräftigen Anstieg der Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer für den gleichen Zeitraum (+38,2%) wider. Das nominale Ausfuhrergebnis lag kumuliert von Januar bis August ebenfalls deutlich über dem entsprechenden Vorjahresniveau (Ursprungswerte: +19,2%). Dabei wurden die Ausfuhren in Drittländer (+ 27,7 %) besonders stark ausgeweitet. Auch die Ausfuhren in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union (EU) (+17,0%) sowie den Euroraum (+13,0%) konnten in diesem Zeitraum ein deutliches Plus verzeichnen. Allerdings verlief die

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Entwicklung weniger dynamisch als die Ausfuhren in Drittländer. Dies dürfte auf eine anhaltende konjunkturelle Schwäche in einigen Ländern der EU zurückzuführen sein.

Nach aktuellem Indikatorenbild ist im weiteren Jahresverlauf tendenziell mit einer schwächeren Entwicklung der Exporttätigkeit zu rechnen als noch im 1. Halbjahr. Darauf deutet beispielsweise der erneute Rückgang des OECD Composite Leading Indicators hin, der eine abnehmende globale Wachstumsdynamik signalisiert. Zwar hat die Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieprodukten dank umfangreicher Großaufträge im August wieder zugenommen, und auch die aktuellen Stimmungsindikatoren lassen erkennen, dass die Unternehmen die Exportperspektiven weiterhin sehr positiv beurteilen. Allerdings rechnen sie nicht mit einer vergleichbar dynamischen Entwicklung wie noch im 2. Quartal.

Trotz der spürbaren Abschwächung der Außenhandelstätigkeit dürften von den Exporten in den Sommermonaten positive Wachstumsimpulse ausgegangen sein. Insgesamt deutet das aktuelle Indikatorenbild auf eine Fortsetzung dieser Entwicklung hin. Dennoch wird die Binnennachfrage im weiteren Verlauf angesichts des geringeren Expansionstempos im Außenhandel als Wachstumsstütze zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Auch der Aufwärtstrend in der Industrie hat sich im Vergleich zur dynamischen Entwicklung im Vorquartal inzwischen merklich abgeflacht. Nachdem das Produktionsniveau im Juli in saisonbereinigter Betrachtung gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert geblieben war, wurde die industrielle Erzeugung im August wieder kräftig ausgeweitet. Hierzu trugen alle Gütergruppen bei, wobei der Produktionszuwachs im Investitionsgüterbereich mit einem Plus von gut 2½% besonders ausgeprägt war. Im aussagekräftigeren Zweimonatsvergleich zeigt sich weiterhin ein leichter Aufwärtstrend

der industriellen Erzeugung. Dagegen ist die Produktionstätigkeit im Bauhauptgewerbe weiterhin wenig dynamisch. Im August sank der Produktionsindex gegenüber dem Vormonat in saisonbereinigter Betrachtung um knapp ½%. Im Zweimonatsvergleich ist die Bauproduktion nur leicht aufwärtsgerichtet.

Im Einklang mit der Produktionsausweitung verbuchte die deutsche Industrie im August gegenüber dem Vormonat ein deutliches Umsatzplus. Dabei stiegen die Auslandsumsätze – aufgrund einer dynamischen Umsatzentwicklung bei den Investitionsgütern – stärker an als die Inlandsumsätze. Der Grundtendenz nach sind die industriellen Umsätze nun leicht aufwärtsgerichtet.

Auch das Bestellvolumen in der Industrie nahm im August deutlich zu. Damit wurde der Rückgang des Vormonats mehr als ausgeglichen. Erneut ergab sich das Auftragsplus insbesondere aus einem überdurchschnittlichen Volumen an ausländischen Großaufträgen im Bereich des Sonstigen Fahrzeugbaus. Aber auch die Auslandsnachfrage nach Vorleistungsgütern wurde spürbar ausgeweitet. Dagegen war die Inlandsnachfrage nach Industriegütern leicht rückläufig. Insgesamt ist der industrielle Auftragseingang nach wie vor klar aufwärtsgerichtet.

Das Gesamtbild der Industrieindikatoren weist darauf hin, dass sich die industrielle Dynamik nach verhaltenem Einstieg in das 3. Quartal im August wieder merklich erhöht hat. Die ifo-Umfrage hatte bereits auf eine dynamische industrielle Aktivität im August hingedeutet. Die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate waren zwar etwas weniger zuversichtlich. Sie liegen jedoch weit über dem langjährigen Durchschnitt. Auch der Einkaufsmanagerindex des Verarbeitenden Gewerbes überschritt die Wachstumsschwelle von 50 Punkten weiterhin, wenngleich die Einschätzungen unter den Einkaufsmanagern erstmals wieder etwas zurückhaltender ausfielen. Zusammengenommen signalisieren

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2009		Veränderung in % gegenüber					
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd.€	: V: !- 0/	Vorperiode saisonbereinigt		Vorjahr			
	bzw. Index	ggü. Vorj. in%	4. Q.09	1.Q.10	2.Q.10	4. Q.09	1.Q.10	2.Q.10
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	105,2	-4,7	+0,3	+0,5	+2,2	-1,3	+2,1	+4,1
jeweilige Preise	2 397	-3,4	+0,3	+0,6	+2,3	+0,0	+3,1	+4,9
Einkommen								
Volkseinkommen	1 792	-4,2	+0,8	+2,2	+1,5	+0,2	+6,5	+8,3
Arbeitnehmerentgelte	1 226	+0,2	+0,2	+1,1	+0,9	-0,6	+1,3	+2,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	566	-12,6	+2,1	+4,5	+2,6	+1,9	+17,3	+21,9
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 554	-1,0	+0,2	+1,0	+0,5	-0,7	+1,8	+1,5
Bruttolöhne ugehälter	992	-0,2	+0,5	+0,7	+1,1	-0,7	+1,2	+2,5
Sparen der privaten Haushalte	177	-5,7	-0,7	+7,3	-2,1	-7,8	+5,5	+4,5
	2	2009	Veränderung in % gegenüber					
Außenhandel / Umsätze / Produktion / Auftragseingänge	Mrd. €	ggü.Vorj.	Vorpe	eriode saiso	nbereinigt	Vorjahr		r
Authaysemgange	bzw. Index	in%	Jul 10	Aug 10	Zweimonats- durchschnitt	Jul 10	Aug 10	Zweimonats- durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	82	-4,0	-1,4		-0,6	-1,9		+0,3
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	803	-18,4	-1,6	-0,4	-0,1	+18,6	+26,8	+22,4
Waren-Importe	667	-17,2	-2,3	+0,9	-1,0	+24,9	+29,2	+27,0
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100) <sup>1</sup>	94,3	-15,5	+0,1	+1,7	+0,7	+11,2	+11,0	+11,1
Industrie <sup>2</sup>	93,7	-17,3	-0,1	+1,8	+0,8	+12,7	+12,8	+12,8
Bauhauptgewerbe	108,2	-0,0	+1,1	-0,4	+0,4	+6,1	+1,8	+3,9
Umsätze im								
Produzierenden Gewerbe <sup>1</sup>								
Industrie (Index 2005 = 100) <sup>2</sup>	92,8	-17,6	-0,4	+1,8	+0,2	+10,6	+11,2	+10,9
Inland	93,1	-14,4	-0,6	+0,3	-0,2	+7,8	+5,7	+6,8
Ausland	92,6	-21,1	-0,2	+3,4	+0,6	+13,7	+17,6	+15,7
Auftragseingang (Index 2005 = 100) <sup>1</sup>								
Industrie <sup>2</sup>	87,3	-21,6	-1,6	+3,4	+1,9	+18,4	+21,2	+19,8
Inland	88,6	-18,2	+0,2	-0,5	+0,0	+10,1	+11,1	+10,6
Ausland	86,1	-24,4	-3,0	+6,6	+3,4	+26,3	+30,0	+28,2
Bauhauptgewerbe	95,6	-7,0	+5,0		-0,2	-0,8		-1,0
Umsätze im Handel (Index 2005=100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	96,6	-2,5	+0,6	-0,4	+0,6	+2,4	+3,1	+2,7
Handel mit Kfz	93,6	+0,6	+1,1	-0,8	+2,9	-7,4	-0,4	-4,2

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2009		Veränderung in Tsd. gegenüber					
Arbeitsmarkt	Personen	:: \/: i-9/	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr			
	Mio.	ggü. Vorj. in %	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,42	+4,8	-23	-20	-40	-271	-283	-315	
Erwerbstätige, Inland	40,27	-0,0	+18	+46		+137	+193		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,38	-0,3	+21			+353			
D		2009	Veränderung i			in%gegenüber			
Preisindizes 2005 = 100		aaii Mari in %	Vorperiode			Vorjahr			
2005 .00	Index	ggü. Vorj. in %	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	
Importpreise	100,5	-8,6	-0,2	+0,2		+9,9	+8,6		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	108,0	-4,2	+0,5	+0,0		+3,7	+3,2		
Verbraucherpreise	107,0	+0,4	+0,3	+0,0	-0,1	+1,2	+1,0	+1,3	
ifo-Geschäftsklima	saison bereinigte Salden								
gewerbliche Wirtschaft	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	
Klima	-9,9	-4,1	+2,7	+2,5	+3,0	+11,6	+12,6	+12,7	
Geschäftslage	-23,2	-14,1	-4,9	-4,6	-1,3	+9,7	+12,4	+15,3	
Geschäftserwartungen	+4,3	+6,5	+10,6	+9,9	+7,4	+13,6	+12,9	+10,2	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

die Industrieindikatoren damit, dass sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung im Verarbeitenden Gewerbe fortsetzen dürfte, jedoch mit wesentlich geringerer Dynamik als im 1. Halbjahr 2010.

Die Belebung des privaten Konsums dürfte sich im 3. Quartal fortgesetzt haben. So ist bei den Einzelhandelsumsätzen (ohne Kfz) im Juli/August ein leichter Aufwärtstrend zu beobachten (saisonbereinigt, gegenüber der Vorperiode). Zudem zeigen die Umsätze im Kfz-Handel im Zweimonatsvergleich einen deutlichen Anstieg. Dies wird auch durch die Zunahme der Neuzulassungen für private Pkw in diesem Zeitraum belegt. Des Weiteren hat sich die Stimmung der Verbraucher und der Einzelhändler im September weiter verbessert. Insbesondere die positive Arbeitsmarktentwicklung und die damit einhergehenden Einkommensverbesserungen sowie der nach wie vor moderate Preisniveauanstieg dürften die Kaufkraft der privaten Haushalte begünstigt und den privaten Konsum positiv beeinflusst haben.

Der deutsche Arbeitsmarkt profitiert weiterhin deutlich vom wirtschaftlichen Aufschwung. So nahm die Zahl registrierter Arbeitsloser (nach Ursprungszahlen) im September gegenüber dem Vorjahr um 315 000 Personen auf 3,03 Millionen Personen ab. Die entsprechende Arbeitslosenquote sank im gleichen Zeitraum um 0,8 Prozentpunkte auf 7,2 %. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich im Vergleich zum Vormonat zum fünfzehnten Mal in Folge. Damit wurde der Tiefstand vom Oktober 2008 nun um 46 000 Personen unterschritten.

Bei der saisonbereinigten Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) konnte im August der höchste Anstieg in diesem Jahr verzeichnet werden. Nach Ursprungswerten wurde mit einer Beschäftigtenzahl von 40,47 Millionen Personen auch das Vorjahresniveau deutlich übertroffen.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im Juli erneut zu, aber nicht so stark wie im Durchschnitt des

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Energie

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

2. Quartals 2010 (+ 56 000 Personen). Nach Ursprungswerten wurde der Vorjahresstand spürbar überschritten. Dabei wurden sowohl die Teilzeitbeschäftigung (rund + 178 000 Personen gegenüber dem Vorjahr) als auch die Vollzeitbeschäftigung deutlich ausgeweitet (rund + 173 000 Personen gegenüber dem Vorjahr).

Die Zahl der konjunkturell bedingten Kurzarbeiter erreichte im Juli 2010 mit hochgerechnet rund 288 000 Personen nur noch etwa ein Fünftel des Höchststandes der Inanspruchnahme vom Mai 2009 (1,44 Millionen Personen). Im August nahm die Zahl der Anzeigen für konjunkturell bedingte Kurzarbeit weiter ab. Die Schätzung der Bundesagentur für Arbeit für Neuanzeigen im September liegt bei knapp 25 000 Personen.

Der anhaltende Beschäftigungsaufbau und der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig kräftiger Reduzierung der konjunkturellen Kurzarbeit – sind beachtlich. Jedoch zeigt die Vorjahresbetrachtung der Beschäftigungsentwicklung nach Wirtschaftsbereichen, dass insbesondere das Verarbeitende Gewerbe angesichts der hier beobachteten Beschäftigungsverluste immer noch mit den Nachwirkungen der Krise zu kämpfen hat. Allerdings sind die Vorjahresabstände kleiner geworden. Außerdem nehmen die geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen allmählich zu. Erst im Zuge eines anhaltenden konjunkturellen Aufschwungs dürfte es auch hinsichtlich der Arbeitszeit zu einer Normalisierung kommen. Der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsaufbau wird derzeit entscheidend von der Entwicklung in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen getragen.

Die Perspektiven für die Arbeitsmarktentwicklung bleiben günstig. Allerdings könnte die Arbeitskräftenachfrage im weiteren Verlauf etwas nachlassen. So stagnierte beispielsweise zuletzt der Stellenindex BA-X. Auch laut ifo-Umfrage zeigen sich die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe und in den Dienstleistungsbereichen bei ihren Personalplanungen für die nächsten Monate etwas zurückhaltender.

Der Anstieg des Verbraucherpreisindex (VPI) war im September mit 1,3 % etwas höher als in den vorangegangenen Monaten dieses Jahres. Dennoch fallen die jährlichen Veränderungsraten des VPI seit Anfang des Jahres mit durchschnittlich 1% weiterhin sehr niedrig aus. Der Preisniveauanstieg im Vorjahresvergleich wurde maßgeblich von der Verteuerung von Energieprodukten und Nahrungsmitteln geprägt. Bei den Energieprodukten nahmen Preise für Mineralölerzeugnisse erheblich zu (+ 11,6 %). Erdgas und Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme kosteten dagegen weniger als vor einem Jahr. Die Teuerung bei Nahrungsmitteln ist insbesondere auf Preisanstiege bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln sowie Speisefetten und -ölen zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung von Energie und Nahrungsmitteln hätte der jährliche Preisanstieg bei 0,7 % gelegen.

Die Weltmarktpreise für Rohöl sind im Vorjahresvergleich auch im September deutlich angestiegen. Aber im Verlauf stagnierten sie in diesem Monat nahezu. Die Preisniveaus der nichtenergetischen Rohstoffe haben sich im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls spürbar erhöht. Insgesamt signalisiert die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt damit, dass sich der globale Aufschwung fortsetzt. Auf den vorgelagerten Produktionsstufen ist der Anstieg der Weltmarktpreise für Rohstoffe deutlich zu erkennen, jedoch hat sich der Aufwärtstrend der jährlichen Teuerungsrate für Importe zuletzt etwas abgeschwächt.

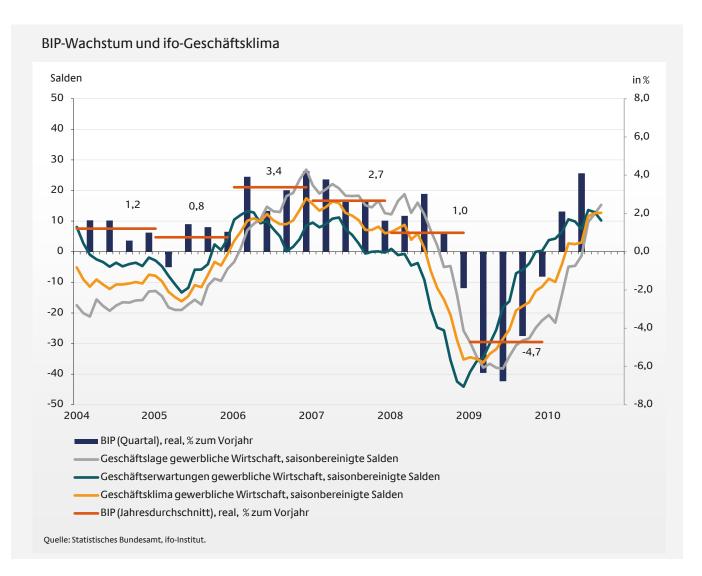
Der Importpreisindex überschritt im August das Vorjahresniveau um 8,6 %. Der Anstieg ist vor allem auf höhere Energiepreise zurückzuführen (+ 21,5 %). Importe von Rohöl verteuerten sich gegenüber dem Vorjahr um 19,5 %. Importpreise für Mineralölerzeugnisse und Erdgas stiegen ebenfalls kräftig an.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Ohne Rohöl und Mineralölerzeugnisse liegt der Importpreisindex noch um 7,4 % über Vorjahresniveau. Dies ist vor allem auf einen Preisanstieg bei nicht-energetischen Rohstoffen wie z. B. Eisenerz (+72,9 %) und Nickel (28,8 %) zurückzuführen. Bei Nahrungsmitteln nahmen insbesondere die Preise für Rohkaffee und Getreide kräftig zu.

Die Erzeugerpreise stiegen im August um 3,2 % gegenüber dem Vorjahr an. Die Zunahme war vor allem auf die Verteuerung von Vorleistungsgütern (+ 5,6 %) und Energiegütern (+ 4,8 %) zurückzuführen. Preise für Mineralölerzeugnisse zeigten bei den Hauptenergieträgern den höchsten Anstieg. Stromerzeugung und Erdgasherstellung waren ebenfalls teurer als vor einem Jahr. Ohne Berücksichtigung von Energie stieg der Erzeugerpreisindex im August um 2,5 % gegenüber dem Vorjahr an. Bei den Vorleistungsprodukten lagen die Preise für Metalle spürbar über Vorjahresniveau. Auch Walzstahl und Nichteisen-Metalle waren wesentlich teurer als vor einem Jahr. Die Preise für Nahrungsmittel erhöhten sich um 1,4 %.

Im Zuge einer Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs dürften die Preiserhöhungen auf den vorgelagerten Produktionsstufen zumindest teilweise auch auf die Verbraucherstufe überwälzt werden. Dieser Prozess dürfte sich allerdings nur allmählich vollziehen.

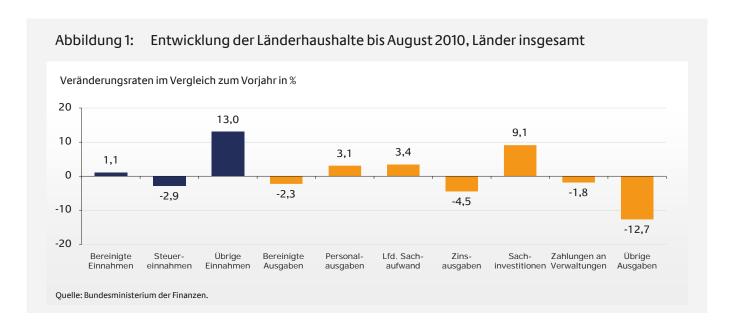


Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2010

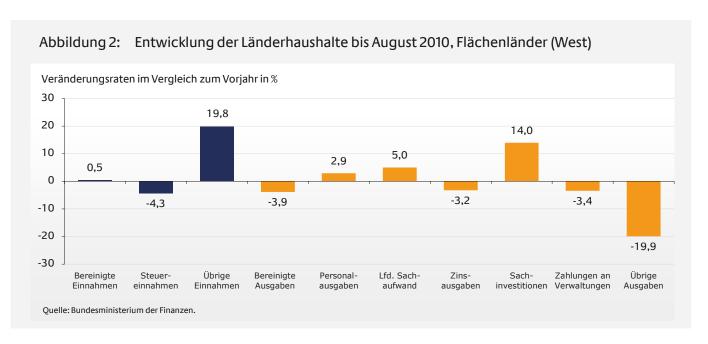
# Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2010

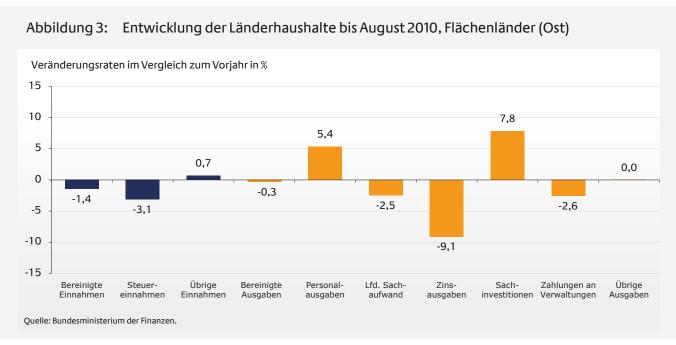
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich August 2010 vor.

Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum stiegen die Einnahmen der Ländergesamtheit um + 1,1%, während die Ausgaben um - 2,3% zurückgeführt wurden. Die Steuereinnahmen der Länder insgesamt sind im Vergleich zum Vorjahr um - 2,9 % gesunken (Flächenländer West - 4,3 %, Flächenländer Ost - 3,1 %, Stadtstaaten + 8,6 %). Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit betrug am Ende des Berichtszeitraums rund - 15,9 Mrd. € und fiel damit rund 6,0 Mrd. € günstiger aus als der entsprechende Vorjahreswert. In den Planungen für das Gesamtjahr 2010 sehen die Länder insgesamt einen Finanzierungssaldo von rund - 31,7 Mrd. € vor.

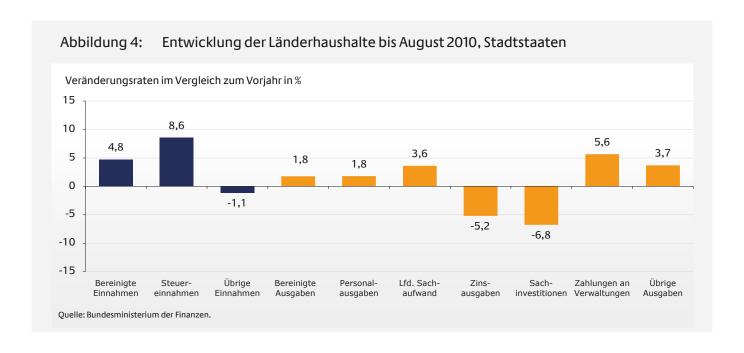


Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2010





Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2010



TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Termine, Publikationen

# Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

22./23. Oktober 2010	G20-Finanzministertreffen in Gyeongju/Korea
11./12. November 2010	G20-Gipfeltreffen in Seoul/Korea
16./17. November 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
6./7. Dezember 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

# Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2011

4. bis 6. Mai 2010	Steuerschätzung in Lübeck
bis 25. Juni 2010	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
2. Juli 2010	Zuleitung an Kabinett
7. Juli 2010	Kabinettbeschluss
13. August 2010	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
14. bis 17. September 2010	1. Lesung Bundestag
24. September 2010	1. Beratung Bundesrat
27. September bis 10. November 2010	Beratungen im Haushaltsausschuss
2. bis 4. November 2010	Steuerschätzung in Baden-Baden
15. Oktober 2010	Stabilitätsrat
11. November 2010	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
23. bis 26. November 2010	2./3. Lesung Bundestag
17. Dezember 2010	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2010	Verkündung im Bundesgesetzblatt

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt			
Oktober 2010	September 2010	21. Oktober 2010			
November 2010	Oktober 2010	22. November 2010			
Dezember 2010	November 2010	20. Dezember 2010			
2011					
Januar 2011	Dezember 2010	28. Januar 2011			
Februar 2011	Januar 2011	21. Februar 2011			
März 2011	Februar 2011	21. März 2011			
April 2011	März 2011	21. April 2011			
Mai 2011	April 2011	20. Mai 2011			
Juni 2011	Mai 2011	20. Juni 2011			
Juli 2011	Juni 2011	20. Juli 2011			
August 2011	Juli 2011	22. August 2011			
September 2011	August 2011	22. September 2011			
Oktober 2011	September 2011	21. Oktober 2011			
November 2011	Oktober 2011	21. November 2011			
Dezember 2011	November 2011	22. Dezember 2011			

### Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

- Fachblick: Datensammlung zur Steuerpolitik, Ausgabe 2010

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup> Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

 $^1$  Jeweils 0,14  $\,{\in}\,/$  Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

#### Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

# □ Analysen und Berichte

# Analysen und Berichte

Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: aktualisierte Modellrechnungengen	34
Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2009	41
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	46
Jahrestagung von IWF und Weltbank und G7-Finanzminister-Treffen in Washington D.C	67

#### Analysen und Berichte

Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: aktualisierte Modellrechnungen

# Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: aktualisierte Modellrechnungen

1	Hintergrund	34
	Annahmen und Ergebnisse	
	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	
	Langfristige Budgetprojektionen	
	Tragfähigkeitsindikatoren	
	Resultate für alternative Varianten	
		39

- Das Bundesministerium der Finanzen sorgt mit seinen Analysen und seiner Berichterstattung zur Tragfähigkeit der Staatsfinanzen seit Jahren dafür, dass langfristige Risiken für die öffentlichen Haushalte wahrgenommen werden und in die politische Meinungsbildung einfließen.
- Dabei ist es nicht allein der demografische Wandel, der sich in der Entwicklung der öffentlichen Finanzen niederschlägt. Auch eine gravierende Verschlechterung der Haushaltslage in der kurzen und mittleren Frist birgt Tragfähigkeitsrisiken.
- Neue Berechnungen zeigen: Vom Ziel einer langfristig tragfähigen Situation haben sich die öffentlichen Finanzen in Deutschland wegen der gesamtwirtschaftlichen und budgetären Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise wieder ein gutes Stück entfernt.
- Gleichwohl: Ein fortwährender Anstieg der Schuldenquote lässt sich vermeiden. Ein wichtiger Impuls zur Gegensteuerung geht von der jetzt im Grundgesetz verankerten "Schuldenbremse" aus.

# 1 Hintergrund

Mit der Veröffentlichung von mittlerweile zwei "Berichten zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen" in den Jahren 2005 und 2008 hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) die Grundlagen dafür geschaffen, die Effekte des demografischen Wandels und die davon ausgehenden Risiken in den Blick zu nehmen und sie bei gegenwartsnah zu treffenden politischen Entscheidungen im Auge zu behalten. Die Analysen stützten sich dabei auf amtliche Bevölkerungsprojektionen, die bis in das Jahr 2050 reichten. Der dritte Tragfähigkeitsbericht wird im Jahr 2011 erarbeitet und publiziert werden.

Wegen vergleichsweise stabiler Tendenzen in den Bevölkerungsvorausberechnungen

erscheint ein mehrjähriger Turnus (einmal pro Legislaturperiode) grundsätzlich ausreichend, um die Öffentlichkeit über mögliche Gefahren für die langfristige Solidität der Staatsfinanzen zu informieren und Ansatzpunkte für ein rechtzeitiges Gegensteuern aufzuzeigen.

Es kann allerdings auch Situationen geben, in denen sich eine Zunahme des Drucks auf die öffentlichen Haushalte weniger aus der Demografie als aus anderen – am aktuellen Rand wirksamen – Faktoren ergibt. Das hat die globale Wirtschafts- und Finanzkrise mit den von ihr verursachten Einbrüchen in der gesamtwirtschaftlichen Leistung und mit drastischen Rückschlägen in der bis dahin erreichten Haushaltskonsolidierung auch in Deutschland sehr deutlich gezeigt.

Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: aktualisierte Modellrechnungen

Um die Prüfung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen an die gegenüber dem Zweiten Tragfähigkeitsbericht revidierten gesamtwirtschaftlichen und budgetären Erwartungen anzupassen, hatte das Bundesministerium der Finanzen eine Aktualisierung der ehedem durchgeführten Rechnungen bereits im vergangenen Jahr – also noch vor Herausgabe des nächsten Berichts – in Auftrag gegeben. Die folgenden Ausführungen fassen die Ergebnisse des dazu von Prof. Dr. Martin Werding, Ruhr-Universität Bochum, in Kooperation mit ifo, München, erstellten Gutachtens zusammen.

Am grundsätzlichen Vorgehen hat sich dabei nichts geändert: Die Gutachter analysieren auf der Grundlage von Annahmen über die demografische Entwicklung und einer damit konsistenten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, welchen Verlauf die öffentlichen Ausgaben (am BIP gemessen) in den Bereichen nehmen könnten, die von Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung voraussichtlich besonders betroffen sein werden. Die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung, gefolgt von den Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung, haben darunter das höchste Gewicht, aber auch die Ausgaben der anderen Zweige der Sozialversicherung und die Beamtenversorgung sowie die staatlichen Bildungsausgaben und der Familienleistungsausgleich werden mit Blick auf demografisch bedingte Änderungen untersucht. Unter der Annahme konstanter Quoten für alle übrigen Ausgabenbereiche und einer ebenfalls konstanten Einnahmenquote werden daraus Projektionen für die Staatsquote, die gesamtstaatlichen Finanzierungssalden und den Schuldenstand abgeleitet und die Ergebnisse nach einer auch auf europäischer Ebene genutzten Methodik zu Indikatoren für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in Deutschland zusammengefasst.

## 2 Annahmen und Ergebnisse

Betrachtet wurden erneut zwei Basisvarianten, die auf divergierenden Annahmen zur langfristigen Entwicklung in den Bereichen Demografie, Arbeitsmarkt und sonstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung beruhen. Hinsichtlich ihrer Konsequenzen für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sind diese Annahmen einerseits von einem gewissen durchgängigen Pessimismus ("Variante T-"), andererseits von einem gewissen durchgängigen Optimismus ("Variante T+") getragen. Zusammengenommen sollten die beiden Varianten (wie im Zweiten Tragfähigkeitsbericht) einen Korridor plausiblerweise möglicher zukünftiger Entwicklungen beschreiben. Unter dem Eindruck der Wirtschafts- und Finanzkrise hatten sich damals bei vielen Beobachtern insbesondere die Erwartungen für einen langfristigen Abbau der Unterbeschäftigung in Deutschland verschlechtert.

Die den Fortschreibungen auf lange Sicht zugrunde gelegten demografischen und makroökonomischen Annahmen entsprachen weitgehend denen der früheren Projektionen. Merkliche Unterschiede gab es allerdings in der Einschätzung der Wirtschaftslage am aktuellen Rand – mit Auswirkungen auf die kurz- bis mittelfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen – und in der nun deutlich nach oben gezogenen Spanne bei den Annahmen über die Höhe der strukturellen Arbeitslosigkeit. Insofern wurde die neue Variante T- noch pessimistischer angelegt als die alte, was mit Blick auf den Arbeitsmarkt der Möglichkeit eines durch die Krise bedingten, dauerhaft nachwirkenden Schocks Ausdruck gab und der damaligen Einschätzung von internationalen Organisationen wie der OECD entsprach. Aus heutiger Sicht schlägt sich in der ungünstigen Variante ein außerordentlich hohes Maß an Vorsicht nieder, denn die Beschäftigung hat sich in Deutschland von ihrem Tiefpunkt in der Krise sehr viel rascher erholt als erwartet.

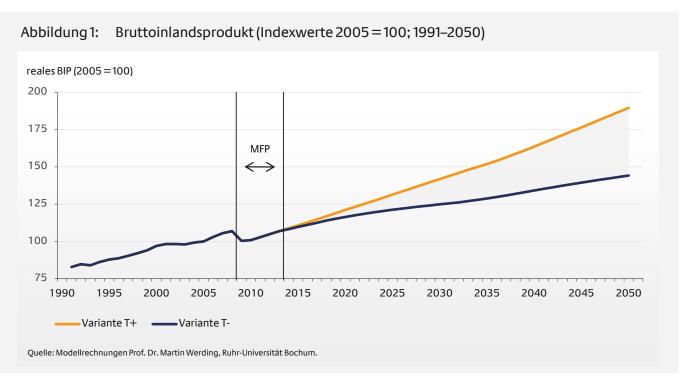
Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: aktualisierte Modellrechnungen

Ausgangsjahr ist das Jahr 2008, für das bei der Durchführung der Rechnungen für die meisten relevanten Größen bereits Ist-Daten oder zumindest verlässliche Schätzwerte vorlagen. Berücksichtigt wurden außerdem einschlägige Eckdaten der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung mit dem Endjahr 2013. Als Rechtsstand lagen den beiden Basisvarianten die zur Jahresmitte 2009 geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen für alle einzeln erfassten Bereiche der öffentlichen Finanzen zugrunde, einschließlich darin bereits geregelter, jedoch erst während des Projektionszeitraums wirksam werdender Änderungen. Vorgaben für die Entwicklung des gesamtstaatlichen Defizits oder der gesamtstaatlichen Verschuldung in Form spezifischer Haushaltsregeln (mehr dazu unter 2.2 und 3) wurden nicht gemacht.

# 2.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Um die Effekte der Wirtschafts- und Finanzkrise auch in den zu erwartenden Folgen für die öffentlichen Finanzen möglichst klar hervortreten zu lassen, wurde bei der Aktualisierung der Rechnungen

im vergangenen Jahr auf Änderungen in den demografischen Annahmen und auf eine Ausweitung des Prognosehorizonts im Vergleich zum jüngsten Tragfähigkeitsbericht bewusst verzichtet. Der Entwicklungspfad für das Bruttoinlandsprodukt wurde in beiden Basisvarianten erneut nicht exogen vorgegeben, sondern wie in den vorherigen Projektionen aus einer Produktionsfunktion abgeleitet. Die Bandbreite der sich dann abzeichnenden Entwicklung für das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential spiegelt Abbildung 1 wider. Charakteristisch ist der Einbruch des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009. Ein Anschluss an das vor der Krise erreichte Produktionsniveau wäre nach den damaligen gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung erst gegen Ende des Zeitraums der mittelfristigen Finanzplanung zu erwarten gewesen. Langfristig wirken sich auf das Produktionspotenzial nicht nur die unterstellten demografischen Veränderungen, sondern auch die künftige Entwicklung des Arbeitsmarktes (Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung) und der unterstellte Anstieg der Arbeitsproduktivität (vermittelt über den technischen Fortschritt) aus.



Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: aktualisierte Modellrechnungen

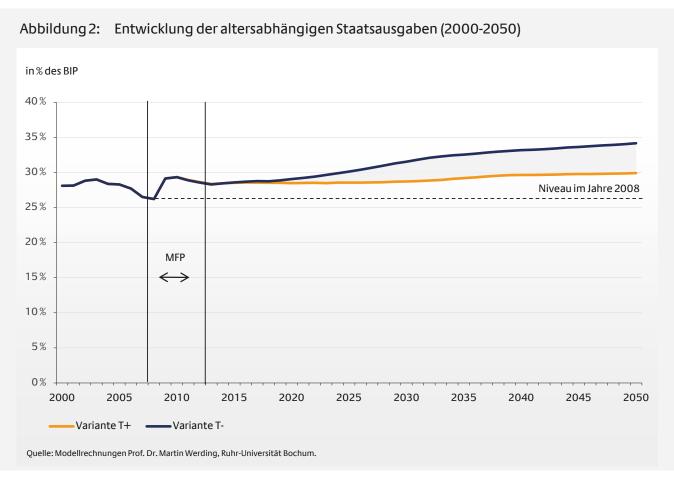
#### 2.2 Langfristige Budgetprojektionen

Explizit betrachtet wurden die potenziellen Entwicklungen der öffentlichen Ausgaben in den Bereichen Alterssicherung (inklusive Beamtenversorgung), Gesundheit und Pflege, die Bildungsausgaben (inklusive Kinderbetreuung) und der Familienleistungsausgleich. Die Grundsicherung für Arbeitssuchende und die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung wurden ebenfalls in den Blick genommen, um erneut auch die Konsequenzen von etwaigen Änderungen auf dem Arbeitsmarkt abbilden zu können. Den projizierten Verlauf der aggregierten Ausgabenquote beschreibt Abbildung 2.

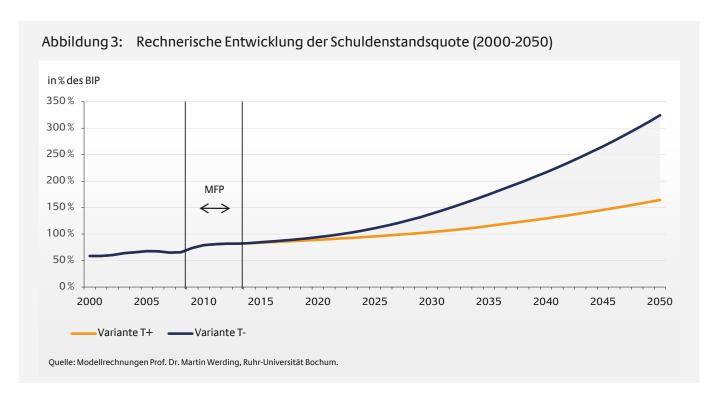
Gestützt auf diese Belastungsrechnungen wurden von den Gutachtern langfristige Projektionen auch für die Entwicklung von Defizit und Schuldenstand erstellt und

anschließend unter Tragfähigkeitsaspekten analysiert. Dabei ist von Bedeutung, dass sich die unterstellte budgetäre Ausgangsposition im Vergleich zu den Annahmen im Zweiten Tragfähigkeitsbericht verschlechtert hat, denn die Primärsalden am Ende des mittelfristigen Projektionszeitraums (das war bei der Aktualisierung der Modellrechnungen das Jahr 2013) bilden die Basis für die Fortschreibung der langfristigen fiskalischen Entwicklung. Zur Identifikation möglicher Probleme für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wurde in den untersuchten Basis-Szenarien theoretisch unterstellt, dass es in Zukunft weder zu Strukturreformen ("no policy change") noch zu einer weiteren (über den Zeithorizont der mittelfristigen Finanzplanung hinausreichenden) Haushaltskonsolidierung kommt.

Unter diesen Annahmen würde die Kombination von ungünstiger Ausgangslage



Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: aktualisierte Modellrechnungen



und alterungsbedingtem Ausgabenanstieg dazu führen, dass die staatliche Schuldenquote in beiden Varianten unaufhörlich – wenn auch in unterschiedlichem Tempo – steigt.

Während im Jahr 2008 ein Erfolg im Bemühen um einen langfristig tragfähigen Zustand ungeachtet der demografisch bedingten Belastungen in greifbare Nähe gerückt zu sein schien, haben die Wirtschafts- und Finanzkrise mit ihren unmittelbaren Auswirkungen einerseits und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung andererseits den Abstand von diesem Ziel wieder vergrößert.

Die Einhaltung von Fiskalregeln wurde in diesen Rechnungen – wie üblich bei Tragfähigkeitsanalysen – nicht unterstellt, denn dann könnten die Analysen ihre eigentliche Aufgabe nicht erfüllen.

Langfristig sich ergebende Belastungen und Ungleichgewichte in den öffentlichen Haushalten wären nicht mehr zu erkennen, das Auftreten von Problemen würde durch die bloße Existenz einer Regel für die Haushaltsführung ausgeschlossen.

## 2.3 Tragfähigkeitsindikatoren

Die Tragfähigkeitslücke in der auf europäischer Ebene hauptsächlich verwendeten Abgrenzung (S2) liegt nach den neuen Rechnungen zwischen 2,1% und 5,2% des BIP, je nachdem, ob für die zukünftige demografische und wirtschaftliche Entwicklung eher optimistische Annahmen (Variante T+) oder eher pessimistische Annahmen (Variante T-) getroffen werden. In diesem Umfang müssten sich die Jahr für Jahr errechneten Primärsalden verbessern, damit der Staat seinen heute und künftig entstehenden Zahlungsverpflichtungen auf Dauer nachkommen kann.

Nach den alten Kalkulationen hatten sich im Falle der beiden randständigen Varianten mit Tragfähigkeitslücken von 0,0% beziehungsweise 2,4% des BIP noch erheblich günstigere Werte ergeben. Nach den zuletzt getroffenen Annahmen hätte sich der rechnerische Konsolidierungsbedarf für die öffentlichen Haushalte demnach in einer Größenordnung von zwei bis drei BIP-Prozentpunkten erhöht.

Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: aktualisierte Modellrechnungen

In den jüngsten Rechnungen wird auch auf die Ursachen der festgestellten Tragfähigkeitsrisiken (aktuelle Verschlechterungen der Haushaltslage einerseits, Auswirkungen des demografischen Wandels andererseits) eingegangen. Dazu werden die Tragfähigkeitslücken in die üblicherweise auch von der EU-Kommission isolierten Komponenten zerlegt. So wird deutlich, dass es die in den öffentlichen Haushalten sich niederschlagenden Effekte der Wirtschafts- und Finanzkrise sind, die zur Vergrößerung der Tragfähigkeitslücken geführt haben. In den Projektionen, die dem Zweiten Tragfähigkeitsbericht zugrunde lagen, hatte die Fortschreibung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf Basis der damaligen mittelfristigen Finanzplanung den aus der Bevölkerungsalterung resultierenden Belastungen dagegen noch entgegengewirkt.

#### 2.4 Resultate für alternative Varianten

Parallel zu den Basisvarianten entwickelte Szenarien (Sensitivitätstests) hatten schon in beiden vergangenen Rechnungen eine große Bedeutung der Annahmen zur langfristigen Entwicklung der Lebenserwartung und des Migrationssaldos sowie eine sehr große Bedeutung der Annahmen zur Arbeitsmarktentwicklung erkennen lassen. Das hat sich bei der jüngsten Aktualisierung bestätigt. Von den drei Prozentpunkten Abstand, der zwischen den Tragfähigkeitslücken gemäß günstiger und ungünstiger Basisvariante besteht, wird rund die Hälfte durch Unterschiede in den Annahmen über die strukturelle Arbeitslosigkeit erklärt.

Gezeigt wird außerdem, dass im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung durch eine stärkere Kostenentwicklung, insbesondere im Zusammenhang mit dem medizinischtechnischen Fortschritt, nennenswerte Aufwärtsrisiken für die langfristige Dynamik der staatlichen Ausgaben bestehen. Eine sinkende altersspezifische Morbidität bewirkt eine Dämpfung des Ausgabenanstiegs.

Politiksimulationen illustrieren den Beitrag, den die in den vergangenen Jahren ergriffenen Reformen in der Rentenversicherung, der Beamtenversorgung und der Pflegeversicherung zur Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bereits geleistet haben. Eine erhebliche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den seit 2007 gesetzlich geregelten Maßnahmen zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu, deren Wirkungen nicht nur die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung betreffen, sondern auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die finanzielle Situation anderer Sicherungssysteme günstig beeinflussen.

# 3 Zusammenfassende Beurteilung

Der Rückschlag, den die Bemühungen um langfristig tragfähige öffentliche Haushalte seit dem Erscheinen des Zweiten Tragfähigkeitsberichts im Jahr 2008 erlitten haben, ist offensichtlich. Einem Missverständnis gilt es dabei allerdings immer wieder entgegenzutreten: Bei den hier präsentierten Rechnungen geht es nicht um das exakte "Vorhersagen" einer als wahrscheinlich angenommenen Entwicklung, sondern um eine Demonstration des Fortgangs der Dinge, der sich unter Statusquo-Bedingungen einstellen würde ("was geschieht, wenn nichts geschieht").

Welche positive Hebelwirkung von der in Deutschland eingeführten Schuldenbremse für die langfristige Sanierung der Staatsfinanzen ausgehen kann, wird in dem zu diesem Thema vom BMF vorgelegtem Kompendium¹ gezeigt.

Die langfristigen Budgetanalysen enthalten keine Informationen darüber, ob eine bestehende Tragfähigkeitslücke auf der Ausgabenseite oder auf der Einnahmenseite

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>www.bundesfinanzministerium.de

Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: aktualisierte Modellrechnungen

geschlossen werden sollte. Einen normativen Charakter haben die Kennziffern insoweit – und auch hinsichtlich der zeitlichen Abfolge etwa notwendiger Konsolidierungsschritte – nicht. Sie können die Größenordnung der notwendigen Anpassungen aufzeigen und dafür zur Verfügung stehende Handlungsoptionen aufzeigen, nehmen der Politik Entscheidungen über die Art und Weise der Schließung von Tragfähigkeitslücken aber nicht ab.

Ob und inwieweit die Wirtschafts- und Finanzkrise das langfristig erreichbare Produktionsniveau in Deutschland über einen "permanenten Schock" wie eine dauerhafte Verringerung des Produktivitätsfortschritts oder über einen anderen Wirkungskanal tatsächlich einschränkt, wird in der Studie nicht näher diskutiert. Jüngere Untersuchungen auf internationaler Ebene gehen – was die Mitgliedstaaten der EU beziehungsweise der OECD betrifft – von einer mehr oder weniger starken Absenkung des Potentialpfades aus. Allerdings dürfte es in der Einschätzung der dauerhaften Auswirkungen weiter beträchtliche Unsicherheiten geben. Von einem fortgesetzten Anstieg der Arbeitslosigkeit wird man im Falle Deutschlands aber wohl nicht (mehr) ausgehen müssen.

Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2009

# Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2009

1	Steuerfahndung	.41
	Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder	
	Fazit	45

- Die Steuerfahndungsdienste der Länder leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Steueraufkommens und zur gleichmäßigen Besteuerung aller Steuerpflichtigen.
- Im Jahr 2009 erledigte die Steuerfahndung bundesweit insgesamt 31 878 Fälle.
- Dabei sind Mehrsteuern in Höhe von 1,6 Mrd. € bestandskräftig festgesetzt und Freiheitsstrafen in erheblichen Umfang verhängt worden.

# 1 Steuerfahndung

Nicht jeder Steuerpflichtige kommt seinen steuerlichen Pflichten - also der Erklärung seiner Einkünfte und der Zahlung der darauf festgesetzten Steuern - in dem Umfang wie gesetzlich vorgeschrieben nach. Hat der Steuerpflichtige gegenüber der Finanzverwaltung unvollständige oder unrichtige Angaben gemacht, sodass Steuern nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig festgesetzt werden konnten, kann es sich um Steuerhinterziehung handeln. In diesem sowie in anderen als Steuerstraftat definierten Fällen wird die Steuerfahndung tätig. Dabei handelt es sich um mit polizeilichen Befugnissen ausgestattete Beschäftigte der Finanzbehörden.

Entsprechend der Verwaltungszuständigkeit sind die Länderbehörden für die Aufdeckung und Verfolgung von Steuerstraftaten beziehungsweise Steuerordnungswidrigkeiten im Bereich der Besitz- und Verkehrsteuern zuständig. In einigen Bundesländern ist die Steuerfahndung den Finanzämtern angegliedert, in anderen Bundesländern wurden eigenständige Finanzämter für Steuerfahndung eingerichtet.

Im Folgenden werden die aktuellen Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder für das Jahr 2009 vorgestellt. Darin nicht enthalten sind die speziellen Verbrauchsteuern, die Einfuhrumsatzsteuer und steuerliche Nebenleistungen wie z.B. Kosten und Zinsen. Mehrergebnisse aufgrund von Selbstanzeigen sind in der Statistik ebenfalls nicht erfasst.

# 2 Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder

Die Fahndungsstellen der Länder führen hauptsächlich Fahndungsprüfungen durch, sind aber in den vergangenen Jahren in hohem Maße auch mit der Erledigung von Amts- und Rechtshilfeersuchen beschäftigt. Letztere werden von anderen Behörden an eine Fahndungsstelle gerichtet, um Amtshandlungen, wie z. B. die Beschaffung von Beweismitteln, für die ersuchende Behörde vornehmen zu lassen. Von den im Jahr 2009 erledigten 31878 Fällen waren 23 674 (74%) Fahndungsprüfungen sowie 8 204 (26%) Amts- und Rechtshilfeersuchen. Die Zahl der Fahndungsprüfungen ging im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um - 1,0 % zurück, während sich die Zahl der Amts- und Rechtshilfeersuchen um + 7,6 % erhöhte.

In Tabelle 1 ist die Entwicklung der Zahl der Fälle seit 2000 dargestellt, in denen von der Steuerfahndung Ermittlungen vorgenommen wurden. In der Tendenz sind seit dem Jahr 2000 sinkende Fallzahlen zu beobachten.

Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2009

Tabelle 1: Von der Steuerfahndung erledigte Fälle

	Anzahl	Änderung gegenüber Vorjahr in %
2000	48 638	2,8
2001	45 792	-5,9
2002	46 729	2,0
2003	42 393	-9,3
2004	37 370	-11,8
2005	36 195	-3,1
2006	35 666	-1,5
2007	36 309	1,8
2008	31 537	-13,1
2009	31 878	1,1

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 2: Bestandskräftige Mehrsteuern

	in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr in $\%$
2000	1 532,5	4,4
2001	1 523,6	-0,6
2002	1 540,9	1,1
2003	1 628,7	5,7
2004	1 613,4	-0,9
2005	1 658,0	2,8
2006	1 433,6	-13,5
2007	1 603,8	11,9
2008	1 474,5	-8,1
2009	1 565,8	6,2

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Fahndungsprüfungen werden nach Vorliegen eines Anfangsverdachts eingeleitet. In den Fahndungsprüfungen ermitteln die Steuerfahnder sämtliche Besteuerungsgrundlagen des betroffenen Steuerpflichtigen, ungeachtet ihrer strafrechtlichen Relevanz. Im Strafverfahren werden dann die strafrechtlich relevanten Ermittlungsergebnisse der Strafzumessung zugrunde gelegt. Tabelle 2 weist als "bestandskräftige Mehrsteuern" sämtliche Ergebnisse der Steuerfahndung aus, die in die Steuerfestsetzung eingegangen sind, unabhängig davon, ob sie auch in die Strafzumessung eingegangen sind.

Ungeachtet erheblich gesunkener Fallzahlen ist das Aufkommen an bestandskräftigen Mehrsteuern im betrachteten Zeitraum 2000 bis 2009 relativ gleich geblieben: Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die bestandskräftig festgesetzten Mehrsteuern im Jahr 2009 um 91 Mio. € (+ 6,2 %) erhöht.

Statistisch belastbare Erkenntnisse lassen sich aus der Verknüpfung der beiden statistischen Informationen zu Fallzahl und Mehrsteuern allerdings nicht herleiten. Die Ursachen für die Entwicklung der Ergebnisse können in beiden Gruppen unterschiedlicher Natur sein und in keiner Verbindung zueinanderstehen.

Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2009

Fallzahlen und Mehrsteuern korrespondieren nicht zwangsläufig. Einfluss auf die Entwicklung der Fallzahlen kann z. B. der Charakter der Steuerstraftaten als Offizialdelikt haben: Die Steuerfahndung ist von Amts wegen verpflichtet, jedem Verdacht ohne Rücksicht auf das zu erwartende Mehrergebnis nachzugehen.

Auch die Zusammensetzung der bestandskräftig festgesetzten Mehrsteuern hat sich in den vergangenen Jahren nur wenig verändert: Im Zeitraum 2005 bis 2009 wurde das Mehrergebnis von den drei Steuerarten Umsatzsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer bestimmt (2009 zusammen 79% – siehe Tabelle 3 und Abbildung 1). Der Anteil der Gewerbesteuer hat sich im gleichen Zeitraum allerdings auf 8% verdoppelt.

Tabelle 3: Bestandskräftige Mehrsteuern nach Steuerarten in den Jahren 2005 - 2009

	2005 2006		2007		2008		2009			
	in Mio. €	Anteil in %								
Umsatzsteuer	591,2	36	558,4	39	574,5	36	513,6	35	624,7	40
Einkommensteuer	669,8	40	496,9	35	543,5	34	485,9	33	468,4	30
Körperschaftsteuer	115,6	7	92	6	148,6	9	106,8	7	138,9	9
Lohnsteuer	68,6	4	62,8	4	55,3	3	63,2	4	68,2	4
Gewerbesteuer	66,8	4	75,8	5	147,7	9	107,7	7	123,2	8
Vermögensteuer	45,9	3	14,6	1	11,1	1	6,5	0	10,8	1
Sonstige Steuern	100,3	6	133,2	9	123,1	8	190,8	13	131,6	8
Gesamt	1 658,0		1 433,6		1 603,8		1 474,5		1 565,8	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Abbildung 1: Zusammensetzung der bestandskräftigen Mehrsteuern im Jahr 2009 Sonstige Steuern Vermögensteuer. 131,6 Mio. € 10,8 Mio. € 8,4% 0.7% Gewerbesteuer 123,2 Mio. € 7.9% Lohnsteuer 68,2 Mio. € 4,4% Umsatzsteuer 624,7 Mio. € 39,9% Körperschaftsteuer 138,9 Mio. € 8.9% Einkommensteuer 468,4 Mio. € 29,9% Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2009

Die Steigerung der im Jahr 2009 bestandskräftig gewordenen Mehrsteuern ist insbesondere auf vergleichsweise höhere Mehrsteuern bei der Körperschaftsteuer (+30,0%), der Umsatzsteuer (+21,6%) sowie der Gewerbesteuer (+14,3%) zurückzuführen. Dagegen haben sich die Mehrsteuern aus den sonstigen Steuern mit -31,0% deutlich rückläufig entwickelt.

Die Fahndungsprüfungen führten im Jahr 2009 zur Einleitung von 15 608 Strafverfahren (2008:

15 788 Strafverfahren; -1,1%). Im Ergebnis der in den jeweiligen Jahren abgeschlossenen Strafverfahren aufgrund von Ermittlungen der Steuerfahndung haben die Gerichte sowohl Freiheitsstrafen (Tabelle 4) als auch Geldstrafen verhängt. In bestimmten Fällen sieht die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des zuständigen Gerichts von der Erhebung der öffentlichen Klage ab und erteilt dem Beschuldigten die Auflage, einen Geldbetrag zu zahlen (§ 153a Strafprozessordnung – StPO). Geringere Verstöße gegen die Steuergesetze

Tabelle 4: Freiheitsstrafen

	Jahre	Änderung gegenüber Vorjahr in %
2000	1 022	-11,4
2001	1148	12,3
2002	1 301	13,3
2003	1 523	17,1
2004	1 624	6,6
2005	1 569	-3,4
2006	2 226	41,9
2007	1 794	-19,4
2008	1 515	-15,6
2009	1 794	18,4

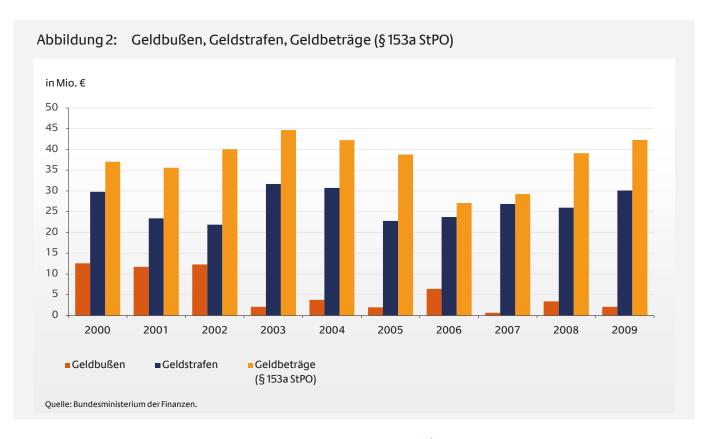
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 5: Geldbußen, Geldstrafen, Geldbeträge (§ 153a StPO)

	Geldbußen		Gelds	trafen	Geldbeträge (§ 153a StPO)		
	in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr in %	in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr in %	in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr in %	
2000	12,6	-42,4	29,8	-1,8	37,0	-0,7	
2001	11,7	-6,7	23,4	-21,4	35,6	-3,9	
2002	12,3	5,1	21,9	-6,6	40,0	12,5	
2003	2,1	-83,0	31,7	44,9	44,6	11,6	
2004	3,8	79,6	30,7	-3,0	42,2	-5,4	
2005	1,9	-48,6	22,8	-25,9	38,8	-8,1	
2006	6,4	230,8	23,7	4,0	27,1	-30,2	
2007	0,6	-90,0	26,9	13,4	29,3	8,0	
2008	3,4	427,2	25,9	-3,4	39,1	33,6	
2009	2,1	-38,2	30,1	16,0	42,3	8,2	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2009



werden mit einer Geldbuße gemäß dem Ordnungswidrigkeitengesetz geahndet. Die Höhe der verhängten Geldstrafen, Geldbeträge (§ 153a StPO) und Geldbußen nach Ermittlungen durch die Steuerfahndung ist in Tabelle 5 und Abbildung 2 dargestellt.

Im Jahr 2009 sind die rechtskräftig verhängten Freiheitsstrafen um +18,4% auf 1794 Jahre angestiegen. Gleichzeitig war auch bei den rechtskräftig festgesetzten Geldstrafen eine Zunahme um +16,0% beziehungsweise um +8,2% bei den nach § 153a StPO festgesetzten Geldbeträgen zu verzeichnen.

Die Veränderungsraten können durch die Abschlüsse von sich oft über mehrere Jahre erstreckenden Großverfahren beeinflusst worden sein. Insofern lässt allein dieses Zahlenmaterial keine Rückschlüsse auf Veränderungen bei der Steuerehrlichkeit und der Sanktionierung von aufgedeckten Steuerdelikten zu.

#### 3 Fazit

Die Steuerfahndungsdienste der Länder leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Steueraufkommens. Ihre Präsenz und ihr sichtbarer Fahndungserfolg wirken deutlich präventiv, wobei jedoch eine Bezifferung des Abschreckungseffektes sowie des Ausmaßes der Steuerhinterziehung insgesamt nicht möglich ist. Angesichts einer Vielzahl von Ansatzpunkten von betrügerischen Aktivitäten und Hinterziehungsstrategien werden die Steuerfahndungsdienste der Länder auch in Zukunft ein wichtiges Instrument sein, um eine gleichmäßige Besteuerung aller Steuerpflichtigen sicherzustellen.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

# Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern

1	Überblick	46
2	China	48
	Indien	
	Indonesien	
	Korea	
	Russland	
	Ukraine	
	Argentinien	
	Brasilien	
	Mexiko	
	Südafrika	

- Die weltwirtschaftliche Erholung hält an, der Aufschwung ist aber noch fragil.
- Asien, insbesondere China und Indien, führt die globale Erholung an. In vielen Ländern der Region konnte durch steigenden inländischen Konsum der Rückgang der Exporte kompensiert werden.
- Die wirtschaftliche Erholung in Russland und der Ukraine wird insbesondere durch hohe Rohstoffpreise sowie die Normalisierung der Handels- und Kapitalflüsse unterstützt.
- Lateinamerika hat die Krise schneller als erwartet überwunden. Dies reflektiert die guten makroökonomischen Fundamentaldaten, beträchtliche wirtschaftspolitische Stützungsmaßnahmen sowie hohe Rohstoffeinnahmen.

# 1 Überblick

Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird die weltwirtschaftliche Erholung anhalten. Allerdings ist der Aufschwung laut dem IWF noch fragil: Im 1. Halbjahr 2010 habe das globale Wachstum bei 5 1/4 % gelegen, für das gesamte Jahr erwartet der IWF ein Wachstum von 4.8%. Die Erholung verlaufe zwischen den Gruppen der Industrie- und Schwellenländer aber unterschiedlich. Die weitere Entwicklung der Industrieländer werde eher verhalten ausfallen, hier könne nur mit einem Wachstum von 2.7% gerechnet werden. Getrieben werde das Wachstum durch einen starken Aufschwung in der verarbeitenden Industrie und im Handel. Die Schwellen- und Entwicklungsländer

hingegen könnten nach der IWF-Prognose ein Wachstum von 7,1% erreichen, insbesondere sei die Erholung in Asien deutlich ausgeprägt; hier stiegen Konsumausgaben und auch Beschäftigung in vielen Ländern an. Allerdings bestehe nach wie vor eine hohe Abhängigkeit von der Nachfrageentwicklung in den Industriestaaten. <sup>1</sup>

<sup>1</sup> Alle Angaben zu IWF-Prognosen beruhen auf dem World Economic Outlook, Oktober 2010. Vertiefend siehe auch Statistiken und Dokumentationen, "Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern".

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Auch die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) geht davon aus, dass das Wirtschaftswachstum in Asien in diesem Jahr stärker ausfallen wird als erwartet. Die asiatischen Staaten - ohne Japan – dürften 2010 zusammengenommen um 8,2% wachsen. Das Wachstum in Asien basiere auf einer starken Erholung der Exporte, einer robusten Binnennachfrage und den anhaltenden Auswirkungen der Konjunkturprogramme. Für China, mittlerweile die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, geht die ADB von einem Wachstum von 9,6 % aus, für Indien von 8,5 % – sie bleiben damit die Wachstumsmotoren der Region. Auch Hongkong (+5,8%), Südkorea (+6%) und Taiwan (+7,7%) gehören demnach zu den rapide wachsenden Wirtschaftsmächten. Für den Stadtstaat Singapur hat die ADB ihre Prognose gar von 6,3 % auf 14 % Wachstum erhöht. Eine erneute Rezession in den Industriestaaten stelle zwar eine potenzielle Bedrohung der asiatischen Wirtschaft dar, diese Gefahr werde aber nicht als allzu hoch eingeschätzt.

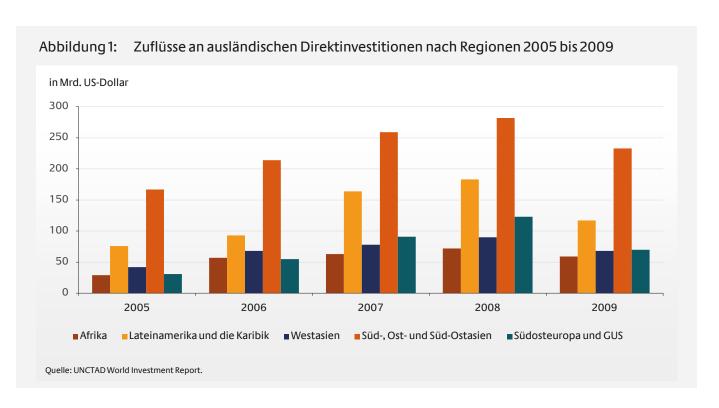
Sowohl Russland als auch die Ukraine dürften in diesem Jahr positive Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufweisen können. Allerdings ist die Rohstoffabhängigkeit Russlands nach wie vor groß, die notwendige Diversifizierung der Wirtschaft ist bisher nicht vorangekommen. Die Banken halten sich mit Kreditvergaben an die Realwirtschaft noch zurück. Die ukrainische Regierung will mit einem Reformplan das Land voranbringen. Durch eine neue Stand-by-Vereinbarung mit dem IWF konnte die außenwirtschaftliche Position des Landes stabilisiert werden.

Die fünf Jahre bis 2008 können als die besten Jahre Lateinamerikas seit den 60er Jahren angesehen werden, mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 5,5 % und einer Inflation im einstelligen Bereich. Vielleicht noch wichtiger ist, dass die Region, die früher ein Synonym für finanzielle Instabilität war, die letzte Krise recht gut durchschiffen konnte. Nach einem kurzen Rückgang Ende 2008 und dann

erneut Anfang 2009 ist nun eine rasche Erholung auf dem Wege, wobei der IWF beispielsweise für die gesamte Region von einem Wachstum von 5,7% für dieses Jahr ausgeht. Brasilien gilt als Musterökonomie in der Region. Von einem hochverschuldeten Land mit hoher Inflation und schwacher Währung hat es sich hin zu einer stabil wachsenden Volkswirtschaft mit niedriger Staatsverschuldung, moderater Inflation und relativ hohen Devisenreserven gewandelt. Der positive Trend zeigt sich aber nicht nur in Brasilien, sondern auch Mexiko und Chile warten mit einer soliden Wirtschaftspolitik und niedriger Staatsverschuldung auf. Die Inflation konnte in diesen Ländern durch eine restriktive Geldpolitik eingedämmt werden. Auch Argentinien kann hohe Wachstumsraten sowie eine erträgliche Staatsverschuldung aufweisen.

Nachdem bereits 2008 ein Rückgang der globalen ausländischen Direktinvestitionen um 16 % zu verzeichnen war, brachen diese 2009 nach Angaben der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) nochmals um 37 % auf 1114 Mrd. US-Dollar ein. Fast die Hälfte der globalen Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen und ein Viertel der Abflüsse entfällt auf Entwicklungsund Transformationsländer. Während die Zuflüsse in Industrieländer um 44 % sanken, gingen die Zuflüsse in Entwicklungsländer um 24% und in Transformationsländer um 43 % zurück. Seit Ende 2009 gab es aber eine deutliche Erholung bei den globalen Investitionen, die sich im 1. Halbjahr 2010 maßvoll fortsetzte. Die UNCTAD erwartet daher einen Anstieg auf mehr als 1200 Mrd. US-Dollar für 2010 und einen weiteren Anstieg auf 1300 Mrd. US-Dollar bis 1500 Mrd. US-Dollar im Jahr 2011. Die Entwicklungsund Transformationsländer stehen an der Spitze der Erholung bei den ausländischen Direktinvestitionen und werden auch in Zukunft deren bevorzugte Empfänger bleiben.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



### 2 China

Die wirtschaftliche Entwicklung in China verläuft weiter rasant. Im 1. Halbjahr 2010 konnte die Volksrepublik eine BIP-Wachstumsrate von 11,1% aufweisen. Außerdem wurde die Wachstumsrate für 2009 nachträglich auf 9,1% nach oben korrigiert. Für 2010 erwartet der IWF insbesondere dank einer starken Inlandsnachfrage einen Zuwachs beim realen BIP von 10,5% und 9,6% für 2011.

Die chinesischen Verbraucherpreise sind im August aufgrund steigender Lebensmittelpreise mit der höchsten Rate seit fast zwei Jahren gestiegen – sie erhöhten sich im August auf 3,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Eine Zinserhöhung durch die Zentralbank (People's Bank of China – PBoC) erfolgte aber bisher nicht, da der Preisdruck lediglich aufgrund temporärer Faktoren zugenommen hat (u. a. Überflutungen und ungünstiger Wetterverhältnisse). In den nächsten Monaten wird ein Abflauen des Preisdrucks erwartet. Die durchschnittliche Inflation liegt in diesem Jahr (Januar bis August) bei 2,8 %.

Die PBoC hat am 19. Juni 2010 angekündigt, die feste Anbindung des Yuan an den US-Dollar aufzugeben und eine stärkere Flexibilisierung des Wechselkurses mit sofortiger Wirkung zuzulassen. Die PBoC begründete ihre Entscheidung mit Entwicklungen an den heimischen und internationalen Finanzmärkten sowie der chinesischen Zahlungsbilanzsituation. Der Wechselkurs des Yuan soll künftig in einem vorgegebenen Band (tägliche Schwankungsbreite des Yuan ±0,5%) gegenüber einem Währungskorb, dessen Zusammensetzung nicht bekannt ist, schwanken. Der Yuan hat gegenüber dem US-Dollar seither um knapp 2% aufgewertet. Eine weitergehende Aufwertung von 20 % bis 30 % wie von den Industrieländern gewünscht - wird von der chinesischen Regierung abgelehnt. Sie verweist darauf, dass dies zum Bankrott vieler Unternehmen und stark steigender Arbeitslosigkeit führen würde. Des Weiteren sei der Handelsbilanzüberschuss 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 24% und im 1. Halbjahr 2010 um 42,5 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gefallen. Der Anstieg der chinesischen Devisenreserven auf 2454 Mrd. US-Dollar Ende Juni fiel bisher eher gemäßigt aus.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Der chinesische Aktienmarkt kam 2010 bisher nicht aus der Verlustzone. Seit Anfang dieses Jahres bis Ende September musste der Shanghai Composite Index Verluste von rund 19 % verzeichnen. Gründe hierfür dürften unter anderem die Regulierungsmaßnahmen der Regierung für den Immobiliensektor zur Bekämpfung von Spekulation und die Einschränkung des Kreditvolumens sein. In diesem Jahr wurden bis Ende August von den Banken Kredite von insgesamt 5 700 Mrd. Yuan vergeben. Damit liegt das Volumen deutlich unter dem des vergleichbaren Vorjahreszeitraums (-30%), und die angestrebte Zielmarke von nur 7500 Mrd. Yuan dürfte aufgrund der bisherigen Entwicklung durchaus im Bereich des Möglichen liegen.

Im Juli 2010 erfolgte der Börsengang der nach Aktiva drittgrößten chinesischen Staatsbank, der Agricultural Bank of China (ABC), parallel in Hongkong und Shanghai. Bei dem dualen Börsengang hat die Bank zunächst 19 Mrd. US-Dollar eingesammelt. Im Zuge der Mehrzuteilungsoption (Greenshoe-Option – d. h. Aufstockung des Aktienangebots um 15 %), die die Bank in Hongkong bereits Ende Juli und in Shanghai im August gezogen hat, konnte sie insgesamt einen Emissionserlös von 22,1 Mrd. US-Dollar erzielen – dies war der bisher größte Börsengang weltweit. Damit sind nun alle großen chinesischen Staatsbanken an der Börse notiert. Größter Anteilseigner der Banken ist aber nach wie vor der chinesische Staat.

Der chinesische Staatsfonds China Investment Corporation (CIC) konnte 2009 seine Gewinne nahezu verdoppeln. Sein Nettogewinn aus den Aktivitäten im In- und Ausland stieg auf 42 Mrd. US-Dollar (Vorjahr: 23 Mrd. US-Dollar). Zu dem guten Ergebnis im vergangenen Jahr hätten - anders als im Vorjahr - auch wieder die Überseeinvestitionen beigetragen. Danach erhöhten sich 2009 die Erträge bei Auslandsinvestitionen um knapp 12 % (Vorjahr: -2%). Damit und aufgrund einer Reihe größerer Akquisitionen beliefen sich die Assets des CIC zum Jahresende auf rund 332 Mrd. US-Dollar. Der Staatsfonds hat sich zum Ziel gesetzt, etwas mehr als die Hälfte des registrierten Kapitals von 200 Mrd. US-Dollar im Ausland anzulegen. Die restlichen Mittel sollen in den inländischen Markt fließen.



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Der Außenhandel Chinas verläuft weiterhin sehr dynamisch. Die Exporte lagen seit Jahresbeginn bis einschließlich August mehr als 35 % über dem Vorjahresniveau. Auch die Importe erhöhten sich aufgrund der steigenden Inlandsnachfrage erheblich (+45 %). Allerdings werden nach März 2010, als erstmals seit mehreren Jahren ein Handelsbilanzdefizit verbucht wurde, wieder deutliche Handelsüberschüsse vermeldet. Das Handelsvolumen erreichte in diesem Jahr bis August rund 1 875 Mrd. US-Dollar und könnte – anhaltend gute Entwicklung vorausgesetzt – wieder das Rekordniveau von 2008 erreichen oder übersteigen.

Auch in diesem Jahr kann China weiterhin hohe Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen verzeichnen. Von Januar bis August flossen knapp 66 Mrd. US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen nach China (+18 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Damit dürfte in diesem Jahr ein neues Rekordergebnis möglich sein. Die chinesischen Auslandsinvestitionen entwickeln sich ebenfalls dynamisch. Nach offiziellen Angaben haben chinesische Unternehmen 2010 bis einschließlich Juli Investitionen von knapp 27 Mrd. US-Dollar (einschließlich Finanzsektor) im Ausland vorgenommen.

#### 3 Indien

Aufgrund der relativ geringen Exportabhängigkeit und der geringen internationalen Verflechtung seines Bankensystems ist Indien von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise weniger stark als andere Länder getroffen worden. Allerdings gab es eine Wachstumsdelle. Nach vielen Jahren mit einem Wirtschaftswachstum um 9 % jährlich betrug das Wachstum im Fiskaljahr 2008/2009 nur 6,7 %. Im abgelaufenen Haushaltsjahr 2009/2010 war Indien aber eine der weltweit am stärksten expandierenden Volkswirtschaften mit einem realen Wirtschaftswachstum von 7,4%. Für das seit April laufende Haushaltsjahr 2010/2011 erwartet die indische Regierung ein etwas

höheres Wachstum von 7,5 % bis 8,0 %. Im Quartal von April bis Juni konnte mit 8,8 % das höchste Wachstum seit Dezember 2007 erzielt werden. Das indische Wachstum wird insbesondere von der Binnennachfrage getragen.

Die hohe Wachstumsdynamik geht allerdings einher mit einer Preisentwicklung, die die Zentralbank des Landes zum Handeln zwingt. Indiens Inflation, gemessen auf Basis der Großhandelspreise (WPI), ist im August zwar leicht zurückgegangen, hat aber mit 8,5% (im Juli 9,8%) noch immer ein relativ hohes Niveau. Erstmalig nutzte die Regierung bei der Veröffentlichung der Inflationsdaten im August einen neuen WPI-Index, der mehr Rohstoffe, eine andere Gewichtung und ein neues Basisjahr 2004/2005 beinhaltet, um das Konsummuster zeitgemäß zu reflektieren. Nach dem bisher gebräuchlichen Index (mit dem Basisjahr 1993/1994) wäre die Inflation um 9,5 % im August im Jahresvergleich gestiegen.

Aufgrund des hohen Inflationsniveaus hat die Zentralbank nach zwei Zinserhöhungen im Juli im September ein weiteres Mal die Zinsen erhöht. Der Ausleihzinssatz (Reposatz) wurde zuletzt um 25 Basispunkte auf nunmehr 6 % und der Einlagensatz (Satz für reverse Repogeschäfte) unerwartet stark um 50 Basispunkte auf 5 % angehoben. Mit der Verengung des Zinskorridors zwischen beiden Sätzen solle die Volatilität der kurzfristigen Zinsen verringert werden. Der Notenbank zufolge liegen die realen Zinssätze ungeachtet der jüngsten Erhöhungen noch nicht auf einem der starken wirtschaftlichen Entwicklung angemessenen Niveau; die Normalisierung des Zinsniveaus müsse fortgesetzt werden.

Die Rupiah hat seit Jahresbeginn gegenüber dem US-Dollar um knapp 5 % aufgewertet, gegenüber dem Euro beträgt die Aufwertung in diesem Jahr gut 10 %. Der indische Aktienmarkt konnte im Laufe des Jahres nach einer bis April dauernden Stagnationsphase bis Ende September weitere Kursgewinne

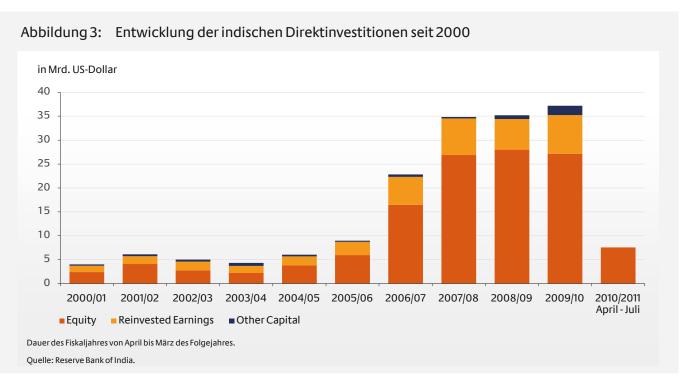
WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

auf knapp 20 000 Punkte (+14% gemessen am Bombay Stock Exchange Sensitive Index – SENEX) verzeichnen, sodass er von seinem Höchststand im Januar 2008 von über 21 000 Punkten nicht mehr allzu weit entfernt ist.

Das Handelsdefizit ist im Juli auf das höchste Niveau seit fast zwei Jahren angestiegen. Dies verursacht weiteren Druck auf die indische Leistungsbilanz und erhöht die Notwendigkeit, ausländische Kapitalzuflüsse zu attrahieren, um Druck auf die Währung zu vermeiden. Die indische Regierung rechnet für das gesamte Fiskaljahr mit einem Handelsdefizit von 135 Mrd. US-Dollar (mehr als 10 % des BIP). Allein im Zeitraum von April bis Juli 2010 stiegen die Exporte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 30 % (auf knapp 69 Mrd. US-Dollar), wohingegen sich die Importe noch stärker, nämlich um 33 % auf 112 Mrd. US-Dollar erhöhten.

Im Fiskaljahr 2009/2010 flossen ausländische Direktinvestitionen von über 37 Mrd. US-Dollar nach Indien und übertrafen damit das Vorjahresniveau um knapp 6 %. Im Fiskaljahr 2010/2011 konnten im Zeitraum von April bis Juli 2010 allerdings nur knapp 6 Mrd. US-Dollar angezogen werden, dies ist gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Rückgang von fast 30 %. Auch indische Unternehmen haben in den vergangenen Jahren verstärkt im Ausland investiert. Allerdings war aufgrund der globalen Krise ein Rückgang indischer Auslandsinvestitionen zu verzeichnen, sodass 2009 nur rund 15 Mrd. US-Dollar im Ausland investiert wurden, ein Rückgang um 20 %.

Die indische Auslandsverschuldung ist im Fiskaljahr 2009/2010 gestiegen. Ende März 2010 betrug sie über 261 Mrd. US-Dollar – ein Anstieg um 16,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bezogen auf das BIP ist die Rate der externen Verschuldung allerdings rückläufig und liegt nun nur noch bei 18,5 % (Vorjahr: 20,5 %). Die Struktur der Verschuldung im Ausland ist relativ günstig, da der Anteil der kurzfristigen Verschuldung an der Auslandsverschuldung lediglich bei gut 20 % liegt, ein Anstieg um 0,8 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Anteil der staatlichen



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

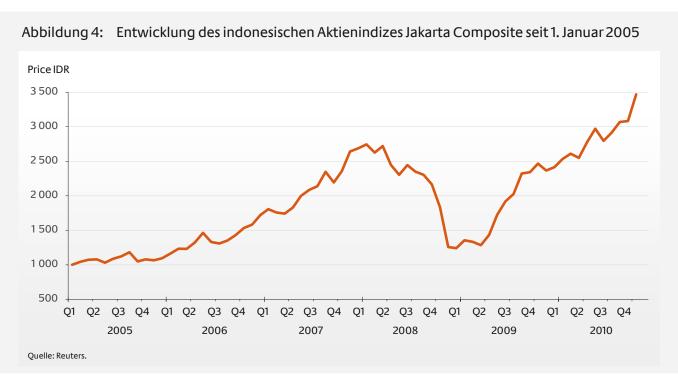
Auslandsverschuldung beträgt 25,7% der gesamten Auslandsverschuldung.

#### 4 Indonesien

Es ist Indonesien bisher gelungen, die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise gut zu meistern. Nach einem Wachstum von real 4,5 % im Jahr 2009 hat sich das Wirtschaftswachstum in Indonesien in diesem Jahr wieder beschleunigt. Nach 5,7 % im 1. Quartal 2010 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wuchs die gesamtwirtschaftliche Leistung im 2. Quartal 2010 um 6,2 %. Für dass Gesamtjahr erwartet der IWF ein reales Wirtschaftswachstum von 6 %.

Ein noch stärkeres Wachstum wird allerdings aufgrund der während eines ganzen Jahrzehnts – seit der Wirtschaftskrise 1997/98 – vernachlässigten Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen gebremst. Daher sollen die Engpässe im Rahmen eines 140 Mrd. US-Dollar umfassenden Infrastrukturprogramms im Bereich

Transport/Verkehr, Energie- und Agrarwirtschaft sowie durch Ausbau des Mikro-Finanzsektors für Einpersonen-Unternehmen und Kleinstbetriebe bis 2014 in den nächsten Jahren behoben werden. Zur Umsetzung der verschiedenen Infrastrukturprojekte wird dabei auf die die Beteiligung der Privatwirtschaft gesetzt. Projekte nach dem Private-Public-Partnership-Modell werden gezielt forciert. Das Investitionsförderungsprogramm sieht eine intensive Zusammenarbeit mit dem Privatsektor vor. Allerdings steht dem entgegen, dass die indonesische Regierung u. a. die Beteiligung ausländischer Investoren an indonesischen Unternehmen mittels einer Negativliste beschränkt. Außerdem verfolgt sie eine restriktive Importpolitik, die den Devisenabfluss zum Schutz der lokalen Industrie gegen ausländische Wettbewerber einschränkt. Durch eine Vielzahl nichttarifärer Handelshemmnisse wird versucht, die Einfuhren zu kontrollieren und die lokale Industrie, und damit einheimische Arbeitsplätze, zu schützen. Zur Flankierung wurde 2010 der Indonesia Infrastructure Guarantee Fund aufgelegt. Derzeit bietet Indonesien die Beteiligung an 100 PPP-



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Projekten in einer Größenordnung von 44 Mrd. US-Dollar an.

Der Inflationsdruck ist zuletzt gestiegen.
Nachdem die Inflationsrate im August 6,4%
betrug – sie erreichte damit ein
16-Monatshoch – und damit auch über dem
Zielkorridor der Zentralbank von 5% (±1%)
lag, hat die Zentralbank zwar den Leitzins
bei 6,5% (seit August 2009) belassen, aber eine
Anhebung der Mindestreserveverpflichtung
für die Geschäftsbanken von 5% auf 8% verfügt.
Mit dieser Maßnahme sollte überschüssige
Liquidität im Umfang von 5,6 Mrd. US-Dollar
dem Markt entzogen werden.

Der indonesische Aktienmarkt hat sich seit Jahresbeginn sehr positiv entwickelt. Der Jakarta-Composite-Aktienindex erreichte mit knapp 3 500 Punkten ein neues Allzeithoch. Er war damit mehr als 2,5 mal höher als Ende 2008.

Die indonesische Rupiah (IDR) hat seit Anfang dieses Jahres bis Ende September gegenüber dem US-Dollar um fast 6 % aufgewertet (Ende September unter 9 000 IDR/US-Dollar), gegenüber dem Euro um fast 12 %. Grund hierfür dürften u. a. hohe Portfolio-Kapitalzuflüsse sein, die die Devisenreserven seit einigen Monaten – sie erreichten Ende August 81 Mrd. US-Dollar – ansteigen lassen. Die Notenbank versucht seit einiger Zeit, mittels Devisenmarktinterventionen die Geschwindigkeit der Aufwertung zu bremsen. Ziel der Regierung ist ein Wechselkurs um 9 100 IDR/US-Dollar.

Der Leistungsbilanzüberschuss lag 2009 bei 2,0 % des BIP, für 2010 erwartet der IWF einen Überschuss von 0,9 %. Dies wird insbesondere durch den Handelsüberschuss mitgetragen, der im Vorjahr bei rund 6 % des BIP lag. Das Exportvolumen konnte nach starkem Einbruch bis zur Jahresmitte 2009 (Rückgang bis - 25 %) seit dem 2.Halbjahr wieder zulegen. Auch von Januar bis Juli 2010 waren weitere kräftige Steigerungen des Exports zu verzeichnen. Exporten von 85 Mrd. US-Dollar standen Importe von 76 Mrd. US- Dollar gegenüber (Zuwachs im Vergleich zum Vorjahreszeitraum + 42% respektive + 51%). Größter Lieferant Indonesiens war China, gefolgt von Japan und Singapur.

Die Direktinvestitionen in Indonesien erreichten im 1. Halbjahr 2010 nach Angaben der Investitionsbehörde BKPM einen Wert von knapp 8 Mrd. US-Dollar, ein Anstieg gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres um knapp 49 %. Damit wurde das Ergebnis im 1. Halbjahr 2008 von 6,5 Mrd. US-Dollar vor Ausbruch der globalen Wirtschaftskrise übertroffen. Für das Gesamtjahr 2010 erwartet die Investitionsbehörde ausländische Direktinvestitionen von 13 Mrd. US-Dollar (+ 25 % gegenüber 2009). Bei etwa 40 % der gesamten internationalen Direktinvestitionen in der 1. Jahreshälfte 2010 handelte es sich um Engagements in den Bereichen Transport und Telekommunikation.

Nachdem die verschiedenen Ratingagenturen Indonesien bereits im vergangenen Jahr heraufgestuft hatten (Moody's - September 2009, Fitch - Ende Januar 2010 und S&P - Mitte März) hob Moody's Ende Juni seinen Ausblick für Indonesien nochmals an. Damit liegt das Land zwar weiterhin (je nach genannter Ratingagentur) ein bis zwei Stufen unter investment-grade-Status. Eine Einstufung als solider Schuldner durch zumindest eine der drei großen Agenturen dürfte aber in Reichweite sein. Der Schuldenstand bezogen auf das BIP ist seit Jahren rückläufig und liegt nun bei circa 30 %.

#### 5 Korea

Der koreanische Premierminister Chung Un Chan trat Ende Juli zurück, nachdem er mit einem Gesetz gescheitert war, das die Verlegung mehrerer Ministerien in die Provinz vorsah. Daraufhin nominierte Präsident Lee Myung-bak Anfang August im Rahmen einer Kabinettsumbildung Kim Tae-ho zum neuen Premierminister. Nach seiner Anhörung vor dem Parlament musste dieser seine Kandidatur wegen Korruptionsvorwürfen,

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

die er nicht ausräumen konnte, Ende August zurückziehen. Zwei Ministerkandidaten schlossen sich Kim aus denselben Gründen an. Auch Außenminister Yu Myung-hwan trat wegen des Vorwurfes der Vetternwirtschaft zurück. Präsident Lee nominierte daraufhin Mitte September Kim Hwang Sik als neuen Premierminister, dessen Bestätigung durch das Parlament Anfang Oktober erfolgte.

Die koreanische Wirtschaft befindet sich weiter im Aufwärtstrend. Im 1. Quartal 2010 wuchs das BIP real um 8,1% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum; im 2. Quartal verlangsamte sich das Wachstumstempo (+7,2%), da die staatlichen Konjunkturprogramme allmählich auslaufen. Die Wirtschaft Koreas konnte in jüngster Zeit eine robuste Erholung der Exporte und des Binnenkonsums verzeichnen. In diesem Jahr dürfte die viertgrößte Volkswirtschaft in Asien danach voraussichtlich um mindestens 6 % wachsen (IWF: +6,1%).

Die koreanische Zentralbank (Bank of Korea-BOK) hat im Juli erstmals nach 17 Monaten als Reaktion auf die steigende Inflation den Leitzinssatz um 25 Basispunkte auf 2,25 % angehoben Die Inflationsrate, die sowohl im Juni als auch im Juli und August jeweils bei 2,6 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lag, könnte den 3-%-Bereich in der zweiten Hälfte des Jahres erreichen und nächstes Jahr möglicherweise noch höher ausfallen, wenn die derzeitige Geschwindigkeit des Wachstums erhalten bleibt (IWF-Prognose + 3,1% für 2010, + 3,4% für 2011). Der Inflationszielkorridor der BOK liegt zwischen 2 % und 4 %.

Die koreanischen Finanzmärkte konnten seit Anfang des Jahres eine moderate Verbesserung verzeichnen. Der Seoul Composite Index stieg bis Ende September um gut 11%, ist aber noch um einiges von seinem Allzeithoch im Oktober 2007 entfernt.

Hatte die koreanische Währung gegenüber den Leitwährungen (US-Dollar, Euro, Yen) bis zum April 2010 zum Teil stark aufgewertet (gegenüber US-Dollar + 5 %, Euro + 13 %), so hat sich der Won gegenüber dem US-Dollar bis Ende September wieder auf dem Niveau des Jahresanfangs 2010 eingependelt, die Aufwertung gegenüber dem Euro beträgt nur noch knapp 8 %.

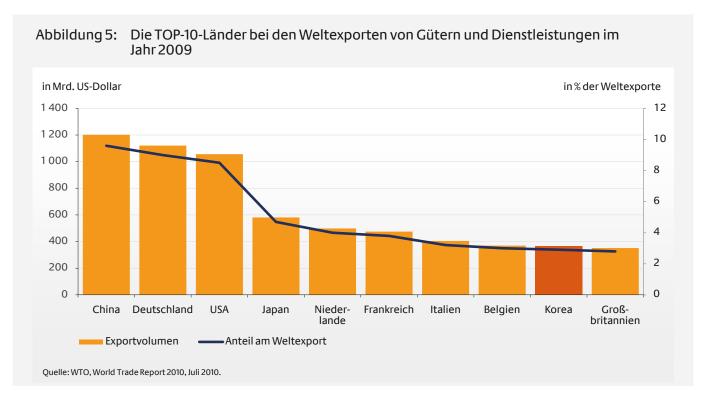
Die Währungsreserven des Landes sind 2010 weiter angestiegen. Sie erreichten im August einen Wert von 285 Mrd. US-Dollar. Die Zunahme der Währungsreserven dürfte vor allem auf den kontinuierlich gestiegenen Leistungsbilanzüberschuss (2009: 5,1% des BIP oder knapp 43 Mrd. US-Dollar) und ausländische Investitionen zurückzuführen sein. Nach wie vor sind die koreanischen Währungsreserven die sechsthöchsten der Welt.

Infolge stark gestiegener Ausfuhren verzeichnete Korea im Juli einen Leistungsbilanzüberschuss von knapp 6 Mrd. US-Dollar. Der kumulierte Leistungsbilanzüberschuss bis zum Juli belief sich auf etwa 3 % des BIP (fast 18 Mrd. US-Dollar). Der Export stieg im Juli um fast 30 % auf 41 Mrd. US-Dollar, der Import um 29 % auf knapp 36 Mrd. US-Dollar. Damit betrug der Handelsbilanzüberschuss in diesem Jahr gut 23 Mrd. US-Dollar. Dabei stieg insbesondere der innerkoreanische Handel im 1. Halbjahr 2010 stark an – das Handelsvolumen erreichte knapp eine 1 Mrd. US-Dollar. Allerdings dürfte dieses im 2. Halbjahr sinken, da der Süden nach dem Cheonan-Vorfall ein Handelsembargo verhängt hat – dies umfasst aber nicht den gemeinsamen Industriekomplex Kaesong.

Nach Angaben der World Trade Organisation (WTO) gelang es Korea 2009 erstmalig, unter die 10 größten Exportnationen aufzusteigen. Auf der Importseite lag Korea auf dem 12. Rang mit 323 Mrd. US-Dollar und einem Anteil von 2,6 % an den Weltimporten.

Im September verständigten sich die EU-Staaten darauf, das 2009 paraphierte Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Korea zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung fand am 6. Oktober 2010 anlässlich des Gipfeltreffens zwischen Korea

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



und der EU in Brüssel statt. Auf Drängen Italiens wird das Abkommen aber erst ein halbes Jahr später als ursprünglich geplant am 1. Juli 2011 vorläufig in Kraft treten. Endgültig wird es erst nach Abschluss der Ratifizierungsverfahren in den 27 EU-Mitgliedstaaten in Kraft gesetzt.

Im 1. Halbjahr 2010 haben koreanische Unternehmen knapp 11,5 Mrd. US-Dollar an Direktinvestitionen im Ausland getätigt – ein Anstieg um 37% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Es handelte sich hauptsächlich um Investitionen in Ressourcenentwicklung sowie Grundstücke und Immobilien.

#### 6 Russland

Nach dem tiefen Einbruch im Jahr 2009 (BIP -7,9%) befindet sich die russische Wirtschaft in diesem Jahr auf Erholungskurs. Angestoßen durch wieder anziehende Rohstoffpreise, aber mittlerweile auch von steigender Industrieproduktion und wachsender Beschäftigung getragen, stieg das BIP im 2. Quartal 2010 um 5,2%. Für das Gesamtjahr

wird mit einem Wachstum von 4% bis 5% gerechnet. Hohe Rohstoffpreise sind für die russische Volkswirtschaft weiterhin von zentraler Bedeutung.

Aufgrund der wirtschaftlichen Erholung entwickelt sich der russische Staatshaushalt besser als geplant. Hierzu trugen auch die Mittel des Reservefonds und des Nationalen Wohlfahrtsfonds bei, auf die zur Finanzierung des Stimulusprogramms in den Jahren 2008/09 zurückgegriffen wurde. Das Haushaltsdefizit für 2010 wird vom russischen Finanzministerium auf Basis eines Ölpreises von nun 75 US-Dollar/Barrel auf 5 % geschätzt, der IWF gab die Defizitschätzung mit zuletzt 5,9 % an. In den nächsten zwei Jahren soll das Defizit nach den Plänen des russischen Finanzministeriums auf 3,6 % beziehungsweise 3,1% sinken. Dazu sollen auch die Einnahmen der Privatisierungsinitiative mit dem Schwerpunkt Verkehrsinfrastruktur beitragen. Die Rohstoffabhängigkeit des Staatshaushalts ist nach wie vor groß (47 % der Einnahmen). Das sogenannte Non-Oil Deficit (ohne Ölund Gaseinnahmen) lag 2009 bei 13,8 %, mit steigender Tendenz.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

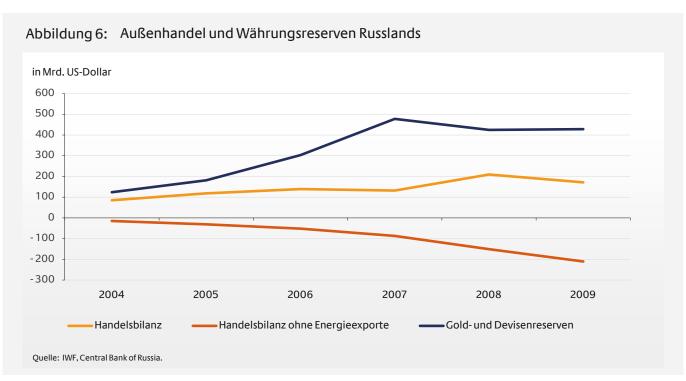
Der russische Staat ist mit weniger als 10 % des BIP verschuldet. Die Risikoaufschläge im Verhältnis zu US-Staatsanleihen liegen nach ganz erheblichen Aufschlägen von um die 900 Basispunkte auf dem Höhepunkt der Krise derzeit bei etwa 240 Basispunkten. Die Auslandsverschuldung Russlands beruht nach wie vor in erster Linie auf kurzfristigen Verbindlichkeiten von Banken und Unternehmen. Sie ist aber weiterhin begrenzt und betrug im Jahr 2009 nur 38 % des BIP.

Die Inflationsrate ist im Zeitraum Januar bis August 2010 auf 5,4% gesunken. Für den Jahresdurchschnitt 2010 wird sie vom IWF bei 6,6% erwartet; allerdings ergeben sich wegen der nach den Sommerbränden steigenden Lebensmittelpreise gewisse Inflationsrisiken für die 2. Jahreshälfte. Das erreichte Leitzinsniveau unterstützt die Realwirtschaft; dennoch ist die Volatilität der Zinssätze nach wie vor ein Hindernis für langfristige Rubelfinanzierungen und damit für die Entwicklung des russischen Finanzsektors geblieben.

In der Krise fiel der Rubel gegenüber dem US-Dollar um über 40 %. Erneut steigende

Rohstoffpreise wie auch frische Kapitalzuflüsse haben den Rubel wieder etwas stabilisiert. Derzeit müssen knapp 31 Rubel für einen US-Dollar bezahlt werden. Die Abwertung gegenüber dem US-Dollar beträgt seit Jahresbeginn damit gut 1%, die Aufwertung gegenüber dem Euro liegt bei 4%. Der Leitzins der russischen Zentralbank liegt seit Juni 2010 bei aktuell 7,75 %. Der Bankensektor hat die Krise - auch dank massiver Liquiditätshilfen und der Ausreichung von nachrangigen Krediten – ohne größere Verwerfungen überstanden und befindet sich wieder auf Wachstumskurs, Ungeachtet zeitweise massiver Umsatzrückgänge in Teilen des Realsektors, z. B. in der Automobilindustrie, und des Anstiegs notleidender Kredite konnten sich die wichtigen Banken behaupten. Der Finanzsektor ist aber nach wie vor unterentwickelt und die Kreditvergabe an die Realwirtschaft zurückhaltend.

Der Saldo beim Außenhandelsumsatz lag im 1. Halbjahr 2010 bei + 85,6 Mrd. US-Dollar. Die Entwicklung zeigt aber, dass die Abhängigkeit des Außenhandels von den Energieexporten in den vergangenenn Jahren zugenommen hat. Die Zollunion mit Belarus und Kasachstan



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

steht weiter auf der Agenda. Der nächste Integrationsschritt, die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes, soll bis zum Jahr 2012 vollzogen werden.

Die Währungsreserven Russlands, die bis 2008 anwuchsen und danach krisenbedingt zurückgingen, sind nach wie vor die drittgrößten Reserven weltweit (nach China und Japan). Seit der Abwertung des Rubel im Winter 2009 erfolgt mit den zunehmenden Kapitalzuflüssen ein neuerlicher, kontinuierlicher Aufbau der Reserven auf derzeit mehr als 475 Mrd. US-Dollar. Davon befinden sich etwa 30 % im staatlichen Reservebeziehungsweise Nationalen Wohlfahrtsfonds.

Russland steht vor der Herausforderung, die Wirtschaft des Landes modernisieren und wettbewerbsfähig machen zu müssen. Die Abhängigkeit vom Öl soll reduziert und die Wirtschaft diversifiziert werden. Die Rahmenbedingungen für Innovationen sollen verbessert werden. Ein echter Strukturwandel ist allerdings bisher noch nicht erkennbar. Die Antikrisenprogramme haben die bisherigen ineffizienten Strukturen jedoch eher noch verfestigt. Das Land bleibt weiterhin anfällig für externe Schocks und stark von der Weltkonjunktur abhängig. Russland hat seinen technologischen Rückstand anerkannt; die Regierung ist sich bewusst, dass für die Weiterentwicklung ausländisches Know-how und Technik gebraucht werden. Dies bedeutet jedoch bisher keinen besseren Zugang ausländischer Investoren zu strategischen Branchen. Die Rezession 2009 ist auch der Abschottung des russischen Marktes durch protektionistische Maßnahmen geschuldet. Russland wird seine eigenen Entwicklungsziele nur durch eine Fortsetzung der Reformen sowie die weitere Integration des Landes in die globale Wirtschaft erreichen können.

#### 7 Ukraine

Die Ukraine war im vergangenen Jahr von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise stark betroffen. In diesem Jahr zeigt sich bisher allerdings eine recht positive Entwicklung. Der IWF erwartet für das laufende Jahr ein BIP-Wachstum von 3,7%, im nächsten Jahr sollen es 4,5% sein. Verschiedene Indikatoren, wie z. B. die Geschäftserwartungen oder die Einzelhandelsumsätze, sind aufwärtsgerichtet. Die Industrieproduktion ist im laufenden Jahr von Januar bis Juli zweistellig gewachsen.

Durch die Krise gerieten die Staatsfinanzen immer mehr unter Druck. Das Defizit belief sich 2009, je nachdem, welche Ausgaben mitgerechnet werden, auf zwischen 5,4% und 10,6 %. Nicht nur die wegbrechenden Exporteinnahmen und Kapitalzuflüsse sind hierfür verantwortlich. Erheblich wird der Haushalt auch durch das Defizit des staatlichen Energieunternehmens Naftogas belastet, das das importierte Gas an private Endverbraucher und kommunale Endversorgungsunternehmen unter dem Einkaufspreis weitergibt. Die Staatsverschuldung (2009 bei 34,6 % des BIP) wird gemäß IWF-Prognosen in diesem Jahr auf knapp 40 % ansteigen. Die gesamte Auslandsverschuldung der Ukraine lag Ende 2009 bei 88 % des BIP und reduziert sich nur allmählich.

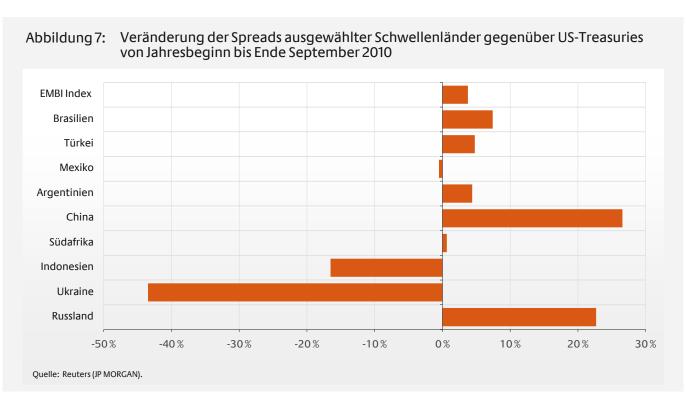
Das Leistungsbilanzdefizit wurde seit 2009 deutlich reduziert (von -7,1% im Jahr 2008 über - 1,5 % im Jahr 2009 auf vom IWF erwartete - 0,4 % für 2010). Die Kapitalverkehrsbilanz verschlechterte sich aber deutlich. Die entstandenen Finanzierungsengpässe fing die Ukraine teilweise auch durch die Reserven der Zentralbank auf. Der Rückgang der Reserven schwächte die externe Liquiditätsposition der Ukraine, was zu einer starken Abwertung der Landeswährung gegenüber dem US-Dollar führte. Ende September 2010 bekam man für einen US-Dollar etwa 8 Hrywnja, Anfang 2008 waren es noch 5 Hrywnja. Diese Abwertung führte zu höheren Importpreisen, speziell für Gas. In der Folge blieb die Inflationsrate in der Ukraine sehr hoch bei 15,9 % im Jahresdurchschnitt 2009. Für 2010 erwartet der IWF einen Rückgang auf 9,8 %.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Der Exportrückgang hat die Deviseneinnahmen verringert, während sich die Belastung der Außenverschuldung durch die Abwertung der inländischen Währung vergrößert hat. Angesichts dieser Entwicklung hat die Ukraine am 28. Juli 2010 ein neues Stand-by-Arrangement mit dem IWF abgeschlossen. Das aktuelle Stand-by-Abkommen hat einen Umfang von 10 Mrd. Sonderziehungsrechten (15,1 Mrd. US-Dollar, Laufzeit 2½ Jahre) und läuft über 29 Monate (Juli 2010 bis Dezember 2012). Die Ukraine hat beantragt, dass 2 Mrd. US-Dollar in den Haushalt 2010 fließen. Die vom IWF geforderten Vorab-Maßnahmen (Prior Actions) sind weitgehend umgesetzt: Es wurden Haushaltskürzungen vorgenommen, die das Defizit auf knapp unter 5 % des BIP drücken sollen, die Gaspreise für die Verbraucher wurden stark angehoben, um das Defizit der Naftogas zu reduzieren, gesetzliche Regelungen zur Stärkung der Unabhängigkeit der Zentralbank eingeführt und die Grundlagen für die Schaffung einer Regulierungsbehörde mit Zuständigkeit für die Preispolitik bei Monopolen gelegt.

Internationale Rating-Agenturen haben die Ukraine inzwischen wieder hochgestuft (Fitch auf B-/Prognose "stabil"). Die Spreads von ukrainischen Staatsanleihen gegenüber US-Treasuries sind seit Jahresanfang deutlich zurückgegangen.

Da das Land von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auch hinsichtlich der Staatsfinanzen besonders stark betroffen war, sind westliche Investoren nach wie vor besonders vorsichtig. Im 1. Quartal dieses Jahres betrugen die ausländischen Direktinvestitionen 717 Mio. US-Dollar (- 39% gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Getätigt werden in erster Linie kurzfristige, risikoarme Investitionen. Gleichzeitig drängen Investoren aus Russland, teilweise unterstützt durch flankierende staatliche Einflussnahme, in die ukrainische Wirtschaft. Der erwartete Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen für 2010 wird von Wirtschaftsinstituten auf 5 Mrd. US-Dollar beziffert, befördert auch durch die Vorbereitungen der Fußball-EM 2012.



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Alles in allem geht die Transformation der ukrainischen Wirtschaft nur schleppend voran. Wichtige Reformen stehen noch aus, wie z. B. die Reform des Bodenmarktes in der Landwirtschaft, Rentenreform, Justizreform, Reform der öffentlichen Verwaltung. Die Restrukturierung des Bankensektors ist noch nicht abgeschlossen. Die Qualität der Bankenaktiva hat sich weiter verschlechtert, die Rekapitalisierung der Banken bleibt aus Sicht des IWF eine Priorität.

# 8 Argentinien

In Argentinien werden 2011 Präsidentschaftswahlen stattfinden. Es ist relativ wahrscheinlich, dass die amtierende Staatspräsidentin Cristina Fernandez de Kirchner oder ihr Amtsvorgänger und Ehemann Néstor Kirchner 2011 erneut kandidieren werden.

Argentinien konnte im 2. Quartal 2010 ein kräftiges Wirtschaftswachstum von 11% verzeichnen. Demzufolge erhöhte die Zentralbank ihre BIP-Prognose für 2010 von 2,5% auf 9,1%; der IWF rechnet mit 7,5%. Bereits in den ersten drei Monaten des Jahres konnte die Wirtschaft um 6,8% im Vergleich zum Vorjahr zulegen. Auch für das kommende Jahr erwartet man in Argentinien einen konjunkturellen Aufschwung, wobei die Wachstumsraten jedoch wohl etwas geringer ausfallen dürften (IWF-Prognose: 4,0%).

Durch das rapide Wirtschaftswachstum, vermehrte Staatsausgaben und hohe Lohnabschlüsse droht sich allerdings das Problem der hohen Inflation in Argentinien weiter zu verfestigen. Die aktuelle Jahresrate lag, nach Angaben der argentinischen Statistikbehörde Indec, im August bei 11,1%. Die Behörde steht aber schon seit längerem in der Kritik, die Inflationsraten stets zu niedrig auszuweisen, und genießt daher eine geringe Glaubwürdigkeit. Der Senat brachte erst kürzlich eine Reform der Statistikbehörde auf den Weg, die deren Unabhängigkeit von der Regierung regeln soll. Die mögliche

Umsetzung der Reform bleibt jedoch abzuwarten. Momentan wird die Inflationsrate von privaten Instituten auf deutlich über 20 % geschätzt. Die Notenbank erhöhte zudem das Wachstum der Geldmenge (M2) für das laufende Jahr von 18,9 % auf 29,4 % mit der Begründung, das Wirtschaftswachstum nicht behindern zu wollen. Präsidentin Kirchner und Zentralbankpräsidentin Mercedes Marcó del Pont äußerten sich erst kürzlich, dass sie die Aufgaben der Notenbank nicht nur in der Sicherung der Währungsstabilität sehen. Sie solle zudem zur Förderung von Wirtschaft und Arbeit beitragen. Erst Anfang des Jahres hatte Kirchner den damaligen Zentralbankpräsidenten Martin Retrado entlassen und den Posten mit ihrer engen Vertrauten Marcó del Pont besetzt.

Die Haushaltslage des Landes hat sich aufgrund steigender Steuereinnahmen leicht verbessert. Die Regierung erwartet für dieses Jahr einen Haushaltsüberschuss von 3,8 Mrd. US-Dollar. Dennoch beläuft sich der Finanzierungsbedarf für 2010 auf knapp 14 Mrd. US-Dollar. Er soll vorwiegend durch Devisenreserven und Zentralbankgewinne gedeckt werden. So ist vorgesehen, dass der Großteil des Zentralbankgewinns des vergangenen Jahres in Höhe von knapp 6 Mrd. US-Dollar an das Finanz- und Wirtschaftsministerium fließt. Damit entwickelt sich die Zentralbank zum Hauptfinanzierer der argentinischen Regierung. Für das Jahr 2011 wird allerdings, aufgrund der steigenden Staatsausgaben, ein noch höherer Finanzierungsbedarf erwartet. Zur Schließung der Finanzierungslücken scheint eine baldige Rückkehr auf die internationalen Kapitalmärkte als unausweichlich.

Im Juni endete die zweite Umschuldungsaktion Argentiniens zur Lösung des Holdout-Problems. Die Regierung konnte ihr Ziel einer Annahmequote von mindestens 60 % erreichen. Obwohl es zwischenzeitlich, auch bedingt durch die Schuldenkrise Griechenlands, so aussah, als würde die Vorgabe nicht erreicht werden, konnten am

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

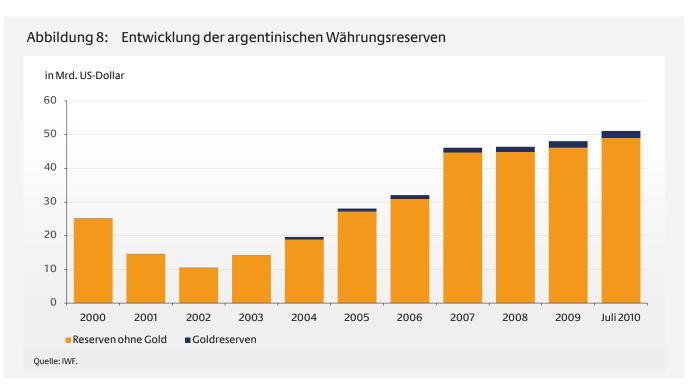
Ende 66 % des restlichen Gläubigerkapitals (rund 12 Mrd. US-Dollar) umgeschuldet werden. Somit hat das Land nunmehr 92 % der Zahlungsausfälle seit dem Staatsbankrott von 2001/2002 geregelt.

Der Zins der zur Bedienung der alten Schulden aufgelegten Staatsanleihe Global 2017 bewegte sich Anfang August unter die 10-%-Marke.
Damit hat Argentiniens Wirtschaftsminister Amado Boudou erstmalig das Ziel eines einstelligen Zinssatzes erreicht. Einer internationalen Emission stehen, neben den drohenden Forderungspfändungen von noch nicht bedienten Altgläubigern, jedoch noch weitere Hürden im Weg. So ist beispielsweise eine Annäherung an den IWF weiterhin nicht in Sicht, obwohl es Argentinien den Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten erleichtern würde.

Bei den Im- und Exporten wird für dieses Jahr ein deutliches Wachstum erwartet. Bis einschließlich August stiegen die Exporte im Laufe des Jahres um 19 %; die Importe legten um 43 % zu. Der große Anstieg der Importe ist vor allem auf das Wirtschaftswachstum und die damit verbundene stärkere inländische Nachfrage zurückzuführen. Folglich erwartet die Zentralbank, dass sich der Handelsbilanzüberschuss 2010 mit knapp 15 Mrd. US-Dollar unter dem Vorjahreswert bewegen wird. Danach würde der Leistungsbilanzüberschuss am Jahresende voraussichtlich bei rund 2% (IWF-Schätzung: 1,7%) des BIP liegen.

Der Peso (ARS) wird von der Zentralbank nach wie vor niedrig gehalten, um die Wettbewerbsfähigkeit des argentinischen Exportsektors weiter zu gewährleisten. Der Wechselkurs lag Ende September bei 3,97 ARS/US-Dollar, was einer Abwertung seit Jahresbeginn von 3,6 % entspricht. Der argentinische Aktienindex Buenos Aires Merval ist 2010 bis einschließlich Ende September um knapp 14 % gestiegen.

Die Währungsreserven befinden sich in Argentinien auf einem Rekordhoch von 51 Mrd. US-Dollar. Dies ist vor allem auf die Rekordernte im Jahr 2010, die momentan hohen Rohstoffpreise und den aktuellen Exportboom zurückzuführen. Des Weiteren gelten seit Anfang Juni neue, strengere Regeln für den Ankauf von Devisen. So erfolgt nun



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

unter anderem eine Vermögensüberprüfung beim Kauf von mehr als 250 000 US-Dollar pro Jahr. Mit diesen Regeln sollen laut der Zentralbank Geldwäsche und Steuerhinterziehung eingedämmt werden.

#### 9 Brasilien

Die vergangenen Monate standen vorwiegend im Licht der Präsidentschaftsund Parlamentswahlen. Die Präsidentschaftswahlen am 3. Oktober konnte die Kandidatin der Regierungspartei Dilma Roussef zwar mit rund 47% der abgegebenen Stimmen gewinnen, sie verfehlte allerdings die absolute Mehrheit. Daher wird am 31. Oktober eine Stichwahl zwischen Roussef und dem zweitplazierten Kandidaten José Serra stattfinden.

Die robuste Entwicklung der brasilianischen Wirtschaft setzte sich im Laufe dieses Jahres fort. Im 2. Quartal wuchs das BIP real um 8,8 % im Vergleich zum Vorjahr. Der IWF erhöhte seine Prognose für das jährliche BIP-Wachstum auf 7,5 %. Dies wäre der höchste Wert der letzten 20 Jahre. Das Wachstum dürfte mittelfristig jedoch etwas an Fahrt verlieren. Für das kommende Jahr wird erwartet, dass sich die Wachstumsrate dem Potentialwachstum von4 % bis 4,5 % annähert.

In Brasilien besteht ein breiter Konsens, die Investitionen in den nächsten Jahren weiter voranzutreiben. Momentan liegen die Investitionen bei 17 % bis 18 % des BIP. So plant das staatlich dominierte Energieunternehmen Petrobras, bis 2014 Investitionen in Höhe von 224 Mrd. US-Dollar zu tätigen. Um dies umsetzen zu können, führte das Unternehmen Ende September mit rund 70 Mrd. US-Dollar die größte Kapitalerhöhung aller Zeiten durch der Anteil der Regierung am Unternehmen stieg hierbei von 40 % auf 48 %. Hiermit soll der Aufstieg Brasiliens zu einem wichtigen Ölexporteur vorangetrieben werden. Zur Steigerung der Investitionstätigkeit verabschiedete die Regierung des Weiteren ein Maßnahmenpaket von Steueränderungen, das

unter anderem steuerliche Erleichterungen bei wichtigen Infrastrukturprojekten, wie beispielsweise dem Stadionbau für die Fußball-WM 2014, vorsieht.

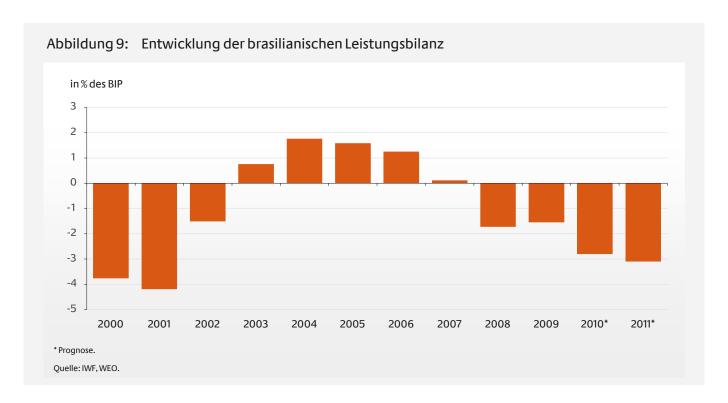
Das Haushaltsziel eines Primärüberschusses (Haushaltssaldo ohne Zinsausgaben) von 3,3 % in diesem Jahr droht verfehlt zu werden.
Aufgrund von wachsenden Ausgaben blieb der Primärüberschuss der Regierung in den vergangenen Monaten mit jeweils unter 1 Mrd. Real auf sehr niedrigem Niveau. Die Behörden wollen in den kommenden Monaten die Ausgaben um etwa 0,3 % des BIP zurückfahren, um das Haushaltsziel noch zu erreichen.

Der Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik zur Vermeidung einer Überhitzung der Wirtschaft zeigt erste Wirkungen. Nach einem leichten Anstieg in den ersten Monaten dieses Jahres ist die Inflationsrate bis Mitte September wieder auf 4,6 % gesunken. Sie liegt somit leicht über dem Mittelwert des Inflationsziels der Zentralbank von 4,5 % (±2%). Nachdem die brasilianische Zentralbank zur Inflationsbekämpfung und Vermeidung einer Überhitzung der Wirtschaft bereits im April den Leitzins SELIC um 75 Basispunkte angehoben hatte, folgten weitere Zinserhöhungen im Juni und Juli mit 75 Basispunkten beziehungsweise 50 Basispunkten auf nunmehr 10,75 %. Weitere Zinserhöhungen sind nicht auszuschließen.

Die brasilianische Währung Real (BRL) konnte sich weiter festigen. Ende September lag der Real bei 1,70 BRL/US-Dollar. Im bisherigen Jahresverlauf konnte er um fast 2,5 % zulegen. Durch die Kapitalerhöhung von Petrobras wird mit einem größeren Zufluss von ausländischem Kapital gerechnet, was den Real zusätzlich stärken würde. Der brasilianische Aktienmarkt hat sich nach den starken Schwankungen im Laufe der Finanzund Weltwirtschaftskrise stabilisiert. Der Aktienindex lag Ende September in etwa auf dem gleichen Niveau wie zu Beginn des Jahres.

Das Leistungsbilanzdefizit Brasiliens wächst weiter. Bereits Ende Juli betrug es rund

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



28 Mrd. US-Dollar und überstieg damit das Defizit des gesamten Jahres 2009 um 4 Mrd. US-Dollar. Prognosen sehen das Defizit zum Jahresende bei knapp 3 % des BIP. Die Gründe liegen allerdings nicht im Handel, sondern im Dienstleistungsbereich. Brasilien konnte von Jahresbeginn bis Ende Juli mit rund 9 Mrd. US-Dollar eine positive Handelsbilanz vorweisen, wobei der Außenhandelsüberschuss von Januar bis August dieses Jahres um 40 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum eingebrochen ist. Die Regierung stellte im Mai ein Exportförderpaket vor, mit dem die strukturellen Probleme des Exportsektors behoben werden sollen. Ziel ist es, die Ausfuhren von Industrieprodukten zu steigern. Brasilien will nicht auf dem Niveau eines Rohstoffexporteurs verharren. Wie sich das Paket auf die Exportstruktur Brasiliens auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Die ausländischen Direktinvestitionen belaufen sich von Januar bis Juli 2010 auf rund 14 Mrd. US-Dollar. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sind sie damit nur um rund 1 Mrd. US-Dollar angestiegen. Im vergangenen Jahr waren die Direktinvestitionen um 42 % eingebrochen. In diesem Jahr sollte wieder das Niveau des Jahres 2008 von 45 Mrd. US-Dollar erreicht werden.

Die Währungsreserven Brasiliens haben mit 262 Mrd. US-Dollar Anfang September einen neuen Höchststand erreicht. Sie haben sich seit 2005 fast verfünffacht. Nachdem sich die großen Reserven besonders in der Krise als nützlich erwiesen, ist deren adäquate Höhe nach Einschätzung des IWF mittlerweile mehr als erreicht.

#### 10 Mexiko

Am 15. September hat Mexiko seine 200-jährige Unabhängigkeit gefeiert. Das von den spanischen Konquistadoren seit Mitte des 16. Jahrhunderts kolonialisierte Land hatte sich im Jahre 1810 gegen die Besetzer erhoben und schließlich die Unabhängigkeit errungen.

Das mexikanische BIP, das 2009 noch um 6,5 % gegenüber dem Vorjahr geschrumpft war, dürfte 2010 nach Einschätzung des IWF eine positive Entwicklung von 5 % aufweisen. Positiv für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erscheint zunächst die Steigerung des BIP

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



von 4,3% im 1. Quartal auf immerhin 7,7% im 2. Quartal. Für 2011 rechnet die mexikanische Regierung aufgrund der geringeren Nachfrage aus den USA jedoch erneut mit einem Abflauen des Wirtschaftswachstums auf 3,8%, der IWF geht von 3,9% aus.

Die mexikanische Wirtschaft kann sich von ihrem durch die Finanzkrise ausgelösten Einbruch insgesamt nur langsam erholen; die Arbeitslosenquote befindet sich derzeit auf einem historischen Höchststand, auch wenn der IWF für 2010 eine leichte Entspannung erwartet. Im März dieses Jahres wurde daher ein Entwurf für eine Arbeitsmarktreform in den Kongress eingebracht.

Hauptschwerpunkte sind neben einer Verbesserung der Arbeitsvermittlung sowie der Arbeitsproduktivität die Beschleunigung der Klärung bei arbeitsgerichtlichen Fällen sowie die Erhöhung der Transparenz in den Gewerkschaften.

Die durchschnittliche Preissteigerungsrate für das laufende Jahr 2010 erwartet der IWF bei 4,2 %. Dies bedeutet eine gewisse Entspannung im Vergleich zum Vorjahr, in dem die Preissteigerungsrate noch 5,3 % betragen hat. Im 1. Quartal 2010 lag die Rate bei 4,8 %, im 2. Quartal sank sie auf 4 %. Unter Berücksichtigung dieser Entwicklung hat die mexikanische Zentralbank den Leitzins unverändert bei 4,5 % belassen.

Mexikos Leistungsbilanzdefizit lag 2009 bei 0,6 % des BIP, nachdem es 2008 mit 1,5 % mehr als doppelt so hoch war. Für 2010 rechnet der IWF wieder mit einem Defizit von 1,2 % des BIP, für 2011 sogar mit einem Defizit von 1,4 %. Maßgeblich für dieses Ungleichgewicht dürfte die ebenfalls ungünstige Entwicklung der Handelsbilanz sein. Während im 1. Quartal noch ein Überschuss von circa 370 Mio. US-Dollar erzielt wurde, wies die Handelsbilanz im 2. Quartal bereits wieder ein Defizit in Höhe von 60 Mio. US-Dollar aus, für die Monate Juli und August 2010 wurde bislang ein Defizit von zusammen 1,7 Mrd. US-Dollar gemeldet.

Der Peso konnte im Jahresverlauf 2010 bislang um knapp 4% gegenüber dem US-Dollar aufwerten, gilt damit aber nach wie vor als unterbewertet. Der mexikanische Aktienmarkt hatte nach einem Einbruch im Zuge der Krise

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

bis zum Ende 2009 wieder stark aufholen können, im laufenden Jahr bis Ende September hat er dagegen bisher mit gut 3 % nur leicht zugelegt.

Im Jahr 2012 übernimmt Mexiko den G20-Vorsitz. Es bleibt abzuwarten, inwieweit es dem Land bis dahin gelingen wird, eine Lösung für die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Probleme anzugehen. Neben erforderlichen Reformen u. a. auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik besteht eine Hauptaufgabe darin, die nach wie vor herrschende hohe Ungleichverteilung des Vermögens zu bekämpfen.

#### 11 Südafrika

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hat den bereits zuvor einsetzenden moderaten Abschwung in Südafrika noch verstärkt und zur ersten Rezession seit Ende des Apartheidregimes in 1994 geführt. Die Regierung hat jedoch durch entschiedene geld- und fiskalpolitische Maßnahmen einen noch stärkeren Einbruch verhindern können. Mittlerweile zeigt sich im Zuge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs und mit dem Rückenwind der Fußballweltmeisterschaft auch in Südafrika eine Erholung. Der erforderliche Abbau der hohen Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Rückführung der Krisenmaßnahmen scheint ein schwieriger Spagat zu sein; strukturpolitische Reformen sollten angesichts des unsicheren externen Umfeldes bei grundsätzlicher Fortführung der makroökonomischen Ausrichtung erfolgen.

Das reale BIP ging 2009 um 1,8 % zurück. Belastend für die südafrikanische Wirtschaft haben sich insbesondere der Preisverfall bei Rohstoffen, die stärkere Risikoaversion internationaler Investoren gegenüber Schwellenländern sowie der Einbruch beim internationalen Handel ausgewirkt. Ein stark stützendes Element waren aber die öffentlichen Investitionen, die sich über das gesamte Jahr 2009 positiv entwickelten.

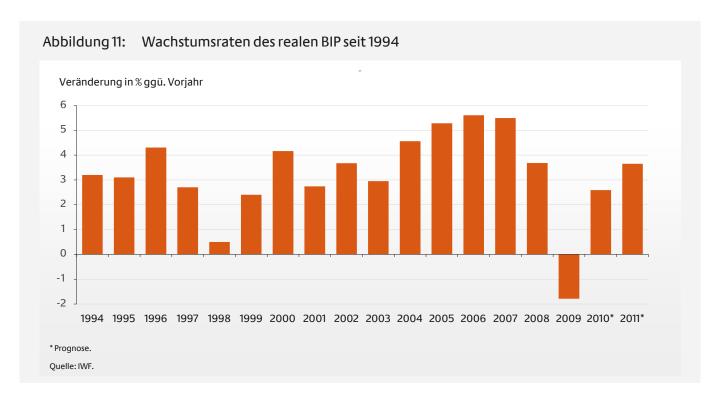
Auch der stabile Bankensektor hat mit dazu beigetragen, dass der Rückgang der Wirtschaftsleistung noch relativ moderat ausfiel. Seit Ende 2009 ist eine deutliche Wiederbelebung des Wachstums zu beobachten. Für 2010 erwartet der IWF eine BIP-Zunahme von 3,0 %, für 2011 rechnet er mit 3,5 %.

Während die öffentlichen Haushalte zwischen 2005 und 2007 noch Überschüsse aufwiesen, hat sich die Lage seit 2008 eingetrübt, das Budgetdefizit im Verhältnis zum BIP lag 2009 bei 5,3 %. Verantwortlich dafür waren der konjunkturbedingte Einbruch der Einnahmen unter Beibehaltung der während der Boomjahre geplanten Ausgaben, insbesondere im Bereich der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen, sowie relativ hohe Lohnabschlüsse im öffentlichen Sektor. Die aktuelle fiskalpolitische Ausrichtung, die eine Rückführung der expansiven Maßnahmen durch eine Begrenzung des Ausgabenwachstums anstrebt, erscheint daher angemessen. Die Ausgabenbegrenzung sollte auch bei besser als erwartet ausfallenden Steuereinnahmen aufrechterhalten werden, ohne jedoch notwendige Investitionsvorhaben zu gefährden. So ließe sich nach Ansicht des IWF auch das Budgetdefizit, das für 2010 mit 5,9 % des BIP prognostiziert wird, auf 4,4 % im Jahre 2011 zurückführen.

Die aktuelle Geldpolitik ist nach Ansicht des IWF nach mehreren Zinssenkungsschritten angemessen ausgerichtet. Der Leitzins wurde von der Zentralbank seit Dezember 2008 in mehreren Schritten auf derzeit 6,0 % gesenkt. Für 2010 wird mit einem Rückgang der Inflationsrate auf 5,6 % (nach 7,1% im Jahr 2009) gerechnet (2011: 5,8 %); diese liegt damit am oberen Rand des Inflationszielkorridors der Zentralbank (3,0 % bis 6,0 %).

Der südafrikanische Bankensektor erwies sich angesichts der Krise aufgrund seiner recht guten Kapital- und Ertragslage, einem nur leichtem Anstieg der Kreditausfallraten, der geringen Belastung der Bankbilanzen mit problematischen US-Papieren sowie

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



eines generell vorsichtigen Ansatzes im Bankgeschäft als stabil. Daher waren seitens der südafrikanischen Zentralbank keine unkonventionellen Maßnahmen zur Stützung des Bankensystems notwendig. An der Johannesburger Börse machte sich dies aber nicht nachhaltig bemerkbar; seit Jahresbeginn ist deren Index (bis Ende September) lediglich um knapp 5 % gestiegen.

Der südafrikanische Rand ist nach Ansicht des IWF aufgrund zuletzt wieder hoher Portfoliokapitalzuflüsse leicht überbewertet. Seit Jahresbeginn stieg der Wert gegenüber dem US-Dollar um gut 5 %, gegenüber dem Euro sogar um gut 13 %.

Der südafrikanische Außenhandel ging 2009 um knapp 25 % zurück. Die Exporte verringerten sich um 21 % und die Importe um 28 %. Das Leistungsbilanzdefizit sank 2009 auf 4 % des BIP von 7,1 % im Jahre 2008. Ein Grund für den viel stärkeren Rückgang bei den Importen liegt in der verringerten südafrikanischen Industrieproduktion, durch die auch weniger Vorprodukte eingeführt werden mussten (insbesondere im Automobilbereich). Aber auch die aufgrund

der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise rückläufige Kaufkraft bei großen Teilen der südafrikanischen Bevölkerung – auch aus der gehobenen Mittelschicht – mag eine wichtige Rolle dabei gespielt haben. Für 2010 rechnet der IWF aufgrund der wieder anziehenden Importnachfrage mit einem leichten Anstieg des Leistungsbilanzdefizits auf 4,3 %, für 2011 sogar auf 5,8 % des BIP.

Die ausländischen Direktinvestitionen sind 2009 auf knapp 4 Mrd. US-Dollar stark zurückgegangen. 2008 hatten sie noch bei fast 12 Mrd. US-Dollar gelegen. Für 2010 wird mit einem weiteren Rückgang auf gut 3 Mrd. US-Dollar gerechnet.

Die Auslandverschuldung Südafrikas lag 2009 bei 27,5 % des BIP. Für 2010 und 2011 geht der IWF von einer weitgehenden Konstanz dieses Wertes aus. Die Nettowährungsreserven beliefen sich 2009 auf 5,2 Importmonate. Auch hier ist nach Projektionen des IWF von weitgehender Konstanz auszugehen.

Die größte Herausforderung für Südafrika bleibt die schwierige Lage am Arbeitsmarkt, die sich in einer geringen Erwerbsquote (2009:

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

55,8%) und einer hohen Arbeitslosigkeit (2009: 24%) manifestiert. Das Wachstum der Boomjahre hat die Situation am Arbeitsmarkt nicht nachhaltig gebessert. Besonders schwierig ist die Situation für Jugendliche, insbesondere für junge Schwarzafrikaner, von denen mehr als jeder Zweite arbeitslos ist. Daneben herrscht Handlungsbedarf auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten. Es bestehen insbesondere vergleichsweise hohe Markteintrittsbarrieren, die eine erhebliche Unternehmenskonzentration in einigen Sektoren bedingen und einen funktionsfähigen Wettbewerb behindern. Eine Vereinfachung der administrativen Prozeduren sowie ein erleichterter Finanzierungszugang für kleine und mittlere Unternehmen könnten hier Verbesserungen ermöglichen. Die südafrikanische Regierung sieht insbesondere in den Netzwerkindustrien, wie im Energie-, Transport- und Telekommunikationssektor, einen Schwerpunkt.

Südafrika ist aufgrund seiner reichhaltigen Kohlevorräte sowie seiner Industriestruktur (hohe Wertschöpfungsbeiträge energieintensiver Sektoren wie Bergbau, Energieerzeugung und Metallerzeugung und -verarbeitung) der weltweit fünftgrößte Emittent von Treibhausgasen pro Produktionseinheit. Vergleichsweise günstige Elektrizitätstarife sowie eine geringe Energiebesteuerung tragen zur geringen Energieeffizienz der Produktion bei. Vermehrte Anstrengungen im Bereich der Klimapolitik sind daher notwendig. Dies könnte sich auch vorteilhaft auf andere Politikbereiche wie die Haushaltskonsolidierung (z. B. durch Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer) oder die Bewältigung der nach wie vor bestehenden Kapazitätsengpässe im Energiesektor auswirken.

JAHRESTAGUNG VON IWF UND WELTBANK UND G7-FINANZMINISTER-TREFFEN IN WASHINGTON D. C.

# Jahrestagung von IWF und Weltbank und G7-Finanzminister-Treffen in Washington D.C.

1	Einleitung	67
	Wirtschaftsentwicklung	
3	Finanzmärkte	68
4	IWF-Governance-Reformen sowie Quoten- und Stimmrechtsreform	69
5	"Financial Safety Nets"	69
	G20-"Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth"	
7	Finanzmarktreformen	70
8	Fazit und Ausblick auf die nächsten G20-Treffen	71

- Intensiver Austausch zur Weltwirtschaft und zur Lage auf den Finanzmärkten.
- Trotz weltwirtschaftlichem Aufschwung verbleiben Risiken. Konsolidierung der Staatshaushalte und wachstumsstärkende Strukturreformen entscheidend.
- Anstehende IWF-Reformen bildeten Schwerpunkt der Jahrestagung: Fortschritte, aber noch kein Durchbruch bei den Verhandlungen.

# 1 Einleitung

Vom 8. bis 10. Oktober 2010 fand die gemeinsame Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF; mit Sitzung des IWF-Lenkungsausschusses, dem International Monetary and Financial Committee – IMFC¹) und Weltbank in Washington D.C. statt. Außerdem trafen sich am 8. Oktober die G20-Finanzminister mit den Vertretern des IMFC. Bei den Treffen standen die Entwicklung der Weltwirtschaft und der

Finanzmärkte, Währungsfragen und die Reformen beim IWF mit den Schwerpunkten Quoten-, Governance- und Mandats-Reform im Mittelpunkt der Gespräche.

# 2 Wirtschaftsentwicklung

Der "World Economic Outlook" des IWF vom 6. Oktober diente als Grundlage der Beratungen über die globale Wirtschaftslage. Laut Analyse des IWF ist die aktuelle Lage der Weltwirtschaft zwar durch eine weltwirtschaftliche Erholung gekennzeichnet, allerdings ist das weltwirtschaftliche Wachstumsbild dabei sehr heterogen mit einer höheren Dynamik in den Schwellenländern im Vergleich zu den Industrieländern. Die Schwellenländer, insbesondere im asiatischen Raum, verzeichnen ein sehr hohes Wachstum, das auch auf eine starke Binnennachfrage zurückzuführen ist. Insgesamt führt Asien die globale Erholung an. Als zentrale Gründe werden dabei die Normalisierung des Handels und eine robuste Inlandsnachfrage gesehen. Die japanische Wirtschaft wird jedoch

http://www.bundesfinanzministerium.de/nn\_86100/DE/BMF\_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht\_des\_BMF/2009/10/analysen-und-berichte/b04-ergebnisse-gipfeltreffen/ergebnisse-gipfeltreffen,templateId=renderPrint.html#f2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Der IMFC ist das oberste Beratungsgremium für den Rat der Gouverneure des IWF. Dem IMFC gehören 24 Mitglieder (Zentralbank-Gouverneure, Minister oder gleichrangig) an, die die Zusammensetzung des Exekutivdirektoriums des IWF reflektieren. Der IMFC tagt zweimal jährlich.

JAHRESTAGUNG VON IWF UND WELTBANK UND G7-FINANZMINISTER-TREFFEN IN WASHINGTON D. C.

Tabelle 1: IWF-Projektionen Wachstumsrate des BIP

	Tatsächlich	Tatsächlich Projektion		Revision ggü. Juli 2010	
	2009	2010	2011	2010	2011
			in%		
Welt	-0,6	4,8	4,2	0,2	-0,1
Industrieländer	-3,2	2,7	2,2	0,1	-0,2
Schwellen-/Entwicklungsländer	2,5	7,1	6,4	0,3	0,0
China	9,1	10,5	9,6	0,0	0,0
USA	-2,6	2,6	2,3	-0,7	-0,6
Kanada	-2,5	3,1	2,7	-0,5	-0,1
Japan	-5,2	2,8	1,5	0,4	-0,3
Euroraum	-4,1	1,7	1,5	0,7	0,2
Deutschland	-4,7	3,3	2,0	1,9	0,4
Frankreich	-2,5	1,6	1,6	0,2	0,0
Italien	-5,0	1,0	1,0	0,1	-0,1
Großbritannien	-4,9	1,7	2,0	0,5	-0,

Quelle: IWF.

weiterhin durch Deflation und die Aufwertung des Yen belastet.

Angesichts weiterhin bestehender Risiken für die weltwirtschaftliche Erholung betont der IWF die Notwendigkeit zur Konsolidierung der Staatshaushalte und rät zu wachstumsstärkenden Strukturreformen. Die sehr positive wirtschaftliche Erholung in Deutschland wurde explizit begrüßt. Dabei wurde insbesondere anerkannt, dass das Wachstum in Deutschland zunehmend auf einer breiteren Basis steht. Neben Impulsen vom Export gibt es einen zunehmenden Wachstumsbeitrag durch Investitionen und privaten Konsum. Entsprechend der positiven Entwicklung hat der IWF den Wachstumsausblick für Deutschland gegenüber Juli 2010 deutlich nach oben korrigiert. Deutschland weist nach dieser Projektion in 2010 mit 3,3% das stärkste Wachstum aller G7-Staaten auf. Für 2011 geht der IWF von einem Wachstum von 2,0% für Deutschland aus.

#### 3 Finanzmärkte

Die Lage der Finanzmärkte wurde auf Basis des "Global Financial Stability Reports" des IWF erörtert. Die Stabilisierung des Finanzsystems schreitet weiter voran, allerdings bestehen weiterhin Risiken. So hat die insgesamt positive Entwicklung mit der europäischen Schuldenkrise seit diesem Frühjahr einen Rückschlag erlitten. Zwar haben die EU-Stabilisierungsmaßnahmen - wie vom IWF bescheinigt - eine entscheidende Rolle zur Beruhigung der Finanzmärkte beigetragen, die Lage muss aber weiterhin aufmerksam beobachtet werden. Die Risikoanalyse des IWF wurde von den Teilnehmern weitgehend geteilt und man war sich einig, dass die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte sowie noch bestehende Probleme im Bankensektor kritische Faktoren bleiben. Darüber hinaus stellen hohe Kapitalzuflüsse verschiedene Schwellenländer vor große Herausforderungen.

JAHRESTAGUNG VON IWF UND WELTBANK UND G7-FINANZMINISTER-TREFFEN IN WASHINGTON D. C.

Zudem wurde eine intensive Diskussion über das internationale Währungssystem und Wechselkurse geführt. Hierbei ging es um Fragen zur Stärkung der internationalen monetären Stabilität angesichts globaler Ungleichgewichte, schwankender Kapitalströme und Wechselkurse sowie ansteigender Währungsreserven in einigen Ländern. Der IMFC hat den IWF aufgefordert, seine Analysen in diesem Bereich zu vertiefen und im Lauf des Jahres 2011 Vorschläge zur Steigerung der internationalen monetären Stabilität zu unterbreiten.

# 4 IWF-Governance-Reformen sowie Quoten- und Stimmrechtsreform

Die anstehenden IWF-Reformen, die bis zum Ende des Jahres abgeschlossen werden sollen, spielten auch auf der Jahrestagung eine zentrale Rolle. Deutschland dringt dabei auf eine umfassende Paketlösung, um nicht nur Einzelfragen abzuschließen, sondern die gesamte Breite an Themen, wie sie die Staats- und Regierungschefs beim G20-Gipfel in Pittsburgh 2009 beschlossen haben, zu entscheiden.

Bei der Quotenreform des IWF ist das Ziel, die Quotenanteile der Mitgliedsländer stärker mit ihrem weltwirtschaftlichen Gewicht in Einklang zu bringen. Der G20-Gipfel-Beschluss von Pittsburgh soll bis Januar 2011 umgesetzt werden, wonach Quotenanteile in Höhe von mindestens 5 Prozentpunkten zugunsten von dynamischen Schwellenund Entwicklungsländern umverteilt werden sollen, und zwar von über- zu unterrepräsentierten Ländern. Deutschland hat sich bereit gezeigt, auf eigene Quotenanteile zu verzichten. Allerdings gilt es eine Gleichbehandlung aller Staaten zu gewährleisten, so dass auch andere überrepräsentierte Industrieländer, wie beispielsweise die USA, ihren gerechten Beitrag zur Quotenumverteilung leisten müssen.

Bei der Reform der "Governance" des IWF ist das zentrale Thema die Größe und Zusammensetzung des Exekutivdirektoriums. Hierbei geht es insbesondere um die Frage der neuen Aufteilung der Sitze im IWF-Exekutivdirektorium zwischen Europa und den Schwellen- und Entwicklungsländern. Europa ist zu einer konstruktiven Lösung bereit, hat aber auch darauf hingewiesen, dass ebenso Zugeständnisse anderer Länder wie z.B. der USA bei den Governance-Themen notwendig sind. Dies gilt insbesondere für die Abstimmungsmodalitäten, die Besetzung von Leitungspersonal bei internationalen Finanzinstitutionen und insbesondere beim IWF sowie die Quotenreform.

Zu diesen wichtigen Themen gab es bei der Jahrestagung zwar deutliche Fortschritte, aber noch keinen Durchbruch. Daher wird das Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure Ende Oktober große Bedeutung haben, um weitere Fortschritte zu erzielen. Ziel bleibt, dass die IWF-Reformen, wie beim G20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 beschlossen, bis zum G20-Gipfel in Seoul im November 2010 abgeschlossen werden können.

# 5 "Financial Safety Nets"

Die Einführung von finanziellen Sicherheitsnetzen für in Liquiditätsschwierigkeiten geratene Länder wurde auf der Jahrestagung intensiv diskutiert. Korea hat nochmals darauf hingewiesen, dass dieses Thema eine wichtige Priorität des koreanischen G20-Vorsitzes darstellt. Korea kann hier bereits einen wichtigen Erfolg vorweisen: Im August hat das IWF-Exekutivdirektorium verschiedene Anpassungen des IWF-Instrumentariums beschlossen. So wurden Erweiterungen bzgl. der Laufzeit und des Volumens bei der "Flexible Credit Line" (FCL) für Länder mit sehr guter Finanz- und Wirtschaftspolitik verabschiedet sowie die Einführung einer "Precautionary

JAHRESTAGUNG VON IWF UND WELTBANK UND G7-FINANZMINISTER-TREFFEN IN WASHINGTON D. C.

Credit Line" (PCL) für Länder, die sich nicht für die FCL qualifizieren und von denen daher Anpassungsmaßnahmen bei geringer Konditionalität erwartet werden.

Mit den Anpassungen bei der FCL und durch die Einführung der PCL verfügt der IWF über ein effektives und flexibles Instrumentarium, um Ländern, die in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten, helfen zu können.

Zur Diskussion stehen auch weitergehende Vorschläge, wie die Einrichtung eines "Global Stability Mechanism", mit denen für den Fall einer systemischen Krise weitere Instrumente geschaffen werden sollen. Allerdings ist diese Diskussion noch am Anfang. Deutschland wie auch Kanada, Russland, Italien, Saudi Arabien und die USA verweisen darauf, dass entsprechende Vorschläge zur Ausweitung der IWF-Kreditinstrumente nicht zu nachlassenden eigenen Anstrengungen zur Krisenprävention führen dürfen. Daher ist Konditionalität in allen IWF-Programmen wichtig. Insgesamt muss die Krisenprävention durch Stärkung der Aufsicht und Regulierung des Finanzsektors die "erste Verteidigungslinie" für alle Länder bleiben.

# 6 G20-"Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth"

Das G20-Framework geht zurück auf eine Initiative der USA, die in die Verabredung der G20 bei deren Gipfel im Herbst 2009 in Pittsburgh mündete, durch geeignete Maßnahmen ein starkes, nachhaltiges und ausgeglichenes Wirtschaftswachstum zu fördern. Beim G20-Gipfel in Toronto im Juni diesen Jahres wurde die erste Stufe des G20-Framework-Prozesses abgeschlossen. Es bestand Einvernehmen über den Erfolg der bislang ergriffenen umfangreichen Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Die G20 stellten gleichwohl fest, dass stärkere Anstrengungen erforderlich seien, um das globale Wachstum zu stärken

sowie nachhaltiger und ausgeglichener zu gestalten. Vereinbart wurden hierzu Politikmaßnahmen, die zunächst an Ländergruppen gerichtet sind.

Die Gespräche (auch der G20-Staatssekretäre) in Washington dienten dem Ziel, die seit Toronto von den einzelnen G20-Ländern ergriffenen Maßnahmen zu diskutieren und zu analysieren, inwieweit sie dazu beitragen, dem gemeinsamen Ziel von starkem, nachhaltigem und ausgeglichenem Wachstum näher zu kommen. Entsprechend wurde auch die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen erörtert. Zentrale Diskussionspunkte waren dabei die Wechselkurspolitiken verschiedener G20, der Umfang und das genaue "Timing" der Fiskalkonsolidierung in den einzelnen Ländern sowie die Notwendigkeit von Strukturreformen zur Erhöhung des Wachstumspotenzials. Außerdem verabredeten die G20-Staatssekretäre einen konkreten Fahrplan zur Vorbereitung des "Seoul Action Plan", in dem sie sich auf dem Gipfel in Seoul zu konkreten, länderspezifischen Maßnahmen verpflichten wollen, um ihr gemeinsames Wachstumsziel zu erreichen.

Deutschland trägt aktiv zum FrameworkProzess bei und erfüllt seine Verpflichtungen:
Vor allem mit dem Zukunftspaket der
Bundesregierung und dem neuen Finanzplan
des Bundes bis 2014 liegt Deutschland
bei der Haushaltskonsolidierung voll im
Rahmen der G20-Vereinbarungen. Durch die
Strukturreformen mit Vorrang für Bildung
und Forschung sowie das Vertrauen, das eine
glaubwürdige, von der Schuldenbremse des
Grundgesetz vorgegebene Konsolidierung
auslöst, werden Binnennachfrage und
inländische Wachstumskräfte gestärkt. Die
gute Arbeitsmarktentwicklung dürfte dies
weiter fördern.

#### 7 Finanzmarktreformen

Mit Blick auf den G20-Gipfel in Seoul haben sich die Finanzminister

#### Analysen und Berichte

JAHRESTAGUNG VON IWF UND WELTBANK UND G7-FINANZMINISTER-TREFFEN IN WASHINGTON D. C.

und Notenbankgouverneure zu den Schwerpunkten bei der Finanzmarktregulierung ausgetauscht. Es herrschte Einigkeit, dass Fortschritte bei "Basel III" zur Stärkung des Bankensektors beitragen und seine Schockresistenz erhöhen. Auch über die konkreten Empfehlungen zum Umgang mit systemisch wichtigen Finanzinstitutionen wurde diskutiert. Hier geht es um die Stärkung der Widerstandsfähigkeit solcher Institute, die Etablierung wirksamer Abwicklungsregime (auch für grenzüberschreitende Institute) sowie die Stärkung der Aufsicht und der Marktinfrastruktur, inklusive der Derivatemärkte. Das "Financial Stability Board" (FSB) wird zum Gipfel im November Endberichte mit konkreten Vorschlägen vorlegen.

Ein weiteres Thema ist die Verminderung der Nutzung externer Ratings. Auch hierzu wird das FSB bis zum G20-Gipfel Vorschläge vorlegen. Die Vergütungsregeln im Finanzsektor bleiben ein zentrales Anliegen der G20. Das Financial Stability Board wird hierzu im nächsten Jahr eine Folgeüberprüfung zur Umsetzung der FSB-/G20-Vergütungsprinzipien und -standards durchführen. Darüber hinaus wurde die Konvergenz der Bilanzierungsstandards angesprochen; einer hohen Qualität der Standards kommt im Hinblick auf Finanzmarktstabilität große Bedeutung zu.

# 8 Fazit und Ausblick auf die nächsten G20-Treffen

Auch wenn die globale konjunkturelle Erholung voranschreitet, verbleiben beträchtliche Risiken und Herausforderungen. Das Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure im südkoreanischen Gyeongju vom 22. bis 23. Oktober und der Gipfel der G20-Staats- und -Regierungschefs am 11. und 12. November in Seoul werden die Gelegenheit bieten, diesen Herausforderungen weiterhin durch internationale Zusammenarbeit zu begegnen.

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	73
1	Kreditmarktmittel	73
2	Gewährleistungen	74
3	Bundeshaushalt 2009 bis 2014	74
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2009 bis 2014	75
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Entwurf 2011	77
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011	81
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009	83
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	85
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	87
10	Entwicklung der Staatsquote	88
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	92
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009	
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	99
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010	99
Abb. 1	l Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2009/2010	99
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	100
3	Länder bis August 2010 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2010	
3	Die Einnammen, Ausgaben und Kassenlage der Lander bis August 2010	102
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	106
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	106
2	Preisentwicklung	107
3	Außenwirtschaft	108
4	Einkommensverteilung	109
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	110
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	111
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	112
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	113
Abb. 1	l Entwicklung von DAX und Dow Jones	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	115
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	116
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	121

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. Juli 2010			31. August 2010
		in M	lio.€	
Inflations indexier te Bundes wert papiere	34000	0	0	34000
Anleihen <sup>1</sup>	613 986	6 000	0	619986
Bundesobligationen	190 000	0	0	190 000
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	9 388	65	258	9 196
Bundesschatzanweisungen	131 000	7 000	0	138 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	83 831	10 961	9 953	84839
Finanzierungsschätze <sup>3</sup>	709	38	58	689
Tagesanleihe	2 105	32	52	2 086
Schuldscheindarlehen	12 344	0	0	12 344
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1 830	0	0	1 830
Kreditmarktmittel insgesamt	1 079 243			1 093 020

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. Juli 2010			31. August 2010
		in N	⁄lio.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	232 000			233 001
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	339 551			346 511
langfristig (mehr als 4 Jahre)	507 692			513 508
Kreditmarktmittel insgesamt	1 079 243			1 093 020

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungstatbestände	Belegung am 30. September 2010	Belegung am 30. September 2009					
	in Mrd. €							
Ausfuhren	120,0	107,7	106,6					
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, ElB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	33,5	30,4					
Bilaterale FZ-Vorhaben	4,6	2,0	1,2					
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	137,3					
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	105,3	137,3					
Internationale Finanzierungsinstitutionen	58,0	50,6	40,3					
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0					
Zinsausgleichsgarantien	6,0	6,0	4,0					
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	-					
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	123,0		-					

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2009 - 2014 Gesamtübersicht

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplanung	
Gegenstand der Nachweisung			Mr	d. €		
1. Ausgaben	292,3	319,5	307,4	301,0	301,5	301,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,5	9,3	-3,8	- 2,1	+0,2	- 0,1
2. Einnahmen <sup>1</sup>	257,7	238,9	249,5	260,6	269,6	276,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	-4,7	-7,3	+4,4	+4,4	+3,5	+2,6
darunter:						
Steuereinnahmen	227,8	211,9	221,8	232,8	241,8	250,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	-4,8	-7,0	+4,7	+5,0	+3,8	+3,5
3. Finanzierungssaldo	-34,5	-80,6	- 57,9	- 40,5	- 32,0	- 24,5
in % der Ausgaben	11,8	25,2	18,8	13,4	10,6	8,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme <sup>2</sup> (-)	269,0	317,8	320,9	321,7	322,6	307,4
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-6,4	0,1	- 0,5	- 0,7	+ 0,0	- 0,2
6. Tilgungen (+)	228,5	237,5	262,6	279,2	289,5	284,2
7. Nettokreditaufnahme	-34,1	-80,2	- 57,5	- 40,1	- 31,6	- 24,1
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	27,1	28,3	33,8	29,0	26,4	26,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+11,5	+5,9	+19,6	- 14,2	-9,1	- 1,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,0	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2010

 $<sup>^{1}\,\</sup>mbox{Gem.\,BHO}\,\S\,13\,\mbox{Absatz}\,4.2$  ohne Münzeinnahmen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplanung	
Ausgabeart			in Mi	o.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 939	27 704	27 794	27 699	27 550	27 421
Aktivitätsbezüge	20977	20 789	20 741	20611	20 454	20313
Ziviler Bereich	9 2 6 9	9 342	9 2 4 0	9 2 5 6	9 267	9 289
Militärischer Bereich	11 708	11 447	11 501	11 355	11 187	11 024
Versorgung	6 962	6915	7 053	7 088	7 096	7 108
Ziviler Bereich	2 462	2 435	2 444	2 445	2 431	2 407
Militärischer Bereich	4 500	4 481	4 609	4 643	4 665	4 701
Laufender Sachaufwand	21 395	21 583	22 427	22 331	22 554	22 565
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 478	1 466	1 357	1 328	1311	1 313
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 281	10 469	10 464	10 305	10 497	10 453
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 647	10 605	10 699	10746	10 798
Zinsausgaben	38 099	36 751	36 042	36 354	40 520	48 016
an andere Bereiche	38 099	36 751	36 042	36 354	40 520	48 016
Sonstige	38 099	36 751	36 042	36 354	40 520	48 016
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 054	36708	36 001	36313	40 479	47 975
an Ausland	3	2	0	0	0	C
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	205 272	187 513	186 508	186 052	185 558
an Verwaltungen	14396	14 503	14 563	14563	14 800	14783
Länder	8 754	8 682	8 831	8 729	8 972	8 982
Gemeinden	18	21	10	9	8	8
Sondervermögen	5 624	5 799	5 721	5 8 2 4	5 8 1 9	5 793
Zweckverbände	1	0	1	1	1	1
an andere Bereiche	162 892	190 769	172 950	171 945	171 252	170 775
Unternehmen	22 951	25 316	24933	24762	24914	25 727
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 699	31 274	27932	27 889	26 350	23 828
an Sozialversicherung	105 130	128 365	114362	113 755	114 436	115 667
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 249	1 529	1 574	1 572	1 596	1 604
an Ausland	3 858	4284	4147	3 966	3 954	3 948
an Sonstige	5	1	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	264 721	291 310	273 776	272 892	276 676	283 561
Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>a</sup>						
Sachinvestitionen	8 504	8 113	7 545	7 505	7 366	7 307
Baumaßnahmen	6830	6 532	6 0 6 7	5 9 6 0	5 745	5 707
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	1 035	907	898	882	895
Grunderwerb	643	546	571	647	740	704

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplanung	
Ausgabeart			in Mic	€		
Vermögensübertragungen	15 619	15 754	15 040	14 778	14 596	14 420
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 190	15 342	14 644	14 421	14 239	14 064
an Verwaltungen	5 852	5 138	5 086	4927	4786	4 640
Länder	5 8 0 4	5 074	5 021	4848	4 693	4 5 4 7
Gemeinden und Gemeindeverbände	48	60	62	77	91	91
Sondervermögen	0	4	2	2	2	2
an andere Bereiche	9 338	10 204	9 558	9 494	9 454	9 424
Sonstige - Inland	6 462	6 9 4 5	6280	6 4 1 5	6384	6381
Ausland	2 876	3 259	3 2 7 8	3 079	3 069	3 043
Sonstige Vermögensübertragungen	429	413	397	358	356	356
an andere Bereiche	429	413	397	358	356	356
Sonstige - Inland	148	157	160	138	136	136
Ausland	282	256	237	220	220	220
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 409	4 838	11 660	7 120	4 798	4 582
Darlehensgewährung	2 490	4028	10854	6189	3 864	3 760
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 490	4 027	10 853	6188	3 863	3 760
Sozialversicherung	0	0	6 550	2 150	0	0
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	872	2 426	2 598	2 527	2 439	2 228
Ausland	1 618	1 601	1 705	1 511	1 425	1 532
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	806	931	934	822
Inland	13	13	1	1	1	1
Ausland	905	797	805	931	933	822
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>a</sup>	27 532	28 706	34 245	29 404	26 760	26 310
<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben	27 103	28 293	33 848	29 046	26 403	25 953
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	- 516	- 621	-1 296	-1 936	-8 771
Ausgaben zusammen	292 253	319 500	307 400	301 000	301 500	301 100

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe		Rechnung		in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	55 471	48 873	25 098	17 934	-	5 842
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 2 8 7	6 033	3 794	1324		915
2	Auswärtige Angelegenheiten	8 833	3 786	494	172	_	3 120
3	Verteidigung	32 212	31914	16110	14816	_	988
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 608	3 260	2 085	982	_	193
5	Rechtsschutz	362	351	247	87		16
6	Finanzverwaltung	4167	3 529	2 3 6 7	553	-	609
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	16 336	12 967	480	809	-	11 678
13	Hochschulen	3 423	2 428	10	9	-	2 409
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 185	2 185	-	-	-	2 185
15	Sonstiges Bildungswesen	541	477	9	67	-	401
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 496	7 3 7 5	461	727	-	6187
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	690	501	1	5	-	495
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	158 826	151 368	224	201	-	150 943
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	114096	107 546	47	-	-	107 498
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6 297	6 297	-	-	-	6 2 9 7
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 573	2 333	-	36	-	2 296
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	34122	33 993	49	94	-	33 851
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	232	232	-	-	-	232
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 507	968	128	71	-	769
3	Gesundheit und Sport	3 589	2 884	275	279	-	2 330
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	2 451	2 372	146	151	-	2 074
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	2 451	2372	146	151	-	2 074
32	Sport	132	110	-	5	-	105
33	Umwelt- und Naturschutz	412	225	81	68	-	75
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	594	177	47	54	-	76
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 087	779	-	16	-	763
41	Wohnungswesen	1 351	767	-	4	-	763
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	724	12	-	12	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 160	746	29	165	-	552
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	346	346	-	70	-	276
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	346	346	-	70	-	276
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	247	201	29	94	_	77

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	975	2 554	3 068	6 597	6 560
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	253	2	0	254	254
2	Auswärtige Angelegenheiten	106	2 432	2510	5 047	5 046
3	Verteidigung	217	81	-	297	261
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	308	40	_	348	348
5	Rechtsschutz	12	-	_	12	12
6	Finanzverwaltung	80	0	558	638	638
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	181	3 177	11	3 369	3 369
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten	_	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	64	-	64	64
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	180	1 930	11	2 121	2 121
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	189	-	189	189
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	896	6 551	7 458	7 098
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	6 550	6 550	6 5 5 0
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	238	1	240	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	123	-	129	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	534	-	538	538
3	Gesundheit und Sport	472	234	-	705	705
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	62	17	-	80	80
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	62	17	-	80	80
32	Sport	-	22	-	22	22
33	Umwelt- und Naturschutz	7	180	-	187	187
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	15	-	417	417
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 305	3	1 308	1 308
41	Wohnungswesen	-	581	3	584	584
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	12	-	12	12
44	Städtebauförderung	-	712	-	712	712
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	408	1	414	414
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung		-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	5	41	0	46	46

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 487	2 637	58	598	-	1 980
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	796	653	-	434	-	219
621	Kernenergie	282	202	-	-	-	202
622	Erneuerbare Energieformen	50	19	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	464	431	-	430	-	1
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 604	1 584	-	9	-	1 574
64	Handel	113	113	-	51	-	62
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	663	11	-	10	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2310	277	58	94	-	124
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 726	4 145	1 038	2 087	-	1 021
72	Straßen	7 254	965	-	880	-	85
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 721	839	510	289	-	40
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	343	11	-	-	-	11
75	Luftfahrt	206	194	46	20	-	129
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 201	2 136	482	898	-	757
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 068	12 142	-	7	-	12 135
81	Wirtschaftsunternehmen	10 785	6859	-	7	-	6852
832	Eisenbahnen	3 877	77	-	5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 908	6782	-	2	-	6780
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 283	5 283	-	-	-	5 2 8 3
873	Sondervermögen	5 283	5 283	-	-	-	5 283
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	36 651	37 234	592	330	36 042	270
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	308	270	-	-	-	270
92	Schulden	36 061	36061	-	19	36 042	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	281	903	592	311	-	0
Summe a	ller Hauptfunktionen	307 400	273 776	27 794	22 427	36 042	187 513

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	3 3 11			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	81	743	2 026	2 850	2 850
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	80	64	-	144	144
621	Kernenergie	80	-	-	80	80
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	33	-	33	33
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	21	-	21	21
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	652	-	652	652
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	7	2 0 2 6	2034	2 034
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 820	1 760	-	7 580	7 580
72	Straßen	4877	1412	-	6289	6 2 8 9
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	882	-	-	882	882
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	12	-	-	12	12
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	49	16	-	65	65
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	3 926	-	3 926	3 926
81	Wirtschaftsunternehmen	-	3 9 2 6	-	3 9 2 6	3 926
832	Eisenbahnen	-	3 801	-	3 801	3 801
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	125	-	125	125
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	ller Hauptfunktionen	7 545	15 040	11 660	34 245	33 848

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
Gegenstand der Nachweisung				Ist-Erg	gebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
_	wiid.e	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des								
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>								
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007 et-Ergebnisse	2008	2009	2010 Soll	2011 Entwurf
I. Gesamtübersicht							3011	Liicwaii
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292.3	319,5	307,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	9,3	- 3,8
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	238,9	249,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	- 7,3	4,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	-28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 80,6	- 57,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	-80,2	- 57,5
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,2	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,4	-0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	_	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	_		-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	27,7	27,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	-0,8	0,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	8,7	9,0
Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,3	14,7	15,0	15,1	14,4	14,0	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	/0		14,7		13,1	14,4	14,0	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	36,8	36,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	-3,5	- 1,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	11,5	11,7
Anteil an den Zinsausgaben des	%	58,3	57,9	58,6	59,8	61,3	60,1	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28,3	33,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	-4,4	15,4	-7,2	11,5	4,4	19,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,9	11,0
Anteil a. d. investiven Ausgaben des	/0	9,1	0,7		0,0	9,5	0,9	11,0
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,2	33,7	39,6	36,7	25,7	31,4	
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211,9	221,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 7,0	4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	66,3	72,1
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	88,7	88,9
Anteil am gesamten	%	42,1	41,7	42,7	42,6	43,5	41,5	
Steueraufkommen <sup>3</sup>								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 80,2	- 57,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	25,1	18,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	283,5	169,9
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des	%	58,6	59,7	99,3	59,0	37,8	105,7	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>								
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1 579,5	1694 1/2		
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1054		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Dezember 2009; 2009 u. 2010 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 <sup>4</sup>				
				in Mrd. €							
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>											
Ausgaben	620,7	615,3	627,7	638,5	649,2	675,0	727,9				
Einnahmen	552,9	549,9	575,1	598,0	648,5	667,7	637,6				
Finanzierungssaldo	-67,9	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-5,5	-88,5				
darunter:											
Bund <sup>2</sup>											
Ausgaben	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3				
Einnahmen	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7				
Finanzierungssaldo	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5				
Länder <sup>2</sup>											
Ausgaben	259,7	257,1	260,0	260,0	265,5	275,1	286,8				
Einnahmen	229,2	233,5	237,2	250,1	273,1	274,9	259,8				
Finanzierungssaldo	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-0,2	-27,0				
Gemeinden <sup>2</sup>											
Ausgaben	149,9	150,1	153,2	157,4	161,5	167,3	177,2				
Einnahmen	141,5	146,2	150,9	160,1	169,7	174,9	170,0				
Finanzierungssaldo	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,2	7,6	-7,2				
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %										
Öffentlicher Gesamthaushalt											
Ausgaben	1,3	-0,9	2,0	1,7	1,7	4,0	7,8				
Einnahmen	-0,6	-0,5	4,6	4,0	8,4	3,0	-4,5				
darunter:											
Bund											
Ausgaben	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5				
Einnahmen	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7				
Länder											
Ausgaben	0,7	-1,0	1,1	0,0	2,1	3,6	4,2				
Einnahmen	0,3	1,9	1,6	5,4	9,2	0,7	-5,5				
Gemeinden											
Ausgaben	-0,0	0,1	2,1	2,8	2,6	3,6	5,9				
Einnahmen	-3,3	3,3	3,3	6,0	6,0	3,1	-2,8				

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 <sup>4</sup>
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	-0,0	-0,2	-3,7
darunter:							
Bund	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4
Länder	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1
Gemeinden	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	-0,1	-0,8	-12,2
darunter:							
Bund	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8
Länder	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,1	-9,4
Gemeinden	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,1	4,6	-4,0
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,7	27,8	28,0	27,4	26,7	27,2	30,4
darunter:							
Bund	11,9	11,4	11,6	11,2	11,1	11,4	12,2
Länder	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,1	12,0
Gemeinden	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7	7,4
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	20,4	20,0	20,1	21,0	22,1	22,6	21,9

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Versorgungsfonds des Bundes, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere, Zweckverbände.

Stand: September 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bis einschließlich 2007 Rechnungsergebnisse.

 $<sup>^3</sup>$  Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum nominalen BIP.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Bund und Gemeinden: lst, Länder: vorl. lst.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen			
	inegeemt		dav	von		
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	
Jahr		in Mrd. €		in	%	
		Bundesrepublil	Deutschland			
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9	
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0	
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1	
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5	
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2	
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6	
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5	
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4	
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3	
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6	
2010 <sup>2</sup>	510,3	237,6	272,7	46,6	53,4	
2011 <sup>2</sup>	515,0	240,0	275,0	46,6	53,4	
2012 <sup>2</sup>	539,8	259,8	280,0	48,1	51,9	
2013 <sup>2</sup>	561,3	277,6	283,7	49,5	50,5	
2014 <sup>2</sup>	581,5	293,0	288,5	50,4	49,6	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	inanzstatistik²
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zu	m BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32
1965	23,5	34,1	23,1	32
1970	23,0	34,8	22,4	33
1975	22,8	38,1	23,1	37
1976	23,7	39,5	23,4	38
1977	24,6	40,4	24,5	39
1978	24,2	39,9	24,4	39
1979	23,9	39,6	24,3	39
1980	23,8	39,6	24,3	39
1981	22,8	39,1	23,7	39
1982	22,5	39,1	23,3	39
1983	22,5	38,7	23,2	39
1984	22,6	38,9	23,2	38
1985	22,8	39,1	23,4	39
1986	22,3	38,6	22,9	38
1987	22,5	39,0	22,9	38
1988	22,2	38,6	22,7	38
1989	22,7	38,8	23,4	39
1990	21,6	37,3	22,7	38
1991	22,0	38,9	22,0	38
1992	22,4	39,6	22,7	39
1993	22,4	40,2	22,6	39
1994	22,3	40,5	22,5	39
1995	21,9	40,3	22,5	40
1996	22,4	41,4	21,8	39
1997	22,2	41,4	21,3	39
1998	22,7	41,7	21,7	39
1999	23,8	42,5	22,5	40
2000	24,2	42,5	22,7	40
2001	22,6	40,8	21,1	38
2002	22,3	40,5	20,6	37
2003	22,3	40,6	20,4	37
2004	21,8	39,7	20,0	37
2005	22,0	39,7	20,1	36
2006	22,8	40,0	21,0	37
2007	23,7	40,1	22,1	37
2008	23,8	40,2	22,6	38
2009	23,5	40,6	21,9	37
2010	23	39 1/2	21	361

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2009. 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2010. 2010 Schätzung; Stand: Juli 2010.

 $<sup>^3\,</sup>Bis\,2007\,Rechnungsergebnisse.\,2008\,und\,2009\,Kassenergebnisse.\,2010\,Sch\"{a}tzung; Stand: Juli\,2010.$ 

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

		Ausgaben des Staates	
	:	darunt	er
	insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Soziaversicherungen <sup>3</sup>
Jahr		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,7
1965	37,1	25,4	11,
1970	38,5	26,1	12,
1975	48,8	31,2	17,
1976	48,3	30,5	17,
1977	47,9	30,1	17,
1978	47,0	29,4	17,
1979	46,5	29,3	17,
1980	46,9	29,6	17,
1981	47,5	29,7	17,
1982	47,5	29,4	18,
1983	46,5	28,8	17,
1984	45,8	28,2	17,
1985	45,2	27,8	17,
1986	44,5	27,4	17,
1987	45,0	27,6	17,
1988	44,6	27,0	17,
1989	43,1	26,4	16,
1990	43,6	27,3	16,
1991	46,3	28,2	18,
1992	47,2	28,0	19,
1993	48,2	28,3	19,
1994	47,9	27,8	20,
1995	48,1	27,6	20,
1996	49,3	27,9	21,
1997	48,4	27,1	21,
1998	48,0	27,0	21,
1999	48,1	26,9	21,

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

		Ausgaben des Staates					
		_					
	insgesamt	darunter					
	misgesume	Gebietskörperschaften³	Soziaversicherungen <sup>3</sup>				
Jahr		in Relation zum BIP in %					
2000	47,6	26,5	21,1				
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0	21,1				
2001	47,6	26,3	21,3				
2002	48,1	26,4	21,7				
2003	48,5	26,5	22,0				
2004	47,1	25,9	21,2				
2005	46,8	26,1	20,8				
2006	45,3	25,4	19,9				
2007	43,6	24,5	19,1				
2008	43,8	24,7	19,0				
2009	47,5	26,6	20,9				
2010	48	261/2	21				

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

 $<sup>2006\,</sup>bis\,2008\,vorl\"{a}ufiges\,Ergebnis\,der\,VGR; Stand: August\,2009.$ 

<sup>2009</sup> vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2010.

<sup>2010</sup> Schätzung; Stand: Juli 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken die Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Schulden	(Mio. €) <sup>1</sup>			
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 579 535	1 694 660
Bund	784615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 813
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887 915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	6 0 0 8	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
Kreditmarktmittel iwS	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 533
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	484 922	526 745
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 572	505 346
Kreditmarktmittel iwS	384773	414952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 392	503 009
Kassenkredite	7 350	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	233
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	986	1124	1 3 2 5	20 82
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	100 534	107531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	11410
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 33
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 38
Kassenkredite	10 670	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	3494
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	593 786	640 84
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 384 000	1 454 000	1524000	1 571 000	1 578 000	1 644 000	1 762 00
nachrichtlich:								
Extrahaushalte des Bundes	59210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	7 493

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			,	Anteil an den S	Schulden (in %)			
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,4	62,
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8	58,
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7	31,
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,6	37,
			Ar	nteil der Schuld	den am BIP (in	%)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,4	63,8	63,6	70,
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,8	39,4	39,7	44,
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,7	41,
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	19,9	19,5	22,
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,5	4,4	4,
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,9	26,
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,9	65,7	68,0	67,6	64,9	66,3	73,
				Schulden in	sgesamt (€)			
je Einwohner	15 487	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 70
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 3 2 6, 5	2 432,4	2 481,2	2 397,
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86

 $<sup>^1</sup> Kredit markt schulden im weiteren Sinne zzgl.\ Kassen kredite.$ 

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzu	ng der Volkswirtscha	aftlichen Gesar	ntrechungen²		Abgrenzung der Finanzstatistik		
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³	
Jahr		in Mrd. €			in Relation zum BIP i	in%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %	
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9			
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0	
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1	
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9	
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1	
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5	
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0	
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2	
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7	
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7	
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2	
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1	
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5	
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0	
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1	
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5	
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4	
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2	
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7	
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1	
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6	
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2	
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3	
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0	
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3	
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5	
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5	
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3	
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6	
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		-	
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2	
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7	
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1	
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0	
2005	-74,1	-70,2	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3	
2006	-37,1	-42,2	5,1	-1,6	-1,8	0,2	-40,5	-1,7	
2007	6,3	-4,6	10,9	0,3	-0,2	0,4	-0,6	0,0	
2008	2,8	-6,0	8,9	0,1	-0,2	0,4	-5,5	-0,2	
2009	-72,7	-59,3	-13,3	-3,0	-2,5	-0,6	-88,5	-3,7	
2010	-114	-109	-5	-4 1/2	-4 1/2	-0	-117 1/2	-5	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2010. 2010 Schätzung; Stand: Juli 2010.

 $<sup>^3\,</sup>Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Krankenh\"{a}user.\,2008\,und\,2009\,Kassenergebnisse.\,2010\,Sch\"{a}tzung;\,Stand:\,Juli\,2010.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken die Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	-1,6	0,2	0,0	-3,3	-5,0	-4,
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-6,0	-5,0	-5,0
Griechenland	-	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-3,6	-5,1	-7,7	-13,6	-9,3	-9,
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	1,0	2,0	1,9	-4,1	-11,2	-9,8	-8,8
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,3	-2,7	-3,3	-7,5	-8,0	-7,
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,0	4,8	1,6	3,0	0,1	-7,3	-14,3	-11,7	-12,
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,3	-5,0
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-6,1	-7,1	-7,7
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	1,4	3,6	2,9	-0,7	-3,5	-3,9
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,6	-2,2	-4,5	-3,8	-4,3	-3,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	0,2	0,7	-5,3	-6,3	-5,
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-1,5	-0,4	-0,4	-3,4	-4,7	-4,6
Portugal	-7,1	-8,6	-6,2	-5,0	-3,2	-6,1	-3,9	-2,6	-2,8	-9,4	-8,5	-7,9
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-3,5	-1,9	-2,3	-6,8	-6,0	-5,4
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,7	-1,4	-1,3	0,0	-1,7	-5,5	-6,1	-5,2
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	4,0	5,2	4,2	-2,2	-3,8	-2,9
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-1,3	-0,6	-2,0	-6,3	-6,6	-6,1
Bulgarien	-	-	-	-3,4	-0,3	1,9	3,0	0,1	1,8	-3,9	-2,8	-2,2
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	5,2	4,8	3,4	-2,7	-5,5	-4,9
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,5	2,6	-2,7	-1,7	-2,4	-2,4
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,5	-0,3	-4,1	-9,0	-8,6	-9,9
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-0,4	-1,0	-3,3	-8,9	-8,4	-8,5
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,6	-1,9	-3,7	-7,1	-7,3	-7,0
Rumänien	-	-	-	-2,1	-4,7	-1,2	-2,2	-2,5	-5,4	-8,3	-8,0	-7,4
Schweden	-	-	-	-7,4	3,7	2,3	2,5	3,8	2,5	-0,5	-2,1	-1,6
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-2,6	-0,7	-2,7	-5,9	-5,7	-5,7
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-9,3	-5,0	-3,8	-4,0	-4,1	-4,0
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-2,8	-4,9	-11,5	-12,0	-10,0
EU	-	-	-	-5,2	-0,4	-2,5	-1,4	-0,8	-2,3	-6,8	-7,2	-6,5
Japan	-4,5	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-1,6	-2,5	-2,0	-6,9	-6,7	-6,6
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,0	-2,7	-6,4	-11,1	-10,1	-9,9

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

 $<sup>^2\,</sup> Alle\, Angaben\, ohne\, einmalige\, UMTS-Erl\"{o}se.$ 

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP													
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011		
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	67,6	65,0	66,0	73,2	78,8	81,6		
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,9	107,9	92,1	88,1	84,2	89,8	96,7	99,0	100,9		
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	103,4	100,0	97,8	95,7	99,2	115,1	124,9	133,9		
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,3	59,3	43,0	39,6	36,2	39,7	53,2	64,9	72,5		
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,7	63,8	67,5	77,6	83,6	88,6		
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,8	27,6	24,9	25,0	43,9	64,0	77,3	87,3		
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	106,5	103,5	106,1	115,8	118,2	118,9		
Zypern	-	_	-	40,6	48,7	69,1	64,6	58,3	48,4	56,2	62,3	67,6		
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	6,5	6,7	13,7	14,5	19,0	23,6		
Malta	-	_	-	35,3	55,9	70,1	63,7	61,9	63,7	69,1	71,5	72,5		
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	47,4	45,5	58,2	60,9	66,3	69,6		
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,5	63,9	62,2	59,5	62,6	66,5	70,2	72,9		
Portugal	30,5	58,3	55,0	61,0	50,5	63,6	64,7	63,6	66,3	76,8	85,8	91,1		
Slowakei	-	_	-	22,1	50,3	34,2	30,5	29,3	27,7	35,7	40,8	44,0		
Slowenien	-	_	-	_	-	27,0	26,7	23,4	22,6	35,9	41,6	45,4		
Finnland	11,3	16,0	14,1	56,6	43,8	41,7	39,7	35,2	34,2	44,0	50,5	54,9		
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,5	69,5	70,1	68,3	66,0	69,4	78,7	84,7	88,5		
Bulgarien	-	-	-	-	74,3	29,2	22,7	18,2	14,1	14,8	17,4	18,8		
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,5	37,1	32,1	27,4	34,2	41,6	46,0	49,5		
Estland	-	-	-	9,0	5,1	4,6	4,5	3,8	4,6	7,2	9,6	12,4		
Lettland	-	-	-	15,1	12,3	12,4	10,7	9,0	19,5	36,1	48,5	57,3		
Litauen	-	_	-	11,5	23,7	18,4	18,0	16,9	15,6	29,3	38,6	45,4		
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	47,7	45,0	47,2	51,0	53,9	59,3		
Rumänien	-	_	-	7,0	22,5	15,8	12,4	12,6	13,3	23,7	30,5	35,8		
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,2	53,6	50,8	45,7	40,8	38,3	42,3	42,6	42,1		
Tschechien	-	_	-	14,6	18,5	29,7	29,4	29,0	30,0	35,4	39,8	43,5		
Ungarn	-	-	-	86,2	55,0	61,8	65,6	65,9	72,9	78,3	78,9	77,8		
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	42,2	43,5	44,7	52,0	68,1	79,1	86,9		
EU	_	_	-	69,6	63,2	62,7	61,4	58,8	61,6	73,6	79,6	83,8		
Japan	51,4	67,7	68,4	92,5	142,1	191,6	191,3	187,8	172,0	189,2	193,5	194,9		
USA	43,9	56,1	64,3	71,5	55,0	61,7	61,2	62,2	70,7	84,5	94,1	103,0		

#### Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land				Steuern in	% des BIP			
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008
Deutschland <sup>2,3</sup>	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	21,9	22,9	23,1
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,0	30,3	30,3
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	47,9	47,3
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,3	31,1	30,8
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,8	27,4	27,0
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,4	20,3
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	27,6	26,1	23,3
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,6	30,4	29,8
Japan	15,2	18,0	21,4	17,9	17,5	17,7	18,0	k.A.
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,5	27,5
Luxemburg	16,7	25,3	26,0	27,3	29,1	26,0	26,4	27,5
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,1	24,0	k.A.
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	35,2	34,6	33,2
Österreich	25,2	26,8	26,6	26,5	28,5	27,3	28,0	28,6
Polen	-	-	-	25,2	19,8	21,4	22,9	k.A.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	24,3	24,7	24,6
Schweden	32,2	33,0	38,0	34,4	38,1	36,6	35,7	35,4
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,7	22,2	22,6
Slowakei	-	-	-	-	20,0	17,9	17,7	17,4
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,3	24,4	25,1	20,9
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	20,8	21,1	20,6
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,2	26,6	26,9
Vereinigtes Königreich	31,9	29,0	29,5	28,0	30,2	30,3	29,5	28,8
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	21,3	21,7	20,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

Stand: November 2009.

 $<sup>^2</sup> Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$ 

 $<sup>^3</sup>$  1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP												
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008					
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	35,6	36,2	36,4					
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,4	43,9	44,3					
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,6	48,7	48,3					
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,5	43,0	42,8					
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	44,0	43,5	43,1					
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,2	32,0	31,3					
Irland	28,5	31,1	33,1	32,5	31,3	31,7	30,8	28,3					
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	42,3	43,3	43,2					
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	28,0	28,3	k.A.					
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,5	33,3	32,2					
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	35,8	36,5	38,3					
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,9	37,5	k.A.					
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	44,0	43,6	42,1					
Österreich	33,8	38,9	39,6	41,4	43,2	41,8	42,3	42,9					
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,0	34,9	k.A.					
Portugal	18,4	22,9	27,7	32,1	34,1	35,5	36,4	36,5					
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,0	48,3	47,1					
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,3	28,9	29,4					
Slowakei	-	-	-	-	34,1	29,4	29,4	29,3					
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	36,7	37,2	33,0					
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,1	37,4	36,6					
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,1	39,5	40,1					
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	36,6	36,1	35,7					
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,2	28,3	26,9					

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

Stand: November 2009.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$ 

 $<sup>^3</sup>$  1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land					Gesamtau	sgaben des	Staates in :	% des BIP				
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland <sup>1</sup>	46,9	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,7	43,7	48,0	48,3	47,5
Belgien	55,0	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,5	48,4	50,0	53,6	53,8	54,0
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,9	54,3	55,0	55,0
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,2	55,1	54,8
Griechenland	-	-	44,8	45,7	46,6	43,7	42,6	44,1	48,3	50,0	49,4	49,8
Irland	-	53,3	42,8	41,2	31,4	33,7	34,2	36,2	42,0	46,9	49,1	48,4
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,6	50,8	50,5
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,3	36,2	37,7	43,3	43,9	43,6
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,9	43,7	42,5	45,0	45,7	46,3	46,4
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,5	45,9	49,5	50,9	50,7
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	50,0	49,5	48,7	48,9	52,3	52,6	52,4
Portugal	33,3	38,6	39,7	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	51,6	51,5	52,0
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,2	44,5	42,4	44,2	49,5	50,2	49,9
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,1	45,2	45,6	45,3
Zypern	-	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,6	44,4	47,8	48,0
Euroraum	-	-	-	50,6	46,3	47,3	46,6	46,0	46,8	50,4	50,5	50,2
Bulgarien	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,3	39,5	39,5	38,7
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,9	55,9	57,6	56,4
Estland	-	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	34,8	39,9	44,8	46,7	45,4
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,5	38,2	35,8	38,8	43,8	45,7	45,1
Litauen	-	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	45,9	46,0	46,0
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,3	44,0	46,1	45,9
Rumänien	-	-	-	35,9	38,5	33,5	35,3	36,0	38,4	39,4	38,6	37,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	55,9	55,6	54,6
Slowakei	-	-	-	48,6	52,2	38,0	36,9	34,4	34,8	37,5	37,5	36,9
Tschechien	-	-	-	-	41,8	45,0	43,8	42,6	43,0	46,9	46,5	46,6
Ungarn	-	-	-	56,2	46,8	50,1	51,9	49,8	49,3	50,0	49,4	49,0
Vereinigtes Königreich	47,6	44,6	41,1	43,9	36,8	44,1	44,0	44,0	47,3	51,2	52,1	50,7
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,4	50,6	50,1
USA	34,2	37,3	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,7	38,8	42,2	43,8	44,2
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,2	36,0	37,2	40,5	41,6	42,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2009.

 $\label{thm:prop:prop:control} \textbf{Quelle: EU-Kommission } \textbf{,} \textbf{Statistischer Anhang der Europ\"{aischen Wirtschaft"}.}$ 

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

		Eu-Haush	alt 2008 <sup>1</sup>			EU-Haus	shalt 2009²		
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	igen	Verpflich	tungen	Zahlu	ngen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Rubrik									
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6	
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4			
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3	
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1	
4. Die EU als globaler Akteur	7311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2	
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2			
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6	
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2	
Gesamtbetrag	131 079,6	100,0	115 771,3	100,0	133 846,0	100,0	116 096,1	100,0	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Differenz ir	n%	Differenz in	⁄lio.€	
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4	
Rubrik	10	11	12	13	
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8	
davon Globalisier ungsanpassungsfonds	0,0	-	0,0	0,0	
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 0,3	- 1,2	- 193,3	- 651,0	
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	- 12,9	- 111,0	- 192,5	
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0	
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0	
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0	
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5	
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2 766,3	324,8	

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

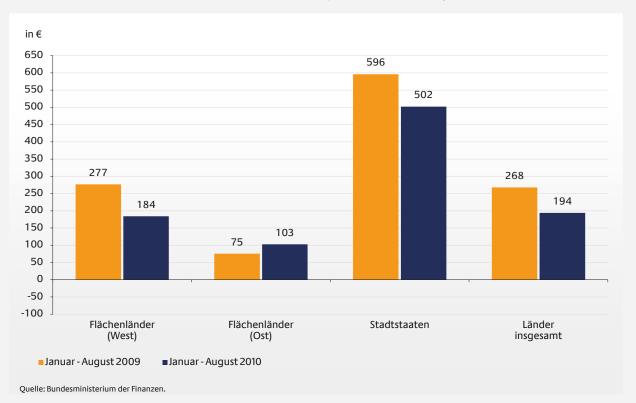
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010

	Flächenlän	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	177 394	118 880	49 985	31 162	32 801	21 505	254 459	167 65
darunter:								
Steuereinnahmen	134010	90 444	25 519	17 061	20 649	13 538	180 178	121 04
Übrige Einnahmen	43 384	28 436	24 465	14 101	12 152	7 967	74 281	46 61
Bereinigte Ausgaben	201 577	130 470	53 145	32 491	37 132	24 459	286 134	183 53
darunter:								
Personalausgaben	79 271	53 618	13 009	8 034	11 525	7 572	103 805	69 22
Lfd. Sachaufwand	13 293	8 5 1 0	3 827	2 232	7 732	5 3 6 0	24852	1610
Zinsausgaben	13 761	9 643	3 187	2 005	4110	2 832	21 058	1448
Sachinvestitionen	4922	2 189	2 074	754	1 333	495	8 329	3 43
Zahlungen an Verwaltungen	54 149	32 531	18 942	11 964	635	451	68 006	41 05
Übrige Ausgaben	36 181	23 980	12 107	7 503	11 797	7 7 4 9	60 084	39 23
Finanzierungssaldo	-24 180	-11 591	-3 160	-1 329	-4 323	-2 954	-31 663	-15 87

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2009/2010



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2010

						in Mio. €				
		,	August 2009			Juli 2010			August 2010	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
I	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende	166 641	165 862	321 392	143 120	147 877	281 367	160 620	167 657	317 453
11	Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden Rechnung	162 979	157 075	320 054	139 462	139 885	279 348	156 792	158 838	315 629
111	Steuereinnahmen	144318	124 625	268 943	123 245	106 759	230 003	139 419	121 043	260 46
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	7 903	27 150	35 052	1 489	26 040	27 529	1 706	30 156	31 86
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 332	2 332	-	1 200	1 200	-	1 200	1 20
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 662	6 893	10 555	3 658	7 991	11 649	3 829	8 820	12 64
121	Veräußerungserlöse	2 130	267	2 397	1 822	204	2 0 2 6	1 862	223	2 08
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 835	41	1876	1 480	64	1 544	1 490	64	1 55
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	384	4 435	4819	462	5 758	6 220	461	6314	6 77
_	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup>	100 420	107.767	272.002	100 130	162.652	241 151	200 071	102 521	202 57
2	für das laufende Haushaltsjahr	196 426	187 767	373 083	188 128	162 652	341 151	209 871	183 531	382 57
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	181 062	164012	345 074	175 394	147 803	323 197	195 146	166 291	361 43
211	Personalausgaben	18 863	67 152	86 015	17 075	61 011	78 087	19 456	69 224	88 67
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	5 070	19 015	24 085	4808	17 506	22 314	5 443	19 839	25 28
212	Laufender Sachaufwand	12 046	15 565	27 611	10 436	14 175	24610	11 954	16 101	28 05
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	5 602	10 286	15 888	4919	9 418	14336	5 640	10 657	16 29
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	31 735	15 158	46 892	28 858	13 247	42 105	29 109	14 480	43 58
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	9 490	36 633	46 124	8 124	31 026	39 149	9 389	34792	44 18
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	323	323	-	- 419	- 419	-	- 514	- 51
2142	Zuweisungen an Gemeinden	15	33 806	33 821	8	29 355	29 364	11	32 957	32 96
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	15 364	22 930	38 293	12 734	14849	27 583	14726	17 240	31 96
221	Sachinvestitionen	4 2 2 4	3 150	7374	3 092	2 8 6 6	5 958	3 792	3 438	7 23
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	3 098	5 193	8 291	2 623	5 422	8 045	2814	6 2 6 5	9 07
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	15 050	22 566	37 616	12 435	14 446	26 880	14414	16 832	31 24

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2010

						in Mio. €				
		A	August 2009			Juli 2010		,	August 2010	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-29 747 <sup>2</sup>	-21 904	-51 652	-44 982 <sup>2</sup>	-14 776	-59 758	-49 202 <sup>2</sup>	-15 874	-65 07
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	171 244	58 354	229 599	183 712	46 750	230 462	207 329	52 787	260 11
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	150 068	54 606	204 674	153 241	51 028	204 269	165 988	54004	21999
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	21 176	3 745	24922	30 471	-4279	26 192	41 341	-1217	40 12
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	- 505	4 208	3 703	452	6 032	6 484	-9 046	6772	-2 27
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	16 164	16 164	-	15 058	15 058	-	15 291	15 29
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	505	-5 302	-4 797	- 450	-8 698	-9 148	9 046	-7 559	1 48

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2010

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
I	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	21 658	26 377 a	5 744	11 859	4 058	14 300	31 139	7 521	1 70
1	Einnahmen der laufenden Rechnung	20712	25 314	5 358	11 434	3 703	13 693	29 780	7 194	1 67
11	Steuereinnahmen	15 550	20 417	3 271	9382	2 078	10561	24 262	5 3 7 4	1 36
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 829	2 638	1 744	1 329	1 419	1 696	3 599	1 336	22
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	90	-	75	52	110	62	
122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	230	-	275	95	119	158	!
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	947	1063 a	387	425	355	607	1 359	328	Ž
121	Veräußerungserlöse	5	11	17	4	1	6	8	1	
211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	5	-	-	5	1	-	
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	687	807	197	412	199	529	1 065	217	
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	23 114	26 492 b	6 216	13 430	4 270	15 684	34 429	9 087	2 6
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	20 941	23 853 b	5 405	12 313	3 727	14691	31 365	8 191	24
211	Personalausgaben	10 175	11 803	1519	5 071	1 064	6 2 0 3 <sup>2</sup>	13 306 <sup>2</sup>	3 709	9
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 240	3 472	105	1 658	63	1 953	4514	1 123	3
212	Laufender Sachaufwand	1 137	1909 <sup>e</sup>	347	1 099	262	1 066	2 152	635	1.
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1014	1 554 °	285	900	232	893	1 575	538	1
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 423	846 f	470	1 142	236	1 248	3 268	672	3:
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4756	6 5 1 5	2 018	3 004	1 345	3 659	6 788	1 987	2
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	745	2 006	-	1 025	-	-	90	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 970	4 454	1 703	1 955	1 135	3 658	6 644	1 958	2
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 172	2 639	811	1 117	543	994	3 064	896	2
21	Sachinvestitionen	441	852	31	373	127	149	177	76	
22	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	990	905	361	476	233	262	1 434	328	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 103	2 573	811	1 080	543	993	2 929	873	2

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 455	- 115	c - 472	-1 571	- 212	-1 384	-3 290	-1 565	- 99
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	5 170	3 440	4 3 5 6	3 3 6 7	- 130	4181	11 520	4 586	1 20
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	3 415	2 794	4 357	3 828	802	3 953	11 876	5 419	53
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	1 754	646	4 358	- 461	-932	229	- 356	-833	66:
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	4 3 5 1	634	-	-	1 558	1 627	4
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	923	3 712	4352	679	992	2 221	529	2	49
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 16	-	4 353	-1 352	27	886	-1 463	-1 626	16

 $<sup>^1</sup> In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne August-Bezüge.

 $<sup>^3</sup>$  BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 18,2 Mio. €, b) 211,6 Mio. €, c) -193,4 Mio. €, d) 1539,2 Mio. €, e) 1,1 Mio. €, f) 210,5 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August

					in N	lio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte  Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende  Haushaltsjahr	10 391	5 654	4 813	5 315	12 925	2 118	6 509	167 65
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	8 984	5 239	4 634	4808	12370	2 029	6 3 4 1	158 83
111	Steuereinnahmen	5 691	3 079	3 536	2 942	6 853	1 408	5 2 7 7	121 04
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 857	1 881	762	1 618	4338	427	461	30 15
1121	darunter: Allgemeine BEZ	156	87	20	84	379	69	-	1 20
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	533	303	67	287	2 111	197	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 407	416	179	507	555	90	168	8 82
121	Veräußerungserlöse	0	4	2	11	143	0	7	22
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	2	1	-	46	-	1	6
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 123	214	128	218	296	69	132	631
	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup>								
2	für das laufende Haushaltsjahr	9 694	6 288	6 032	6 023	14 442	2 898	7 165	183 53
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	8 379	5 640	5 619	5 385	13 571	2 654	6 548	166 29
211	Personalausgaben	2 392	1 533	2 3 6 3	1 526	4 5 2 1	922	2 129	69 22
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	116	101	824	89	1 151	309	746	19 83
212	Laufender Sachaufwand	582	638	354	403	3 122	503	1 735	16 10
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	461	230	308	251	1 454	239	579	10 65
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	234	554	651	510	1 760	402	671	14 48
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 370	1 759	1 429	1 952	175	58	114	3479
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	47	- 51
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 651	1 460	1 375	1 697	5	3	6	32 95
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 315	648	413	638	872	244	618	17 24
221	Sachinvestitionen	343	116	105	138	196	48	252	3 43
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	456	279	168	191	70	62	19	6 26
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 315	648	412	638	822	244	601	1683

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	697	- 634	-1 219	- 708	-1 518	- 780	- 657	-15 874
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-2 801	3 220	2 524	1 597	9 526	3 673	- 235	52 787
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	690	2 343	2 224	1 573	7 923	3 613	-	54 004
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 491	877	300	24	1 603	60	- 235	-1 217
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 536	-	380	-	205	91	6772
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 661	71	-	101	371	362	2 172	15 291
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 82	-1 556	-774	223	8	- 204	- 422	-7 559

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne August-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 18,2 Mio. €, b) 211,6 Mio. €, c) -193,4 Mio. €, d) 1539,2 Mio. €, e) 1,1 Mio. €, f) 210,5 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote <sup>4</sup>
Jahr	in Mio. Veränderung in % p.a.		in%	in Mio.	in%	Veränderung in % p.a.		.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,4	2,7	3,1	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,7	1,0	1,0	18,7
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,0	-0,4	-0,2	19,0
2009	40,3	0,0	53,0	3,2	7,4	-4,7	-4,7	-2,2	17,6
2004/99	38,9	0,2	51,5	3,6	8,4	1,1	0,8	1,5	19,4
2009/04	39,5	0,7	52,6	3,8	8,8	0,6	-0,1	0,6	18,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, eigene \, Berechnungen.$ 

Stand: August 2010.

 $<sup>^2\,</sup>Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $<sup>^{\</sup>rm 4}$  Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	a.		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,8	0,4	-1,4	0,9	1,1	1,6	-1,7
2007	4,6	1,8	0,5	1,7	1,9	2,3	-0,2
2008	2,0	1,0	-1,2	1,6	1,8	2,6	2,4
2009	-3,4	1,4	4,0	0,0	0,0	0,4	5,7
2004/99	1,9	0,8	-0,5	1,0	1,3	1,5	0,4
2009/04	1,6	1,1	0,1	1,1	1,2	1,7	1,0

 $<sup>^{1}</sup> Ohne \, private \, Organisation en \, ohne \, Erwerbszweck.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2010.

 $<sup>^2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mr	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,5	14,9	133,0	153,8	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,1	5,0	172,8	186,5	46,9	39,8	7,1	7,7
2008	3,2	5,2	159,5	166,6	47,5	41,0	6,4	6,7
2009	-16,9	-15,5	118,5	119,7	40,8	35,9	4,9	5,0
2004/99	7,5	5,1	60,6	24,3	34,6	31,8	2,8	1,1
2009/04	2,9	3,1	135,9	141,6	43,4	37,6	5,8	6,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno		Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer)
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
Jahr	V	eränderung in % p.a	a.	in	%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	5,0	11,5	1,7	64,6	66,2	1,0	-1,2
2007	3,3	4,3	2,7	64,3	65,8	1,6	-0,6
2008	1,8	-1,4	3,6	65,4	66,8	2,2	-0,4
2009	-4,2	-12,6	0,2	68,4	69,9	-0,2	-0,3
2004/99	2,4	4,6	1,4	70,9	71,9	1,3	0,5
2009/04	1,4	1,1	1,5	66,2	67,7	1,0	-0,7

 $<sup>^1</sup> Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volkseinkommens.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche\	Veränderun	ıgen in %				
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	0,8	3,2	2,5	1,3	- 5,0	1,2	1,6
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,8	2,8	2,9	1,0	- 3,1	1,3	1,6
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	2,2	4,5	4,5	2,0	- 2,0	-3,0	- 0,5
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,6	4,0	3,6	0,9	- 3,6	-0,4	0,8
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,9	2,2	2,3	0,4	- 2,2	1,3	1,5
Irland	3,1	7,6	9,8	9,4	6,2	5,4	6,0	-3,0	- 7,1	-0,9	3,0
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	0,7	2,0	1,5	- 1,3	- 5,0	0,8	1,4
Zypern	-	-	9,9	5,0	3,9	4,1	5,1	3,6	- 1,7	-0,4	1,3
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	5,4	5,6	6,5	0,0	-3,4	2,0	2,4
Malta	-	-	6,2	6,4	3,9	3,6	3,8	2,1	- 1,9	1,1	1,7
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,0	3,4	3,6	2,0	- 4,0	1,3	1,6
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	3,5	3,5	2,0	-3,6	1,3	1,6
Portugal	1,6	7,9	2,3	3,9	0,9	1,4	1,9	0,0	- 2,7	0,5	0,7
Slowakei	-	_	5,8	1,4	6,7	8,5	10,6	6,2	- 4,7	2,7	3,6
Slowenien	-	_	4,1	4,4	4,5	5,8	6,8	3,5	- 7,8	1,1	1,8
Finnland	3,3	0,5	4,0	5,3	2,9	4,4	4,9	1,2	- 7,8	1,4	2,1
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	1,7	3,0	2,8	0,6	- 4,1	0,9	1,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	6,2	6,3	6,2	6,0	- 5,0	0,0	2,7
Dänemark	4,0	1,6	3,1	3,5	2,4	3,4	1,7	- 0,9	- 4,9	1,5	1,8
Estland	-	-	4,5	10,0	9,4	10,0	7,2	- 3,6	- 14,1	0,9	3,8
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 18,0	-3,5	3,3
Litauen	-	_	3,3	3,3	7,8	7,8	9,8	2,8	- 15,0	-0,6	3,2
Polen	-	_	7,0	4,3	3,6	6,2	6,8	5,0	1,7	2,7	3,3
Rumänien	-	_	7,1	2,4	4,2	7,9	6,3	7,3	- 7,1	0,8	3,5
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	3,3	4,2	2,5	- 0,2	- 4,9	1,8	2,5
Tschechien	-	_	5,9	3,6	6,3	6,8	6,1	2,5	- 4,2	1,6	2,4
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,5	4,0	1,0	0,6	- 6,3	0,0	2,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,1	3,9	2,2	2,9	2,6	0,5	- 4,9	1,2	2,1
EU	2,5	3,0	2,6	3,9	2,0	3,2	2,9	0,7	- 4,2	1,0	1,7
Japan	6,3	5,6	1,9	2,9	1,9	2,0	2,4	- 1,2	- 5,2	2,1	1,5
USA	4,1	1,9	2,5	4,2	3,1	2,7	2,1	0,4	- 2,4	2,8	2,5

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	1,9	1,8	2,3	2,8	0,2	1,3	1,5
Belgien	2,5	2,3	1,8	4,5	0,0	1,6	1,6
Griechenland	3,5	3,3	3,0	4,2	1,3	3,1	2,1
Spanien	3,4	3,6	2,8	4,1	-0,3	1,6	1,6
Frankreich	1,9	1,9	1,6	3,2	0,1	1,4	1,6
Irland	2,2	2,7	2,9	3,1	- 1,7	- 1,3	0,8
Italien	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8	2,0
Zypern	2,0	2,2	2,2	4,4	0,2	2,7	2,5
Luxemburg	3,8	3,0	2,7	4,1	0,0	2,6	2,0
Malta	2,5	2,6	0,7	4,7	1,8	2,0	2,1
Niederlande	1,5	1,7	1,6	2,2	1,0	1,3	1,5
Österreich	2,1	1,7	2,2	3,2	0,4	1,3	1,5
Portugal	2,1	3,0	2,4	2,7	- 0,9	1,0	1,4
Slowakei	2,8	4,3	1,9	3,9	0,9	1,3	2,8
Slowenien	2,5	2,5	3,8	5,5	0,9	1,8	2,0
Finnland	0,8	1,3	1,6	3,9	1,6	1,7	1,9
Euroraum	2,2	2,2	2,1	3,3	0,3	1,5	1,7
Bulgarien	6,0	7,4	7,6	12,0	2,5	2,3	2,7
Dänemark	1,7	1,9	1,7	3,6	1,1	2,3	1,5
Estland	4,1	4,4	6,7	10,6	0,2	1,3	2,0
Lettland	6,9	6,6	10,1	15,3	3,3	-3,2	-0,7
Litauen	2,7	3,8	5,8	11,1	4,2	- 0,1	1,4
Polen	2,2	1,3	2,6	4,2	4,0	2,4	2,6
Rumänien	9,1	6,6	4,9	7,9	5,6	4,3	3,0
Schweden	0,8	1,5	1,7	3,3	1,9	1,7	1,6
Tschechien	1,6	2,1	3,0	6,3	0,6	1,0	1,3
Ungarn	3,5	4,0	7,9	6,0	4,0	4,6	2,8
Vereinigtes Königreich	2,1	2,3	2,3	3,6	2,2	2,4	1,4
EU	2,3	2,3	2,4	3,7	1,0	1,8	1,7
Japan	- 0,3	0,3	0,0	1,4	-1,4	- 0,5	-0,4
USA	3,4	3,2	2,8	3,8	- 0,4	1,7	0,3

Quelle:

EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land				iı	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	9,8	8,4	7,3	7,5	7,8	7,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,5	7,0	7,9	8,8	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,9	8,3	7,7	9,5	11,8	13,2
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,5	8,3	11,3	18,0	19,7	19,8
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	8,4	7,8	9,5	10,2	10,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	4,5	4,6	6,3	11,9	13,8	13,4
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,8	6,1	6,7	7,8	8,8	8,8
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,6	4,0	3,6	5,3	6,7	7,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,2	4,9	5,4	6,1	6,4
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	7,1	6,4	5,9	6,9	7,3	7,2
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,7	3,9	3,2	2,8	3,4	4,9	5,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	3,8	4,8	5,1	5,4
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	7,8	8,1	7,7	9,6	9,9	9,9
Slowakei	-	_	13,2	18,8	16,3	13,4	11,1	9,5	12,0	14,1	13,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	6,0	4,9	4,4	5,9	7,0	7,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,2	9,5	9,2
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,4	9,0	8,3	7,5	7,5	9,4	10,3	10,4
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	9,0	6,9	5,6	6,8	7,9	7,3
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,9	3,8	3,3	6,0	6,9	6,5
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	5,9	4,7	5,5	13,8	15,8	14,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,8	6,0	7,5	17,1	20,6	18,8
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,6	4,3	5,8	13,7	16,7	16,3
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	13,9	9,6	7,1	8,2	9,2	9,4
Rumänien	-	-	6,0	7,3	7,2	7,3	6,4	5,8	6,9	8,5	7,9
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	7,0	6,1	6,2	8,3	9,2	8,8
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	7,2	5,3	4,4	6,7	8,3	8,0
Ungarn	_	-	10,0	6,4	7,2	7,5	7,4	7,8	10,0	10,8	10,1
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,4	5,3	5,6	7,6	7,8	7,4
EU	9,4	7,2	10,0	8,7	8,9	8,2	7,1	7,0	8,9	9,8	9,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,1	5,3	5,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	4,6	5,8	9,3	9,7	9,8

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010.

Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoir	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %				in % des n ruttoinlar	ominalen idprodukts	5
	2008	2009	2010 <sup>1</sup>	2011 <sup>1</sup>	2008	2009	2010 <sup>1</sup>	2011 <sup>1</sup>	2008	2009	2010 <sup>1</sup>	2011 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	5,3	-6,5	4,3	4,6	15,6	11,2	7,0	7,9	4,9	2,6	3,8	3,0
darunter												
Russische Föderation	5,2	-7,9	4,0	4,3	14,1	11,7	6,6	7,4	6,2	4,0	4,7	3,7
Ukraine	2,1	-15,1	3,7	4,5	25,2	15,9	9,8	10,8	-7,1	-1,5	-0,4	-1,3
Asien	7,7	6,9	9,4	8,4	7,5	3,1	6,1	4,2	5,9	4,1	3,0	3,0
darunter												
China	9,6	9,1	10,5	9,6	5,9	-0,7	3,5	2,7	9,6	6,0	4,7	5,1
Indien	6,4	5,7	9,7	8,4	8,3	10,9	13,2	6,7	-2,0	-2,9	-3,1	-3,1
Indonesien	6,0	4,5	6,0	6,2	9,8	4,8	5,1	5,5	0,0	2,0	0,9	0,1
Korea	2,3	0,2	6,1	4,5	4,7	2,8	3,1	3,4	-0,6	5,1	2,6	2,9
Thailand	2,5	-2,2	7,5	4,0	5,5	-0,8	3,0	2,8	0,6	7,7	3,6	2,5
Lateinamerika	4,3	-1,7	5,7	4,0	7,9	6,0	6,1	5,8	-0,7	-0,6	-1,2	-1,6
darunter												
Argentinien	6,8	0,9	7,5	4,0	8,6	6,3	10,6	10,6	1,5	2,0	1,7	1,2
Brasilien	5,1	-0,2	7,5	4,1	5,7	4,9	5,0	4,6	-1,7	-1,5	-2,6	-3,0
Chile	3,7	-1,5	5,0	6,0	8,7	1,7	1,7	3,0	-1,5	2,6	-0,7	-2,0
Mexiko	1,5	-6,5	5,0	3,9	5,1	5,3	4,2	3,2	-1,5	-0,6	-1,2	-1,4
Sonstige												
Türkei	0,7	-4,7	7,8	3,6	10,4	6,3	8,7	5,7	-5,7	-2,3	-5,2	-5,4
Südafrika	3,7	-1,8	3,0	3,5	11,5	7,1	5,6	5,8	-7,1	-4,0	-4,3	-5,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2010.

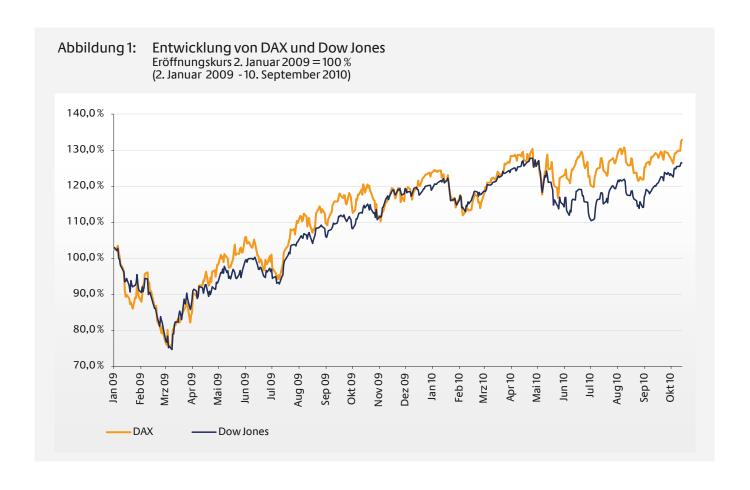


Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
Automidizes	14.10.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dow Jones	11 097	10 428	6,41	6 547	11 205
Eurostoxx 50	2 836	2 966	-4,39	1810	3 018
Dax	6 455	5 957	8,36	3 666	6 455
CAC 40	3 819	3 936	-2,98	2 519	4 0 6 6
Nikkei	9 584	10 546	-9,13	7 055	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	14.10.2010	2009	US-Bond	2009/2010	2009/2010
USA	3,52	3,88	-	2,22	4,03
Deutschland	2,30	3,40	-1,22	2,11	3,70
Japan	0,89	1,30	-2,63	0,85	1,57
Vereinigtes Königreich	2,92	4,08	-0,60	2,84	4,31
Wähmingen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
Währungen	14.10.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dollar/Euro	1,41	1,44	-2,12	1,19	1,51
Yen/Dollar	81,45	92,40	-11,85	81,45	101,11
Yen/Euro	114,43	133,16	-14,07	106,19	138,09
Pfund/Euro	0,88	0,89	-1,00	0,81	0,96

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	1,3	-4,7	3,4	1,6	2,8	0,2	1,1	1,5	7,3	7,5	7,8	7,8
OECD	1,0	-4,9	1,9	2,1	2,8	0,2	1,3	1,0	7,2	7,4	7,6	8,0
IWF	1,0	-4,7	3,3	2,0	2,8	0,2	1,3	1,4	7,3	7,5	7,1	7,1
USA												
EU-KOM	0,4	-2,4	2,8	2,5	3,8	-0,4	1,7	0,3	5,8	9,3	9,7	9,8
OECD	0,4	-2,4	3,2	3,2	3,8	-0,3	1,9	1,1	5,8	9,3	9,7	8,9
IWF	0,0	-2,6	2,6	2,3	3,8	-0,3	1,4	1,0	5,8	9,3	9,7	9,6
Japan												
EU-KOM	-1,2	-5,2	2,1	1,5	1,4	-1,4	-0,5	-0,4	4,0	5,1	5,3	5,3
OECD	-1,2	-5,2	3,0	2,0	1,4	-1,4	-0,7	-0,3	4,0	5,1	4,9	4,7
IWF	-1,2	-5,2	2,8	1,5	1,4	-1,4	-1,0	-0,3	4,0	5,1	5,1	5,0
Frankreich												
EU-KOM	0,4	-2,6	1,6	1,5	3,2	0,1	1,6	1,6	7,8	9,5	10,2	10,1
OECD	0,3	-2,5	1,7	2,1	3,2	0,1	1,7	1,1	7,4	9,1	9,8	9,5
IWF	0,1	-2,5	1,6	1,6	3,2	0,1	1,6	1,6	7,8	9,4	9,8	9,8
Italien												
EU-KOM	-1,3	-5,0	1,1	1,4	3,5	0,8	1,6	2,0	6,7	7,8	8,8	8,8
OECD	-1,3	-5,1	1,1	1,5	3,5	0,8	1,2	1,0	6,8	7,8	8,7	8,8
IWF	-1,3	-5,0	1,0	1,0	3,5	0,8	1,6	1,7	6,8	7,8	8,7	8,6
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	0,5	-4,9	1,7	2,1	3,6	2,2	3,0	1,4	5,6	7,6	7,8	7,4
OECD	0,5	-4,9	1,3	2,5	3,6	2,2	3,0	1,5	5,7	7,6	8,1	7,9
IWF	-0,1	-4,9	1,7	2,0	3,6	2,1	3,1	2,5	5,6	7,5	7,9	7,4
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	0,4	-2,7	3,6	3,2	2,4	0,3	1,6	1,7	6,2	8,3	7,9	7,2
IWF	0,5	-2,5	3,1	2,7	2,4	0,3	1,8	2,0	6,2	8,3	8,0	7,5
Euroraum												
EU-KOM	0,6	-4,1	1,7	1,5	3,3	0,3	1,4	1,7	7,5	9,4	10,3	10,4
OECD	0,5	-4,1	1,2	1,8	3,3	0,3	1,4	1,0	7,5	9,4	10,1	10,1
IWF	0,5	-4,1	1,7	1,5	3,3	0,3	1,6	1,5	7,6	9,4	10,1	10,0
EZB	-	-4,0	1,6	1,4	-	0,3	1,6	1,7	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	0,7	-4,2	1,8	1,7	3,7	1,0	1,8	1,7	7,0	8,9	9,8	9,7
IWF	0,8	-4,1	1,7	1,7	-	-	-	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010. Interimsprognose, September 2010 (nur für die Jahre 2009 u. 2010; nur BIP und Verbraucherpreise). OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2010.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Sept. 2010 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	1,0	-3,1	1,3	1,6	4,5	0,0	1,6	1,6	7,0	7,9	8,8	9,0
OECD	0,8	-3,0	1,4	1,9	4,5	0,0	1,8	1,4	7,0	7,9	8,2	8,3
IWF	0,8	-2,7	1,6	1,7	4,5	0,0	2,0	1,9	7,0	7,7	8,7	8,5
Finnland												
EU-KOM	1,2	-7,8	1,4	2,1	3,9	1,6	1,7	1,9	6,4	8,2	9,5	9,2
OECD	1,2	-7,8	1,7	2,5	3,9	1,6	1,7	1,4	6,4	8,3	9,4	9,0
IWF	0,9	-8,0	2,4	2,0	3,9	1,6	1,4	1,8	6,4	8,3	8,8	8,7
Griechenland												
EU-KOM	2,0	-2,0	-3,0	-0,5	4,2	1,3	3,1	2,1	7,7	9,5	11,8	13,2
OECD	2,0	-2,0	-3,7	-2,5	4,2	1,3	3,0	0,3	7,7	9,5	12,1	14,3
IWF	2,0	-2,0	-4,0	-2,6	4,2	1,4	4,6	2,2	7,7	9,4	11,8	14,6
Irland												
EU-KOM	-3,0	-7,1	-0,9	3,0	3,1	-1,7	-1,3	0,8	6,3	11,9	13,8	13,4
OECD	-3,0	-7,1	-0,7	3,0	3,1	-1,7	-1,4	0,8	6,0	11,7	13,7	13,0
IWF	-3,5	-7,6	-0,3	2,3	3,1	-1,7	-1,6	-0,5	6,3	11,8	13,5	13,0
Luxemburg												
EU-KOM	0,0	-3,4	2,0	2,4	4,1	0,0	2,6	2,0	4,9	5,4	6,1	6,4
OECD	0,0	-3,4	2,7	3,1	4,1	0,0	3,0	1,9	4,4	5,7	6,0	5,8
IWF	0,0	-4,1	3,0	3,1	3,4	0,4	2,3	1,9	4,4	6,0	5,8	5,6
Malta												
EU-KOM	2,1	-1,9	1,1	1,7	4,7	1,8	2,0	2,1	5,9	6,9	7,3	7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	2,6	-2,1	1,7	1,7	4,7	1,8	1,9	2,1	5,8	7,0	6,9	6,9
Niederlande												
EU-KOM	2,0	-3,9	1,9	1,8	2,2	1,0	1,1	1,5	2,8	3,4	4,9	5,2
OECD	2,0	-4,0	1,2	2,0	2,2	1,0	0,9	1,4	2,7	3,4	4,6	4,8
IWF	1,9	-3,9	1,8	1,7	2,2	1,0	1,3	1,1	2,8	3,5	4,2	4,4
Österreich												
EU-KOM	2,0	-3,6	1,3	1,6	3,2	0,4	1,3	1,5	3,8	4,8	5,1	5,4
OECD	1,8	-3,4	1,4	2,3	3,2	0,4	1,4	1,0	3,8	4,8	4,9	5,0
IWF	2,2	-3,9	1,6	1,6	3,2	0,4	1,5	1,7	3,8	4,8	4,1	4,2
Portugal												
EU-KOM	0,0	-2,7	0,5	0,7	2,7	-0,9	1,0	1,4	7,7	9,6	9,9	9,9
OECD	0,0	-2,7	1,0	0,8	2,7	-0,9	0,9	1,1	7,6	9,5	10,6	10,4
IWF	0,0	-2,6	1,1	0,0	2,7	-0,9	0,9	1,2	7,6	9,6	10,7	10,9

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	6,2	-4,7	2,7	3,6	3,9	0,9	1,3	2,8	9,5	12,0	14,1	13,3
OECD	6,2	-4,7	3,6	3,9	3,9	0,9	0,8	2,2	9,6	12,1	14,0	13,4
IWF	6,2	-4,7	4,1	4,3	3,9	0,9	0,7	1,9	9,6	12,1	14,1	12,7
Slowenien												
EU-KOM	3,5	-7,8	1,1	1,8	5,5	0,9	1,8	2,0	4,4	5,9	7,0	7,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,5	-7,8	0,8	2,4	5,7	0,9	1,5	2,3	4,4	6,0	7,8	8,1
Spanien												
EU-KOM	0,9	-3,7	-0,3	0,8	4,1	-0,2	1,6	1,6	11,3	18,0	19,7	19,8
OECD	0,9	-3,6	-0,2	0,9	4,1	-0,3	1,4	0,6	11,3	18,0	19,1	18,2
IWF	0,9	-3,7	-0,3	0,7	4,1	-0,2	1,5	1,1	11,3	18,0	19,9	19,3
Zypern												
EU-KOM	3,6	-1,7	-0,4	1,3	4,4	0,2	2,7	2,5	3,6	5,3	6,7	7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,6	-1,7	0,4	1,8	4,4	0,2	2,2	2,3	3,6	5,3	7,1	6,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010. Interimsprognose, September 2010 (nur für die Jahre 2009 u. 2010; nur BIP und Verbraucherpreise; hier nur für NL u. ES).

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2010.

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bulgarien												
EU-KOM	6,0	-5,0	0,0	2,7	12,0	2,5	2,3	2,7	5,6	6,8	7,9	7,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	_	-		-
IWF	6,0	-5,0	0,0	2,0	12,0	2,5	2,2	2,9	-	6,8	8,3	7,6
Dänemark												
EU-KOM	-0,9	-4,9	1,6	1,8	3,6	1,1	2,3	1,5	3,3	6,0	6,9	6,5
OECD	-0,9	-4,9	1,2	2,0	3,4	1,3	2,1	1,8	3,2	5,9	7,2	6,9
IWF	-0,9	-4,7	2,0	2,3	3,4	1,3	2,0	2,0	1,7	3,6	4,2	4,7
Estland												
EU-KOM	-3,6	-14,1	0,9	3,8	10,6	0,2	1,3	2,0	5,5	13,8	15,8	14,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,1	-13,9	1,8	3,5	10,4	-0,1	2,5	2,0	-	13,8	17,5	16,4
Lettland												
EU-KOM	-4,6	-18,0	-3,5	3,3	15,3	3,3	-3,2	-0,7	7,5	17,1	20,6	18,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,2	-18,0	-1,0	3,3	15,3	3,3	-1,4	0,9	-	17,3	19,8	17,5
Litauen												
EU-KOM	2,8	-15,0	-0,6	3,2	11,1	4,2	-0,1	1,4	5,8	13,7	16,7	16,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	2,8	-14,8	1,3	3,1	11,1	4,2	1,0	1,3	-	13,7	18,0	16,0
Polen												
EU-KOM	5,0	1,7	3,4	3,3	4,2	4,0	2,6	2,6	7,1	8,2	9,2	9,4
OECD	5,0	1,8	3,1	3,9	4,2	3,8	2,7	2,8	7,1	8,2	8,9	8,6
IWF	5,0	1,7	3,4	3,7	4,2	3,5	2,4	2,7	-	8,2	9,8	9,2
Rumänien												
EU-KOM	7,3	-7,1	0,8	3,5	7,9	5,6	4,3	3,0	5,8	6,9	8,5	7,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	7,3	-7,1	-1,9	1,5	7,8	5,6	5,9	5,2	-	6,3	7,2	7,1
Schweden												
EU-KOM	-0,2	-4,9	1,8	2,5	3,3	1,9	1,7	1,6	6,2	8,3	9,2	8,8
OECD	-0,6	-5,1	1,6	3,2	3,4	-0,3	1,4	2,0	6,2	8,3	8,8	8,7
IWF	-0,4	-5,1	4,4	2,6	3,3	2,0	1,8	1,9	6,2	8,3	8,2	8,2
Tschechien												
EU-KOM	2,5	-4,2	1,6	2,4	6,3	0,6	1,0	1,3	4,4	6,7	8,3	8,0
OECD	2,3	-4,1	2,0	3,0	6,3	1,0	1,8	2,0	4,4	6,7	7,8	7,5
IWF	2,5	-4,1	2,0	2,2	6,3	1,0	1,6	2,0	4,4	6,7	8,3	8,0

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)					Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Ungarn												
EU-KOM	0,6	-6,3	0,0	2,8	6,0	4,0	4,6	2,8	7,8	10,0	10,8	10,1
OECD	0,4	-5,7	1,2	3,1	6,0	4,2	4,5	2,3	7,9	10,1	11,0	10,5
IWF	0,6	-6,3	0,6	2,0	6,1	4,2	4,7	3,3	-	10,1	10,8	10,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010. Interimsprognose, September 2010 (nur für die Jahre 2009 u. 2010; nur BIP und Verbraucherpreise; hier nur für Polen).

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

IWF: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	8 2009 2010			
Deutschland													
EU-KOM	0,0	-3,3	-5,0	-4,7	66,0	73,2	78,8	81,6	6,6	5,0	4,8	4,8	
OECD	0,0	-3,3	-5,4	-4,5	66,0	73,2	77,9	81,3	6,7	5,0	6,0	7,2	
IWF	0,0	-3,1	-4,5	-3,7	66,3	73,5	75,3	76,5	6,7	4,9	6,1	5,8	
USA													
EU-KOM	-6,4	-11,0	-10,0	-9,9	70,7	84,0	93,6	102,5	-4,9	-3,0	-3,7	-3,7	
OECD	-6,5	-11,0	-10,7	-8,9	70,4	83,0	89,6	94,8	-4,9	-2,9	-3,8	-4,0	
IWF	-6,7	-12,9	-11,1	-9,7	71,1	84,3	92,7	99,3	-4,7	-2,7	-3,2	-2,6	
Japan													
EU-KOM	-2,0	-6,9	-6,7	-6,6	172,0	189,2	193,5	194,9	3,2	2,8	3,1	2,5	
OECD	-2,1	-7,2	-7,6	-8,3	173,8	192,9	199,2	204,6	3,3	2,8	3,3	3,5	
IWF	-4,1	-10,2	-9,6	-8,9	194,7	217,6	225,9	234,1	3,2	2,8	3,1	2,3	
Frankreich													
EU-KOM	-3,3	-7,5	-8,0	-7,4	67,5	77,6	83,6	88,6	-3,3	-2,9	-3,3	-3,6	
OECD	-3,3	-7,6	-7,8	-6,9	67,5	77,7	85,1	90,6	-2,3	-2,2	-1,9	-1,9	
IWF	-3,3	-7,6	-8,0	-6,0	67,5	78,1	84,2	87,6	-1,9	-1,9	-1,8	-1,8	
Italien													
EU-KOM	-2,7	-5,3	-5,3	5,0	106,1	115,8	118,2	118,9	-3,1	-3,2	-3,2	-2,9	
OECD	-2,7	-5,2	-5,2	-5,0	106,1	115,9	119,0	121,7	-3,5	-3,1	-3,6	-3,5	
IWF	-2,7	-5,2	-5,1	-4,3	106,1	115,8	118,4	119,7	-3,4	-3,2	-2,9	-2,7	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	-4,9	-11,5	-12,0	-10,0	52,0	68,1	79,1	86,9	-1,5	-1,3	-1,8	-2,0	
OECD	-4,9	-11,3	-11,5	-10,3	52,0	68,1	78,1	86,5	-1,5	-1,3	-1,6	-1,0	
IWF	-4,9	-10,3	-10,2	-8,1	52,1	68,5	76,7	81,9	-1,6	-1,1	-2,2	-2,0	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	0,1	-5,1	-3,4	-2,1	69,7	82,5	81,7	80,7	0,5	-2,7	-1,6	-1,6	
IWF	0,1	-5,5	-4,9	-2,9	69,8	81,6	81,7	80,5	0,4	-2,8	-2,8	-2,7	
Euroraum													
EU-KOM	-2,0	-6,3	-6,6	-6,1	69,4	78,7	84,7	88,5	-0,9	-0,6	-0,4	-0,3	
OECD	-2,0	-6,3	-6,6	-5,7	69,6	78,9	85,0	89,3	-0,8	-0,3	0,3	0,8	
IWF	-1,9	-6,3	-6,5	-5,1	69,5	79,0	84,1	87,0	-0,7	-0,4	0,2	0,5	
EU-27													
EU-KOM	-2,3	-6,8	-7,2	-6,5	61,6	73,6	79,6	83,8	-1,1	-0,5	-0,4	-0,4	
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober \ 2010.$ 

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Belgien													
EU-KOM	-1,2	-6,0	-5,0	-5,0	89,8	96,7	99,0	100,9	0,2	2,0	3,0	3,3	
OECD	-1,2	-6,1	-4,9	-4,2	90,0	97,0	99,6	101,1	-2,9	0,5	2,0	2,1	
IWF	-1,2	-5,8	-5,1	-4,5	-	-	-	-	-2,9	0,3	0,5	1,8	
Finnland													
EU-KOM	4,2	-2,2	-3,8	-2,9	34,2	44,0	50,5	54,9	3,5	1,5	1,1	1,3	
OECD	4,1	-2,4	-3,8	-3,8	34,2	43,9	52,3	60,1	3,0	1,3	2,4	3,1	
IWF	4,2	-2,4	-4,1	-2,2	-	-	-	-	3,1	1,3	1,4	1,6	
Griechenland													
EU-KOM	-7,7	-13,6	-9,3	-9,9	99,2	115,1	124,9	133,9	-13,8	-13,1	-10,3	-8,6	
OECD	-7,7	-13,5	-8,1	-7,1	99,2	115,1	125,3	134,8	-14,6	-11,2	-8,9	-6,7	
IWF	-7,7	-13,6	-7,9	-7,3	-	-	-	-	-14,6	-11,2	-10,8	-7,7	
Irland													
EU-KOM	-7,3	-14,3	-11,7	-12,1	43,9	64,0	77,3	87,3	-5,2	-2,9	-0,9	-0,6	
OECD	-7,3	-14,3	-11,7	-10,8	43,9	64,0	76,3	85,8	-5,2	-2,9	-0,4	1,4	
IWF	-7,3	-14,6	-16,7	-10,4	-	-	-	-	-5,2	-3,0	-2,7	-1,1	
Luxemburg													
EU-KOM	2,9	-0,7	-3,5	-3,9	13,7	14,5	19,0	23,6	5,3	-0,4	0,9	1,5	
OECD	2,9	-0,7	-3,8	-4,9	13,7	14,5	20,0	27,3	5,3	5,6	6,3	6,0	
IWF	2,9	-0,7	-3,8	-3,1	-	-	-	-	5,3	5,7	6,9	7,2	
Malta													
EU-KOM	-4,5	-3,8	-4,3	-3,6	63,7	69,1	71,5	72,5	-5,4	-3,9	-4,9	-4,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,5	-3,8	-4,3	-4,0	-	-	-	-	-5,6	-6,1	-5,4	-5,3	
Niederlande													
EU-KOM	0,7	-5,3	-6,3	-5,1	58,2	60,9	66,3	69,6	4,2	3,9	5,9	6,4	
OECD	0,7	-5,3	-6,4	-5,4	58,2	60,9	67,2	71,5	4,8	5,4	5,3	5,9	
IWF	0,4	-5,0	-6,3	-5,4	-	-	-	-	4,8	5,4	5,7	6,8	
Österreich													
EU-KOM	-0,4	-3,4	-4,7	-4,6	62,6	66,5	70,2	72,9	3,6	2,9	3,1	4,1	
OECD	-0,5	-3,4	-4,7	-4,6	62,7	66,4	70,1	73,5	3,3	2,3	3,0	3,4	
IWF	-0,5	-3,5	-4,8	-4,5	-	-	-	-	3,3	2,3	2,3	2,4	
Portugal													
EU-KOM	-2,8	-9,4	-8,5	-7,9	66,3	76,8	85,8	91,1	-12,1	-10,5	-10,1	-10,0	
OECD	-2,9	-9,4	-7,4	-5,6	66,3	76,8	84,9	88,5	-12,0	-10,3	-10,2	-10,3	
IWF	-2,9	-9,4	-7,3	-5,9	-	-		-	-11,6	-10,0	-10,0	-9,2	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

			Staatssch	uldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo						
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	-2,3	-6,8	-6,0	-5,4	27,7	35,7	40,8	44,0	-6,7	-3,1	-4,5	-4,1
OECD	-2,3	-6,8	-6,4	-5,3	27,7	35,7	41,3	46,0	-6,5	-1,3	-0,9	-3,0
IWF	-2,3	-6,8	-8,0	-4,7	-	-	-	-	-6,6	-3,2	-1,4	-2,6
Slowenien												
EU-KOM	-1,7	-5,5	-6,1	-5,2	22,6	35,9	41,6	45,4	-6,2	-0,9	-1,4	-1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,3	-5,6	-5,7	-4,3	-	-	-	-	-6,7	-1,5	-0,7	-0,7
Spanien												
EU-KOM	-4,1	-3,7	-9,8	-8,8	39,7	53,2	64,9	72,5	-9,5	-5,1	-4,6	-4,5
OECD	-4,1	-11,2	-9,4	-7,0	39,7	53,2	63,4	69,0	-9,7	-5,4	-4,1	-3,3
IWF	-4,1	-11,2	-9,3	-7,0	-	-	-	-	-9,7	-5,5	-5,2	-4,8
Zypern												
EU-KOM	0,9	-6,1	-7,1	-7,7	48,4	56,2	62,3	67,6	-17,7	-8,5	-7,1	-7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,9	-6,1	-6,0	-5,6	-	-	-	-	-17,5	-8,3	-7,9	-7,4

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober \ 2010.$ 

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Bulgarien													
EU-KOM	1,8	-3,9	-2,8	-2,2	14,1	14,8	17,4	18,8	-22,9	-9,6	-6,0	-5,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-24,2	-9,5	-3,0	-3,1	
Dänemark													
EU-KOM	3,4	-2,7	-5,5	-4,9	34,2	41,6	46,0	49,5	2,2	4,0	3,9	3,7	
OECD	3,4	-2,8	-5,5	-4,8	34,2	41,5	44,6	46,7	2,2	4,0	3,2	2,7	
IWF	4,5	-2,8	-5,0	-4,4	-	-	-	-	1,9	4,2	3,4	3,0	
Estland													
EU-KOM	-2,7	-1,7	-2,4	-2,4	4,6	7,2	9,6	12,4	-9,4	4,6	4,9	3,8	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-9,7	4,5	4,2	3,4	
Lettland													
EU-KOM	-4,1	-9,0	-8,6	-9,9	19,5	36,1	48,5	57,3	-13,0	8,7	8,3	4,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-13,1	8,6	5,5	2,9	
Litauen													
EU-KOM	-3,3	-8,9	-8,4	-8,5	15,6	29,3	38,6	45,4	-11,9	2,6	2,8	2,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-12,2	4,2	1,9	0,2	
Polen													
EU-KOM	-3,7	-7,1	-7,3	-7,0	47,2	51,0	53,9	59,3	-5,0	-1,6	-2,8	-3,3	
OECD	-3,7	-7,1	-6,9	-6,5	47,2	51,0	56,9	61,9	-5,0	-1,6	-1,6	-2,7	
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-5,1	-1,7	-2,4	-2,6	
Rumänien													
EU-KOM	-5,4	-8,3	-8,0	-7,4	13,3	23,7	30,5	35,8	-12,7	-4,4	-4,4	-5,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-11,9	-4,5	-5,1	-5,4	
Schweden													
EU-KOM	2,5	-0,5	-2,1	-1,6	38,3	42,3	42,6	42,1	9,5	7,1	6,1	6,1	
OECD	2,2	-1,1	-2,9	-1,7	37,6	41,6	44,3	47,1	9,3	7,2	6,3	7,1	
IWF	2,4	-0,8	-2,1	-1,4	-	-	-	-	7,6	7,2	5,9	5,7	
Tschechien													
EU-KOM	-2,7	-5,9	-5,7	-5,7	30,0	35,4	39,8	43,5	-3,4	-1,0	-0,3	-1,5	
OECD	-2,7	-5,9	-5,4	-5,7	30,0	35,3	41,5	48,9	-0,6	-1,0	0,1	-0,4	
IWF	-2,7	-5,9	-4,3	-4,5	-	-	_	-	-0,6	-1,1	-1,2	-0,6	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	uldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Ungarn													
EU-KOM	-3,8	-4,0	-4,1	-4,0	72,9	78,3	78,9	77,8	-7,2	0,4	-0,2	-0,3	
OECD	-3,8	-3,9	-4,5	-4,3	72,8	77,4	80,1	82,3	-7,1	0,2	0,8	-0,4	
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-7,1	0,2	0,5	0,7	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober 2010.$ 

#### Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

#### Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Oktober 2010

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X